

Das Westfernsehen und der revolutionäre Umbruch in der DDR im Herbst 1989

**Magisterarbeit im Fach Geschichtswissenschaft an der Universität Bielefeld,
Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie**

Vorgelegt von **Lars Brücher**

Das Westfernsehen und der revolutionäre Umbruch in der DDR im Herbst 1989

**Magisterarbeit im Fach Geschichtswissenschaft an der Universität Bielefeld,
Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie**

Vorgelegt von:

Lars Brücher
Stresemannstr. 79
22 769 Hamburg

1. Korrektorin: Prof. Dr. Gilcher-Holtey
2. Korrektor: Prof. Dr. Rohlfes

Bielefeld, September 2000

<u>I. EINLEITUNG</u>	4
1. ANALYTISCHER BEZUGSRAHMEN	9
2. AKTUELLER FORSCHUNGSSTAND	22
3. QUELLENLAGE	29
<u>II. DIE BERICHTERSTATTUNG DES WESTDEUTSCHEN FERNSEHENS ÜBER DIE DDR BIS 1989</u>	31
1. DER STAATLICHE AUFTRAG ZUR BERICHTERSTATTUNG UND FESTE SENDEPLÄTZE	32
2. ARBEITSGRUNDLAGE UND ARBEITSBEDINGUNGEN WESTDEUT- SCHER JOURNALISTEN IN DER DDR	37
3. ENTWICKLUNG UND BEISPIELE DER BERICHTERSTATTUNG BIS 1989	41
<u>III. RAHMENBEDINGUNGEN DER REZEPTION IN DER DDR</u>	48
1. NUTZUNG DES MEDIUMS FERNSEHEN IN DER DDR ALLGEMEIN	49
2. EMPFANGSMÖGLICHKEITEN UND NUTZUNG DES WESTFERNSEHENS IN DER DDR	51
3. DIE POLITISCHE BERICHTERSTATTUNG DES DDR-FERNSEHENS	54
<u>IV. DIE BERICHTERSTATTUNG DES WESTFERNSEHENS ÜBER FLUCHT UND OPPOSITION IM JAHR 1989</u>	75
1. FLUCHTBEWEGUNG: „ENDLICH FREIHEIT, WUNDERBAR!“	76
2. DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE OPPOSITION BIS ZUM KRITI- SCHEN MOMENT (9. OKTOBER 1989)	85
3. DER 9. OKTOBER IN LEIPZIG UND DER BEGINN DES SICHTBAREN MACHTVERFALLS	98
<u>V. FAZIT</u>	105
<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	108

I. Einleitung

Wer erinnert sich nicht an die Fernsehbilder vom Balkon der Prager Botschaft im Spätsommer des Jahres 1989, von wo aus der damalige Bundesaußenminister Genscher den Botschaftsflüchtlingen die Bewilligung ihrer Ausreise bekannt gab? Wer hat nicht mehr die durch das abendliche Leipzig ziehenden Demonstranten vor Augen, die mit der einfachen Losung „Wir sind das Volk!“ den Umbruch in der DDR begründeten? Wer kennt nicht den Satz „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Gorbatschows, welchen dieser westlichen (Fernseh-)Journalisten gegenüber äußerte?

Es ist dem Fernsehen zu verdanken, dass die Bevölkerung an diesen historischen Ereignissen zumindest medial teilhaben konnte. Jedoch übernahm das Fernsehen nicht nur eine Chronistenpflicht für die Bürger in der Bundesrepublik. Vielmehr war es für die breite Bevölkerung der DDR oft die einzige Informationsquelle über die fortschreitenden politischen Ereignisse in ihrem Staat. Das Westfernsehen hatte dadurch, dass das staatlich gelenkte DDR-Fernsehen die Proteste bis Mitte Oktober nahezu ignorierte, de facto das Informationsmonopol über diese Ereignisse und bot zudem den Oppositionellen eine Plattform.

Es war diese, nicht nur passive Berichterstattung des Westfernsehens, die - so die zentrale These dieser Studie - einen großen Anteil am schnellen Zusammenbruch des sozialistischen Systems in der DDR hatte. Es bleibt dabei unbestritten, dass sich der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Osteuropa in keinem Land lediglich auf eine Ursache zurückführen lässt. Vielmehr sind die Gründe vielfältig und die wissenschaftlichen Thesen dazu konkurrierend - die wichtigsten seien hier vorweg genannt: Die Staaten des Warschauer Paktes, die einen politischen, von der Sowjetunion geführten Staatenbund bildeten, waren ökonomisch schon seit vielen Jahren in der Krise. So sank in der Sowjetunion schon ab den siebziger Jahren die Zuwachsrate des Nationaleinkommens, und die Fünfjahrespläne wurden nicht erfüllt, wie auch die Sowjetführung selbst zugab¹. Hinzu kam eine große - für die ideologische Glaubwürdigkeit fatale - finanzielle Abhängigkeit von westlichen Devisen und damit den westlichen Geldgebern.

¹ So Breschnew 1981 auf dem XXVI. Parteitag, s. Jung, Lothar: „Wir haben begonnen umzudenken...“. Michael Gorbatschows Reformkonzept für die UdSSR. Geschichte - Ideologie - Praxis - Perspektiven, Köln 1987, S. 47.

Einige Länder wie Rumänien und Polen waren am Rande der Zahlungsunfähigkeit, da sie viel mehr importierten, als sie durch Exporte ausgleichen konnten². Nicht zuletzt musste man Lebensmittel auf dem Weltmarkt kaufen, da die eigene Landwirtschaftsindustrie zu unproduktiv war.

Vor allem das Wettrüsten mit dem ökonomisch stärkeren Westen stellte den Warschauer Pakt vor schwerwiegende Probleme. So liegt die Vermutung nahe, dass die Abrüstungsbestrebungen der UdSSR besonders ab Mitte der 1980er Jahre nicht allein der neuen Entspannungspolitik zu schulden sind, sondern auch die Möglichkeit eröffnen sollte, die Produktion auf Konsumgüter umzulenken und damit der vorhandenen Unzufriedenheit in der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Die ökonomische Lage in den wirtschaftlich als „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) miteinander verbundenen sozialistischen osteuropäischen Ländern führte auch zu einer Unterversorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern, in einigen Ländern auch mit lebensnotwendigen Nahrungsmitteln (z.B. Rumänien)³.

Ebenso problematisch war die Bürger- und Menschenrechtssituation in diesen Ländern. Gründungen von Parteien neben den Einheitsparteien oder sogenannten Blockparteien wie in der DDR waren nicht erlaubt, und auch andere politische oder gesellschaftliche Kräfte waren in jeweils einer mit dem Staat gleichgeschalteten Organisation zusammengefasst. In den Ländern, in denen es zu Gründungen von unabhängigen Organisationen kam, z.B. der Gewerkschaft „Solidarnosc“ in Polen, wurden diese folgerichtig bekämpft und ihre Aktivisten mussten jeden Tag mit Repressionen rechnen.

Wahlen waren, wie mittlerweile am Beispiel der Kommunalwahl 1989 in der DDR gerichtlich nachgewiesen, gefälscht und boten darüber hinaus auch keine wirkliche Alternative: Entweder traten solche Parteien oder Kandidaten gegeneinander an, die politisch eine Einheit darstellten, oder es gab gar keine Auswahl.

Trotz der allgemeinen Unzufriedenheit, deren Grad die einzelnen Regierungen z.T. anhand von Meinungsumfragen oder mittels Bespitzelung herauszufinden suchten, konnte keine oppositionelle Vereinigung oder gar Bewegung nach 1968 und dem Prager Frühling außer Nadelstichen nennenswerte Erfolge erreichen - die Repressionen waren noch

² Pissula, Petra: Rumänien, in: Höhmann, Hans-Hermann/Seidenstecher, Gertraud (Hg.): Die Wirtschaft Osteuropas und der VR China 1980-1990. Bilanz und Perspektiven, Hamburg 1988, S. 366-425, hier S. 368; auch die DDR hatte große Probleme mit der Auslandsverschuldung, die jedoch erst gegen Ende der achtziger Jahre, also kurz vor dem Zusammenbruch des Systems, wirklich existentiell waren, s. Hertle, Hans-Hermann: Der 9. November in Berlin, in: Deutscher Bundestag: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Band VII/2: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Frankfurt 1995, S. 787-873, hier das Kapitel „Vor dem Bankrott: Die ökonomische Lage der DDR, S. 820-824.

zu stark und die Voraussetzungen für einen durchschlagenden Erfolg in ihrer Vielzahl noch nicht gegeben.

Mit Michael Gorbatschow kam nach den zwei nur kurzzeitig amtierenden Tschernjenko und Andropov Mitte der achtziger Jahre jedoch ein relativ junger Generalsekretär in der UdSSR an die Macht, der mit seinen unter den Schlagworten *Perestroika* und *Glasnost* bekannt gewordenen politischen Vorstellungen, die eine vorsichtige Öffnung gen Westen und eine langsame Pluralisierung und Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft vorsahen⁴, das Machtmonopol der realsozialistischen Parteien auch in allen anderen Warschauer-Pakt-Staaten in Frage stellte - nicht zuletzt in der DDR.

Alle diese in der Forschung dargestellten, entweder konkurrierenden oder sich ergänzenden Thesen haben ihre Berechtigung. Jedoch soll in der vorliegenden Untersuchung der besonderen politischen und geographischen Lage der DDR Rechnung getragen werden, denn diese nahm in mehrfacher Weise eine Sonderrolle unter den Satellitenstaaten der Sowjetunion ein. Die DDR war - genauso wie die westintegrierte Bundesrepublik - ein künstliches Gebilde der Besatzungsmächte, welches durch den kalten Krieg verfestigt wurde. Für die DDR gab es als Daseinsberechtigung letztendlich nur die Legitimation durch die Manifestation eines der BRD entgegengesetzten politischen Systems⁵. Auf der anderen Seite profitierte die DDR auch von diesem Nebeneinander: Die Bundesrepublik versuchte - insbesondere seit der Brandt'schen Ostpolitik - die Beziehungen zum zweiten deutschen Staat zu normalisieren, was vor allem wirtschaftliche und finanzielle Vorteile für die DDR hatte. Dadurch galt sie zeitweise als das wirtschaftlich am erfolgreichste Land des RGW, da die vielfältigen wirtschaftlichen Verbindungen zum westlichen Nachbarn dringend benötigte Devisen einbrachte, von deren Akquirierung in dieser Höhe andere sozialistischen Staaten weit entfernt waren⁶.

Eine weitere Besonderheit der DDR, auf welche die vorliegende Untersuchung fokussierend eingehen wird, bestand darin, dass sie nicht über ein staatliches Informationsmonopol verfügte. Während in anderen Ostblockstaaten die Bevölkerung einseitig nur von regierungsgesteuerten Rundfunksendern Informationen über die Vorgänge in ihrem

³ Pissula 1988, S. 368 u. 421.

⁴ Gorbatschow, Michael: Die Verwirklichung der Beschlüsse des 27. Parteitages der KPdSU und die Intensivierung der Perestroika, Rede bei der 19. Gesamtsowjetischen Konferenz am 28. Juni 1988, zit. n. (kein Hg.): Offene Worte/Gorbatschow, Ligatschow, Jelzin und 4991 Delegierte diskutieren über den richtigen Weg, Augsburg 1988, S. 9-93; D'Agostino, Anthony: Gorbachev's Revolution, 1985-91, London 1998, insb. S. 77-99; Sawka, Richard: Gorbachev and his reforms 1985-1990, New Jersey 1990, S. 268-356; Jung 1987, S. 92-156; Haug, Wolfgang Fritz: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, Zweite Auflage 1990.

⁵ Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR, erw. Neuausgabe 1996, S. 390.

⁶ Gutmann, Gernot: Eröffnungsansprache, in: Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hg.): Glasnost und Perestroika auch in der DDR?, Berlin 1988, S. 42; Cornelsen, Doris: DDR, in: Höhmann/Seidenstecher 1988, S. 83-138, hier S. 116/117; Staritz 1996, S. 308/309.

und in anderen Ländern erhielt, war man in der DDR in der Lage, auch das - gleichsprachige - westdeutsche Rundfunkangebot als Vergleich zu dem im DDR-Rundfunk gesendeten hinzuzuziehen. Zwar gab es in den fünfziger und sechziger Jahren seitens der DDR-Regierung noch Versuche, die Benutzung dieser Informationsquelle zu verhindern, jedoch war dies auf Dauer weder durchsetzbar noch kontrollierbar, und wurde ab den siebziger Jahren auch offiziell toleriert.

Es ist diese medienspezifische Besonderheit, die, so die Prämisse dieser Studie, eine wichtige Rolle bei der Wende 1989/90 spielte. Geprüft und entfaltet werden soll, ob und inwieweit die Mobilisierung der Bürgerbewegung insbesondere in den Monaten September und Oktober 1989 durch die Westmedien beeinflusst wurde. Die zentrale Hypothese dabei ist, dass insbesondere das *Westfernsehen* eine bedeutende Rolle spielte, weil die vermeintliche Authentizität der Fernsehbilder, aber auch der zunehmende Wandel der westlichen Medien vom Betrachter zum Akteur einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung des politischen Protestes und den daraus resultierenden Veränderungen in der DDR hatte. Die Bürgerbewegung brauchte das Westfernsehen, um überhaupt diese Popularität und Mobilisierungspotenz zu erreichen. Gleichzeitig wurde sie abhängig von den Gesetzen der Dramaturgie des Fernsehens.

Um Missverständnissen vorzubeugen, sei vorweg klargestellt, dass die „Wende“⁷ in der DDR in dieser Studie nicht als reine „Medienrevolution“ gesehen und gezeichnet werden soll. Viele Einzelheiten wie die eingangs erwähnte wirtschaftliche Situation, die unflexible Staats- und Parteiführung, der Druck, den die Flüchtlingsbewegung auf die DDR ausübte, die ganz Osteuropa beeinflussenden politischen Neuerungen in der Sowjetunion und nicht zuletzt die Aktivisten, die sich zunächst innerhalb von Kirchenkreisen und später dann auch auf der Straße versammelten, waren Teile eines Puzzles, das aus heutiger analytischer Sicht die Wende in der DDR zeigt. Das Fernsehen war also auf der eine Seite nur ein Katalysator der schon entstehenden Proteste, auf der anderen

⁷ Über die Begrifflichkeit „Wende“ wird in der wissenschaftlichen Literatur gestritten. Der Begriff gilt als Wortschöpfung von Egon Krenz, der diesen Begriff nach seiner Amtsübernahme tatsächlich verwendete. Jedoch wird vielfach übersehen, dass diese Formulierung auch schon in den Wochen zuvor für notwendige Veränderungen in der DDR seitens des Westfernsehens benutzt wurde. Ob die Krenz diesen Begriff dann wissentlich oder unwissentlich übernommen hat, lässt sich leider nicht belegen. Abgesehen davon, dass die Begriffsdiskussion weit darüber hinaus geht (Revolution, Revolte, Umbruch) und hier nicht weiter ausgeführt werden kann und soll, wird der Begriff im folgenden neutral für die radikalen politischen Veränderungen in der DDR im Jahr 1989/90 verwendet. Die gegebenenfalls als revolutionär zu kategorisierende Phase geht im Übrigen weit über den Beobachtungszeitraum hinaus. Zum Begriffsdiskussion siehe beispielhaft: Meuschel, Siegrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradoxon von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt/M. 1992, S. 317-320 und Joas, Hans/Kohli, Martin: Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen, in: dies. (Hg.): Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/M. 1993, S. 7-28, hier: S. 8/9 sowie Kowalczyk, Ilko-Sascha: Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, in: Materialien der Enquete-Kommission 1995, Band VII/2, S. 1203-1284, hier: S. 1270/71.

Seite aber auch, was in dieser Abhandlung ebenfalls gezeigt werden soll, Akteur, der den Fortgang der Veränderungen in der DDR wesentlich beeinflusste.

Um die tatsächliche Rolle des Westfernsehens zu untersuchen, soll daher zunächst systematisch die bisherige Forschung zu sozialen Bewegungen für die Konstruktion eines analytischen Bezugsrahmens herangezogen werden, um dortige Theorien zur Bedeutung von Medien bei durch ebensolche Bewegungen herbeigeführten politischen Umbrüchen zu beleuchten und in den Zusammenhang dieser Untersuchung zu stellen. Als methodische Ergänzung folgt eine kommunikationssoziologische Diskussion und begriffliche Schärfung des Themas, insbesondere um über eine Grundlage für die Betrachtung der für die Entfaltung der Bürgerbewegung wichtigen historischen Ereignisse der Fluchtbewegung und ihrer Rezeption zu verfügen.

Anschließend soll zur wissenschaftlichen Einordnung dieser Untersuchung näher auf den allgemeinen Forschungsstand zum Thema Medien und Wende in der DDR eingegangen werden. Untersuchungen, die als argumentative Unterstützung für die eingangs aufgestellte These dienen können, sollen hier vorgestellt und darüber hinaus verwandte Untersuchungen kritisch beleuchtet werden. Eine Übersicht über die Quellenlage (hier vorrangig: Fernsehberichte) und ihre Kritik schließt den methodischen Vorspann schließlich ab.

Der analytische Teil skizziert zunächst die Berichterstattung des Westfernsehens über die DDR einschließlich ihrer Besonderheiten in den Jahren 1949-1989, um die nachfolgenden Veränderungen mit diesem Vorlauf zu kontrastieren.

Anschließend soll das Fernsehverhalten des DDR-Zuschauers und hiermit des Rezipienten der westlichen Fernsehsendung reflektiert werden. Hierbei sollen Informationen zu Sehgewohnheiten im allgemeinen sowie Interesse an Fernsehsendungen und deren Einfluss im speziellen gebündelt und bewertet werden. Dadurch soll ermöglicht werden, Schlüsse über die tatsächliche Rezeption der Ereignisse seitens der DDR-Bürger mittels Westfernsehen zu ziehen, um im späteren Verlauf dieser Studie eine daraus resultierende Beeinflussung diskutieren zu können.

Um die These, dass das Westfernsehen eine solch wichtige Rolle gespielt hat, untermauern zu können, wird im Anschluss daran die politische Berichterstattung des DDR-Fernsehens vornehmlich in den Monaten August-Oktober 1989 auf ihre Informationsvielfalt hin untersucht. Denn nur mit dem Beleg, dass die Opposition und die Flüchtlingswelle in den DDR-Medien nicht oder nur verfälscht thematisiert wurden, bzw. diese abweichend zu den westlichen Medien berichteten, kann die daran anschließende

Untersuchung des Westfernsehens in Bezug auf die Hauptthese der Untersuchung Erfolg haben.

Diese folgt als zweiter Schwerpunkt des analytischen Teils. Ausgangspunkt ist dabei, wie auch bei der Betrachtung des DDR-Fernsehen selbst, der 18. Oktober, das Datum des Rücktrittes von Erich Honecker sowie der Wahl seines Nachfolgers Krenz. Ab diesem Datum näherte sich die Berichterstattung des DDR-Fernsehens zumindest in ihrem Bestreben nach Objektivität der des Westfernsehens erstaunlich schnell an. Damit hatte das unmittelbare Gegeneinander ein Ende - und somit kann ein weiterer Einfluss des Westfernsehens nur noch schwerlich belegt werden, wenngleich es beim Thema Wiedervereinigung sicher eine Rolle spielte⁸.

Ein Fazit inklusive einer Diskussion des im analytischen Bezugsrahmen aufgestellten Theoriegerüsts und den daraus formulierten Thesen schließt die Arbeit ab.

1. Analytischer Bezugsrahmen

a) Soziale Bewegungen in West- und Osteuropa

Bevor der analytische Bezugsrahmen auf das Thema *Soziale Bewegungen und Medien* eingegrenzt wird, gilt es zunächst den Begriff soziale Bewegung analytisch zu definieren und zugleich die Problematik der relativen Einseitigkeit, die in der Bewegungsforschung zu beobachten ist, zu problematisieren.

Betrachtet man die vorhandene Literatur und insbesondere die theoretischen Publikationen zum Thema *Soziale Bewegungen*, so ist markant, dass sich der Großteil der Soziologen, Politikwissenschaftler und Historiker den sozialen Bewegungen Westeuropas, und hier vornehmlich den sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen (Frauen-, Friedens-, Umweltbewegungen etc.) widmet. Selbst viele der nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus publizierten Essays, Artikel und Monographien orientieren sich weitestgehend westlich⁹, obwohl doch spätestens seit 1989 evident ist, dass die sozialen Bewegungen in Osteuropa eine Macht entfalten konnten, die mit den Erfolgen der westlichen Bewegungen nicht zu vergleichen ist. In Westeuropa erreichten

⁸ Zur Rolle der Medien bei der deutschen Einheit siehe z.B. die Aufsatzsammlung von Bohn, Rainer/Hickethier, Knut/Müller, Eggo (Hg.): *Mauer-Show. Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien*, Berlin 1992.

⁹ Zuerst das ansonsten überdurchschnittliche Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, „Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen“ blendet trotz seines Schwerpunktes die DDR-Vorkommnisse völlig aus; weitere Beispiele für Westzentrierung: Bender, Harald: *Die Zeit der Bewegung - Struktur-*

die neuen sozialen Bewegungen, bestimmte Themen auf die politische Agenda zu setzen, in Osteuropa bewirkten die Proteste der Bürgerbewegungen in allen Ländern Systemzusammenbrüche - was gleichwohl weit über das hinaus ging, was am Anfang der Proteste als politisches Ziel definiert wurde¹⁰.

Die wenigen nach der Wende erschienenen Ausnahmen von dieser einseitigen Forschungsorientierung spiegeln nicht die wirkliche Bedeutung der Bewegungen innerhalb des Umbruchprozesses wider und thematisieren sogar selbst, die Sprengkraft, welche die Gruppen über Jahre aufgebaut haben und dann innerhalb von wenigen Monaten und z.T. Wochen zur Explosion bringen konnten, unterschätzt zu haben¹¹.

Trotz der geschilderten Unzulänglichkeiten dieser einseitigen Bewegungsforschung verfügt diese aufgrund ihrer breiter gestreuten wissenschaftlichen Debatte jedoch über die genauere Begrifflichkeit für dieses Gebiet. So soll insbesondere Joachim Raschkes detaillierte Abhandlung „Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss“¹² hier für den analytischen Bezugsrahmen herangezogen und seine Definition von sozialen Bewegungen in den Mittelpunkt gestellt werden.

Raschke definiert soziale Bewegungen allgemein und kurz gefasst folgendermaßen:

„Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“

Diese Definition, auf die sich auch andere Bewegungsforscher beziehen¹³, beschreibt zunächst einen *mobilisierenden kollektiven Akteur*. Dieser kollektive Akteur, ein viele Individuen umfassender kollektiver Handlungszusammenhang ist nicht nur ein Medium

dynamik und Transformationsprozesse. Beiträge zur Theorie sozialer Bewegungen und zur Analyse kollektiven Handelns, Frankfurt/M. 1997; Elb, Norbert: Soziale Bewegungen und Parteien, Frankfurt/M. 1996;

¹⁰ Anm.: Dieses zeigte sich besonders in der DDR in z.T. sogar sehr deutlicher Weise: So gab es in der DDR-Bürgerbewegung abseits von der Initiative für Frieden und Menschenrechte noch 1988 die Ansicht, Frieden und Ökologie müsse man vor Demokratie stellen, s. Meuschel 1992, S. 315/316.

¹¹ Brand, Karl-Werner: Massendemokratischer Aufbruch im Osten: Eine Herausforderung für die NSB-Forschung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2/1990, S. 9-16, hier S. 9/10; Ausnahmen bilden vor allem das gesamte Heft 2/1990 des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen sowie Brandt, Karl-Werner: Neue Soziale Bewegungen auch in der DDR?, in: Pollack, Rink; Pollack, Detlev (Hg.): Politischer Protest: Politisch alternative Gruppen in der DDR, 1997, S. 235-251; Fehr, Helmut: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und Ungarn, Opladen 1996; sowie geradezu avantgardistisch für die Bearbeitung des Themas: Knabe, H.: Neue soziale Bewegungen im Sozialismus. Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: KZfSS 40/1988, S. 511- 569.

¹² Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, 2. Aufl. der Studienausgabe Frankfurt/M. 1988.

¹³ Z.B. die Autoren der Aufsatzsammlung Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1987 sowie Fehr 1996.

in Konflikten, sondern ist aktiv am Geschehen beteiligt, um Einfluss zu bekommen¹⁴. Dazu benötigt er ständig Zuwachs an aktiven Individuen, welche die Bewegung am Leben erhalten - er muss also *mobilisierend* tätig sein, um die eigene Berechtigung und die durch Protest erreichte Machtposition nicht zu verlieren.

Die *gewisse Kontinuität* des Mobilisierungsprozesses, die Raschke als zentrales Kriterium sozialer Bewegungen unterstreicht, lässt sich einerseits bei der DDR-Bürgerbewegung erkennen, da deren Wurzeln weit in die achtziger Jahre, z.T. sogar in die siebziger Jahre zurückreichen¹⁵. Andererseits war die Aktivität, die das System ins Wanken und letztlich zum Zusammensturz brachte, nur von kurzer Dauer und widerspricht damit Raschkes Erläuterung, dass eben diese Kontinuität einen Aktionszeitraum von mehreren Jahren umfassen müsse¹⁶. Dieser Widerspruch vermag aber nicht den Nutzen der Definition für den analytischen Bezugsrahmen zu schmälern. Eine These der vorliegenden Arbeit ist schließlich die Behauptung, dass die Wende in der DDR durch Medien eine unglaubliche und in dieser Form vorher nie da gewesene Beschleunigung erhalten hat - Ausnahmen bestätigen hier also eventuell die Regel.

Die *hohe symbolische Integration* („Wir-Gefühl“), von der Raschke spricht, lässt sich im Falle der DDR-Bürgerbewegung nahezu idealtypisch an den Rufen konstatieren, die bei den Demonstrationen durch die Straßen hallten: „*Wir* sind das Volk!“¹⁷. Dieses war eben jenes abgrenzende *Wir*, das nach Raschkes Ansicht als Grundlage der Unterscheidung zwischen denen „die ‚dafür‘, und denen, die ‚dagegen‘ sind“ dienen muss¹⁸.

Die *geringe Rollenspezifikation* und die *variable Organisations- und Aktionsform* war ebenfalls charakteristisch für die Aktivisten der Wende, denn aufgrund der vielfältigen Repressalien mussten sie sich vielfältige Aktionswege ausdenken, um einerseits unbehelligt zu bleiben, andererseits die Bewegung aber trotzdem am Leben zu halten. Dabei spielte bekannter Maßen die Kirche eine wichtige Rolle. Denn auch wenn die einzelnen Oppositionsgruppen der Kirche formal nicht untergliedert waren, so bot sie ihnen doch einen gewissen Freiraum für ihre Aktivitäten, die der Staat ebenfalls bis zu einem ge-

¹⁴ Raschke 1988, S. 76/77.

¹⁵ Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch - Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Diss. Bielefeld 1999, S. 44-46.

¹⁶ Raschke 1988, S. 78.

¹⁷ Zu den Losungen und Schlachtrufen bei den Demonstrationen der DDR-Bürgerbewegung: Reiher, R.: „Wir sind das Volk“. Sprachwissenschaftliche Überlegungen zu den Losungen des Herbstes 1989, in: Burkhardt, A./ Fritzsche, K.P. (Hg.): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von 'Wende' und 'Vereinigung', Berlin/ New York 1992, S. 43- 57.

¹⁸ Raschke 1988, S. 78.

wissen Grade duldeten, solange es kontrollierbar (mittels informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit) und überschaubar war¹⁹.

Nicht zuletzt kann die Tatsache, dass - als Bestätigung des letzten Definitionsmerkmals - die Bürgerbewegung das *Ziel* verfolgte, *grundlegenderen sozialen Wandel herbeizuführen*, wohl kaum bestritten werden. Auch wenn der organisatorische Kern der Bürgerbewegung vor allem im September und Oktober 1989 noch nicht (und z.T. gar nicht) die Absicht hatte, „eine Veränderung des gesamten Systems“ zu bewirken, so wird die von Raschke als Mindestmaß verlangte Forderung nach der Veränderung „wichtiger einzelner Elemente“ des Systems fraglos erfüllt. Ganz davon abgesehen übertrumpften die Demonstranten auf der Straße die Forderungen der organisierten Oppositionellen sehr schnell bzw. lenkten diese später gar in eine ganz andere Richtung²⁰.

Auch wenn Raschke bei der Definition eher die sozialen Bewegungen des Westens vor Augen hatte, so lässt sich seine analytische Definition sozialer Bewegungen auch auf die DDR-Bürgerbewegung anwenden.

Dennoch soll auf die Problematik hingewiesen werden, die durch die Benutzung des westlichen Instrumentariums insbesondere in der Forschung bezüglich der Neuen Sozialen Bewegungen bei der Betrachtung der ostdeutschen und osteuropäischen Bürgerbewegungen entstehen kann. Nicht ganz zu Unrecht weist Helmut Fehr darauf hin, dass dieses Vorgehen die Besonderheiten der osteuropäischen Demokratiebewegung und vor allem ihrer Entstehungsumstände und ihrer Aktionsmöglichkeiten nicht genügend berücksichtigt²¹. Besonders der Versuch, die Wesensarten der *Neuen Sozialen Bewegungen* auch in den einzelnen Bürgerinitiativen der DDR wiedererkennen zu wollen, sei zu kritisieren²².

In der Tat erscheint es nicht sinnvoll, die theoretischen Deutungsmuster der Neuen Sozialen Bewegungen auf die Opposition in der DDR zu übertragen. Da sie jedoch die einzigen Versuche der Bewegungsforschung waren, sich mit den Gruppen in Osteuropa auseinanderzusetzen, seien sie hier erwähnt. Es treffen oberflächlich gesehen immerhin einige Eigenschaften wie die Heterogenität der politischen Schwerpunktsetzungen (Frieden, Ökologie etc.) und die Sozialstruktur der Aktiven (meist Fachhochschul- oder

¹⁹ Schmid, Josef: Die politische Rolle der Evangelischen Kirchen in der DDR in den achtziger Jahren. Gratwanderung zwischen Opposition und Anpassung, in: Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgohs, Jan (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991, S. 343-365; Meuschel 1992, S. 238.

²⁰ Zur Wende in der Wende: Meuschel 1992, 320-322.

²¹ Fehr, Helmut: Bewegung für Bürgerrechte und Öffentlichkeit - ein Thema der Vergangenheit?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 1/1998, S. 103-112.

²² Fehr 1998, S. 103-112.

Hochschulabschluss) auf die Initiativen in Ost- und Westdeutschland zu²³. Dennoch lässt sich nicht leugnen, dass im Gegensatz zu den westlichen Vertretern die osteuropäischen Bürgerbewegungen jedes Mal, wenn sie öffentlich politische Veränderungen in Teilbereichen forderten, zugleich das gesamte System, in dem sie agierten, in Frage stellten. Dies geschah nicht immer explizit und war zudem oft nicht beabsichtigt. Dennoch stellte der Wunsch nach Partizipation am politischen Geschehen in einem totalitären System automatisch die Machtfrage. Selbst wenn die betreffenden Gruppen sich nicht so begriffen - die realsozialistischen Regierungen qualifizierten die Aktivitäten der oppositionellen Gruppen als staats- oder systemfeindlich und reagierten dementsprechend. Schließlich war eine freie politische Meinungsäußerung und Mitwirkung außerhalb dieser Herrschaft nicht vorgesehen. Zugleich, und dies ist im Rahmen dieser Arbeit nicht unerheblich und wird noch des öfteren aufgegriffen, hatte die Opposition in den osteuropäischen Ländern bei weitem nicht die Möglichkeit zu Mobilisierung und Aktion wie die westeuropäischen Initiativen. Über die sozialen Bewegungen des Westens wurde in den dortigen Medien - wenn auch nicht immer wohlgesonnen - berichtet, und die freie Meinungsäußerung war in den meisten Fällen gewährleistet. Selbst die durch brutale Auseinandersetzungen mit der Polizei gekennzeichneten Demonstrationen gegen Atomkraft oder Nato-Doppelbeschluss waren nicht mit den Repressalien zu vergleichen, die den osteuropäischen Bürgerrechtlern drohten - Ungarn 1956 und vor allem Prag 1968 sowie Polen 1980/81 waren den Menschen dort noch gut im Gedächtnis²⁴. Zudem hatten die westlichen (Neuen) Sozialen Bewegungen auch die Möglichkeit, sich innerhalb des bestehenden politischen und parlamentarischen Systems zu bewegen und dort für ihre Ziele zu kämpfen, wie es z.B. in Westdeutschland ein nicht unwesentlicher Teil mit Gründung der Grünen tat²⁵.

Darüber hinaus waren die osteuropäischen Gruppen entsprechend der beschriebenen Problematik auch inhaltlich und organisatorisch anders strukturiert und ausgerichtet. Dort wurde das Konzept der unabhängigen Öffentlichkeit (auch Konzept der Zivilge-

²³ Eigenschaften von Neuen Sozialen Bewegungen: Raschke 1988, S. 413-415; zur Sozialstruktur des Kernes der DDR-Bürgerbewegung: Fehr 1996, S. 202-216; darüber hinaus ist zu beachten, dass die Benutzung des Instrumentariums zu Genese, Struktur und Wirken auf andere osteuropäische Bewegungen gar nicht zutrifft, so z.B. auf die Streikbewegung in den Kohleminen der Sowjetunion oder die nationalen Emanzipationsbewegungen in etlichen multiethnischen Ostblockländern, die eher alten, im Westen schon überholt geglaubten Bewegungsmustern folgen, s. dazu: Knabe, Hubertus: Bewegung im Osten, in: Forschungsjournal NSB 1990/2, S. 18/19.

²⁴ Zu den Möglichkeiten des Protestes und die Auswirkungen der Rezeption der Reformbewegungen in anderen osteuropäischen Ländern durch die DDR-Bürgerbewegung vor 1989: Mehlhorn, Ludwig: Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR, in: Deutscher Bundestag 1995, S. 1409-1436, hier: S. 1412-1417; Dalos, György: Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR, in: Deutscher Bundestag 1995, S. 541-557, hier: S. 544-546.

²⁵ Zur Bedeutung der Neuen Sozialen Bewegungen bei der Gründung der Grünen: Raschke, Joachim u.a.: Die Grünen. Was sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 41-54.

sellschaft genannt)²⁶ verfolgt, anhand derer sich die Oppositionellen eine Gegenöffentlichkeit samt „informeller Strukturen des politischen Lebens“ aufbauten, die den Vorläufer einer Infrastruktur einer demokratischen Ordnung darstellten²⁷. Diese Infrastruktur umfasste persönliche Netzwerke, Clubs, Untergrundzeitungen in kleiner Auflage sowie andere Formen unabhängiger Gegenkultur, auf die 1989 insbesondere in Polen, Ungarn und der CSSR zurückgegriffen werden konnte²⁸. In der DDR spielte diese im September und Oktober trotz aller organisatorischen Schwächen ebenfalls eine Rolle²⁹. Ein weiterer eklatanter Unterschied zu den zur gleichen Zeit im Westen aktiven Sozialen Bewegungen war zudem, dass ihnen die Kapitalismus- und Imperialismuskritik, die feministischen Ideen, sowie der ausgeprägte Individualisierungsdrang der westlichen Gruppen fremd waren³⁰. Vielmehr waren es nicht selten materielle Bedürfnisse, die die Menschen dazu bewogen, sich oppositionell zu betätigen. Deutlichster Beweis hierfür dürften die unter gewissen Bedingungen ebenfalls als soziale Bewegung zu verstehenden Ausreisewilligen Gruppen sein, die sich als Sammlung der Ausreisewilligen wie andere Gruppierungen gleichermaßen unter dem Schutz der Kirche trafen³¹. Selbst wenn die anderen Oppositionsgruppen zu einem großen Teil bis in das Jahr 1990 „lediglich“ den Sozialismus reformieren und demokratisieren wollten, waren die Forderungen doch z.T. aufgrund der eigenen Lage ganz anders ausgerichtet als die oft linksradikalen der westlichen Bewegungen.

b) Soziale Bewegungen und Medien

Nach dieser allgemeinen Betrachtung der Problematik Bewegungsforschung und osteuropäische Bürgerbewegung soll der analytische Bezugsrahmen nun auf das eigentliche Thema eingegrenzt und auf die in der Einleitung formulierte Fragestellung zugespitzt werden: Soziale Bewegungen und Medien.

Die Herstellung von Öffentlichkeit ist bei der Mobilisierung von sozialen Bewegungen unabdingbar. Gerade weil soziale Bewegungen meist nicht über große finanzielle und

²⁶ Zum Konzept der Zivilgesellschaft: Havel, Vaclav.: Versuch, in der Wahrheit zu leben [1978], Reinbek 1989; zum Einfluss dieser Konzepte auf die DDR-Bürgerbewegung: Timmer 1999, S. 32-44.

²⁷ Fehr 1996, S. 17/18.

²⁸ Fehr 1996, S. 15

²⁹ Staritz 1996, S. 400-402.

³⁰ Brand 1997, S. 9.

³¹ Zur Involvierung der Ausreisewilligen in die oppositionelle Arbeit und den daraus resultierenden Schwierigkeiten s. Rink, Dieter: Ausreiser, Kirchengruppen, Kulturopposition und Reformen. Zu Differenzierungen und Gemeinsam-

organisatorische Ressourcen verfügen können, müssen sie dieses Defizit mittels Mobilisierung von Mitstreitern und der Erlangung öffentlicher Aufmerksamkeit ausgleichen³². Nicht zu vernachlässigen ist dabei, dass das Bestreben von Bewegungen, die Öffentlichkeit zu erreichen, nicht das eigentliche Ziel der Bewegung ist, sondern lediglich Mittel zum Zweck - nämlich der Einflussnahme auf politische Entscheidungen³³, für deren Erlangung die Massenmedien eine hohe Relevanz besitzen.

„Eine Bewegung, über die nicht berichtet wird, findet nicht statt“ formuliert Raschke, die Bedeutung der Massenmedien für die Vermittlung der Inhalte und der Mobilisierung der Anhänger von sozialen Bewegungen betrachtend³⁴. Massenmedien sind für ihn dabei in erster Linie nicht die von den Bewegungen selbst in Umlauf gebrachten Schriften, Flugblätter etc., sondern vielmehr die bewegungsunabhängigen Medien, die als „Vermittlungsorgane gesellschaftlicher Aktivität“ angesehen werden können³⁵. Beispiele gebe es, so führt er aus, in der Geschichte dafür genug: sei es die Ausbreitung der Arbeiterbewegung durch Nutzung der Presse, die Gleichschaltung der öffentlichen Meinung durch den nationalsozialistischen Rundfunk³⁶ oder die rasche Vergrößerung der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre über das Fernsehen³⁷.

Raschkes vertritt die These, dass Soziale Bewegungen auf die Medien angewiesen sind, um die eigenen Forderungen an die Öffentlichkeit zu transportieren und andere Menschen davon zu überzeugen, sich ebenfalls der Bewegung anzuschließen (Mobilisierung). Dabei dürfte das Fernsehen mittlerweile die größte Bedeutung haben. Ohne Mobilisierung und Plausibilisierung ihrer Standpunkte vor einem größeren Publikum fehle der Bewegung das „Bewegungskapital“, mit dem sich Druck auf die konventionelle Politik ausüben lässt, formuliert die Thesen Raschkes ergänzend Dieter Rucht³⁸.

Selten treffen die Akteure einer Bewegung jedoch auf Medien, die ihre politischen Forderungen teilen - im besten Fall bemühen sich die Medien um Objektivität. Im häufigeren Fall haben die Massenmedien aber andere Interessen als die Bewegung, seien es solche privatkapitalistischer Art (d.h. den Schwerpunkt der Medienproduktion immer in

keiten in Opposition und Widerstand in der DDR in den 70er und 80er Jahren, in: Pollack/Rink 1997, S. 54-77, hier: S. 59/60.

³² Rucht, Dieter: Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen, in: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen (KZfSS-Sonderheft 34), Opladen 1994, S. 337- 358, hier: S. 339.

³³ Rucht 1994, S. 347.

³⁴ Raschke 1988, S. 343.

³⁵ Raschke 1988, S. 343.

³⁶ Anm.: Diese Form der Propaganda wurde bekanntlich so planmäßig betrieben, dass auch die Versorgung der Bevölkerung mit preiswerten Empfangsteilen (Volksempfänger) straff organisiert war.

³⁷ Raschke 1988, S. 343; das Beispiel Frankreich 1968 betrachtend: Gilcher-Holtey, Ingrid: Die Nacht der Barrikaden. Eine Fallstudie zur Dynamik sozialen Protests, in: Neidhardt 1994, S. 375-392.

³⁸ Rucht 1994, S. 348.

Hinblick auf viel Profit mittels Werbung) oder gar ideologischer Art (z.B. staatliches Informationsmonopol inklusive Zensur)³⁹. Wenn die Bewegung also nicht gar ignoriert wird, so wird ihre Botschaft doch in den seltensten Fällen so beim Medienrezipienten ankommen, wie es die Akteure der Bewegung wünschen, denn die Selektions- und Filtermechanismen der Medien sind vielfältig⁴⁰.

Wenn jedoch über eine soziale Bewegung - und sei es noch so verzerrt - berichtet wird, kommt auch ihr Gegner - in den meisten Fällen der Staat, die Regional- oder die Kommunalexekutive, nicht umher, zu den von der Bewegung gestellten Forderungen Position zu beziehen und damit die Bewegung (meist widerwillig) ernst zu nehmen und ihr noch mehr Gewicht zu verleihen; ein Gewicht, das sie aufgrund der Abgeschlossenheit des Zugangs zu den normalen politischen Entscheidungsprozessen nicht erlangt hätte⁴¹. Medien können jedoch diesen Einfluss auf die öffentliche Meinung wieder verringern, in dem der der Bewegung zugrunde liegende Forderungskatalog für nicht mehr relevant gehalten wird und dementsprechend der Zugang zur Öffentlichkeit via Massenmedien wieder versiegt. So kann es vorkommen, dass die tatsächliche Größe einer Bewegung und ihre Darstellung in den Medien in keiner Weise in einem adäquaten Verhältnis zueinander stehen. Vielmehr ist es oft so, dass soziale Bewegungen am Anfang trotz relativ geringer Größe wegen der Thematisierung eines gesellschaftlichen Problems einen sehr großen - meist journalistisch gefilterten - Raum zur Darstellung in den Medien zur Verfügung gestellt bekommen, während sie in der Hochphase ihrer Bewegung (was die Mobilisierung betrifft) nur noch in den hinteren Meldungen der Nachrichten platziert werden⁴².

Jedoch hat nicht nur die Häufigkeit der Medienpräsenz eine wichtige Funktion bei der Mobilisierung, bzw. Stabilisierung der Bewegung. Vielmehr muss der Inhalt, der von den Medien transportiert wird, motivierend auf bisher inaktive, aber mit der Situation hinsichtlich des von der sozialen Bewegung thematisierten Problems unzufriedene Individuen und Gruppen wirken. Dazu muss die Bewegung Protestformen entwickeln, die nach Möglichkeit schon eine mediale Inszenierung beinhalten: Die Proteste dürfen nicht zu phantasielos oder alltäglich sein, auf der anderen Seite aber auch nicht abschreckend gewaltsam⁴³.

³⁹ Raschke 1988, S. 344.

⁴⁰ S. dazu auch Kapitel IV.

⁴¹ Schmitt-Beck, Rüdiger: Über die Bedeutung der Massenmedien für soziale Bewegungen, in: KZfSS 42/1990, S. 642-662, hier: S. 645/646.

⁴² Raschke 1988, S. 344.

⁴³ Rucht 1994, S. 348/349.

Dabei und bei der grundsätzlichen Medialisierung des Protestes und der Bewegung spielen laut Rüdiger Schmitt-Beck diejenigen Fernsehsender (bzw. Medien im Allgemeinen) eine wichtige Rolle, die in der Thematisierung der Bewegung eine Vorreiterfunktion übernehmen⁴⁴. Meist geschieht dieses durch Medien und manchmal auch nur einige Journalisten, die der Bewegung nicht ablehnend oder gar mit Sympathien gegenüberstehen. Wenn nun in einem Teil der Medienlandschaft eine Bewegung zum Thema von Berichten wird, dann werden - wenn auch mit Verzögerung - die den Bewegungen nicht wohlgesonnenen Zeitungen und Rundfunksender folgen.

Es ist allerdings offensichtlich, dass diese für demokratische Gesellschaften richtigen Feststellungen nicht ohne weiteres auf die Verhältnisse in der DDR zu übertragen sind - schließlich handelt es sich hier um den schon beschriebenen Sonderfall. Andererseits haben auch die DDR-Medien - wenngleich recht spät, wie in Kapitel III noch auszuführen sein wird - nach diesem Prinzip gehandelt: Sie haben dem Druck der Westberichterstattung Mitte Oktober nicht mehr standhalten können.

Medien stehen aber nicht nur bei den Mobilisierungsbemühungen der Bewegungen im Mittelpunkt. Vielmehr üben sie auch Einfluss auf die innere Entwicklung der Bewegungen selbst aus. So werden aufgrund der zu großen Abstraktheit der Themen meist Akteure, die sich in wie auch immer gearteter Weise innerhalb der Bewegung profiliert haben (z.B. als Redner oder Organisator) oder sich schon vor der Etablierung der Bewegung innerhalb der Gesellschaft Ansehen auf einem wohlmöglich ganz anderen Gebiet (z.B. in der Wirtschaft, der bildenden Kunst, der Literatur, dem Film oder auch der institutionalisierten Politik) erworben haben, von den Medien herangezogen, um der Bewegung ein „Gesicht“ zu verleihen⁴⁵. Diese von den Medien erkorenen Führer sind aber nicht immer mit den Personen, welche die Bewegung tatsächlich führen, identisch oder sie sind, wie z.B. in basisdemokratisch orientierten Bewegungen, gar nicht gewünscht und/oder vorhanden⁴⁶.

Jedoch haben die öffentlich als Führer geltenden Personen meist auch einen großen Einfluss innerhalb der Bewegung, da sie letztlich als Vermittler benötigt werden. Hinzu kommt, dass neu hinzu gewonnene Aktivisten eher den Forderungen eben dieser von den Medien aufgebauten Führer (aber innerhalb der heterogenen Bewegung vielleicht in einer Minderheit befindlichen Aktivisten) nahe stehen, da sie durch diese zum Mitmachen mobilisiert wurden - was wiederum zur Folge hat, dass sich politische Schwer-

⁴⁴ Schmitt-Beck 1990, S. 553/554.

⁴⁵ Raschke 1988, S. 345, Schmitt-Beck 1990, S. 649/650.

⁴⁶ Raschke 1988, S. 345.

punktsetzungen innerhalb einer Bewegung durch den medialen Eingriff nicht selten radikal ändern können.

Wenn jedoch die von Presse, Funk und Fernsehen etablierten Führer durch ihre ständige Präsenz in den Medien eine Art Eigenleben entwickeln, d.h. politische Forderungen mehr und mehr ohne Rückkopplungen an die „unterstellte“ Bewegung entwickeln, kann es entgegengesetzt auch zu einer Entfremdung zwischen Führer und Bewegung kommen. Diese Entfremdung kann die Marginalisierung entweder der Bewegung oder der Führungspersönlichkeit, im ungünstigsten Fall die Bedeutungslosigkeit beider nach sich ziehen⁴⁷.

Ausgehend von diesem analytischen Bezugsrahmen sollen in der vorliegenden Abhandlung die Berichterstattung des Westfernsehens im September und Oktober 1989 und ihr Einfluss auf die Flüchtlingswelle, die Bürgerbewegung und die Proteste untersucht und bewertet werden.

Dazu sollen die Aktivitäten der einzelnen Bürgerrechtsgruppen zur Mobilisierung mittels Medien dargestellt, die Entwicklung und Themensetzung des Westfernsehens herausgearbeitet, die Differenz zwischen Fernsehberichterstattung und Realität kritisch reflektiert und der unmittelbare Zusammenhang zwischen Berichterstattung und Entwicklung von Flüchtlingsbewegung und Protest geschildert werden.

c) Das suggestive Wirkung des Mediums Fernsehen

Neben dem analytischen Bezugsrahmen bedarf es eines angemessenen methodischen Instrumentariums, welches die Besonderheiten des Untersuchungsgegenstandes berücksichtigt. Dazu sollen im Folgenden einige medientheoretische Überlegungen entfaltet und Problemfelder des Bereiches Medien und Realität beleuchtet werden.

Bei Fernsehsendungen und insbesondere Nachrichten, die in dieser Studie die entscheidende Quellenform darstellen, handelt es sich um technische Abbildungen von Ereignissen, welche die Realität nur unvollkommen reproduzieren können. Dennoch haben die Nachrichten in demokratischen Systemen einen hohen Glaubwürdigkeitsgrad: Auch wenn es sich bei Fernsehberichten aus der Perspektive des Zuschauers um sogenannte Fremderfahrungen handelt, so werden sie gerade durch die Wirkung der scheinbar authentischen und untrüglichen Bilder für glaubwürdig gehalten. Der oftmals dazugehöri-

ge halbwissenschaftliche Duktus zumindest seriöser bzw. seriös wirkender Nachrichtensendungen führt nicht selten gar zu einer Präferenz der Fremderfahrung vor der Selbsterfahrung⁴⁸.

Darüber hinaus haben verschiedene Untersuchungen gezeigt, dass das subjektive Empfinden und Erfahren eines Ereignisses häufig nicht mit der im Fernsehen präsentierten „Realität“ übereinstimmt. Die Kameras vermitteln den Eindruck, einen größeren Überblick über ein bestimmtes Geschehen bieten zu können, als die persönliche Anwesenheit dies erlaubt. Fernsehbilder können in letzter Konsequenz ganz andere Stimmungen erzeugen, als die bei einem Ereignis durch die Teilnehmer wahrgenommene⁴⁹.

Das Verlangen nach Objektivität und Realitätsabbildung von Berichterstattung ist jedoch unerfüllbar. Nachrichten sind schon allein deswegen konstruierte Realität, weil Realität grundsätzlich unbeschreibbar ist. Jeder Beobachter eines Ereignisses hat eine eigene subjektive Realität, die selten mit der anderer übereinstimmt. Eine tatsächliche, wenn überhaupt verbalisierbare Übereinstimmung wäre in diesem Zusammenhang schon fast ein Zufall⁵⁰.

Die Problematik der nicht beschreibbaren Realität führt auch ein methodisches Problem mit sich: Ein Vergleich von Nachrichtensendungen mit *der* Realität ist unmöglich, da kein Wissenschaftler bei noch so großer methodischer Präzision vermag, intersubjektiv diese Realität exakt zu schildern⁵¹. Dennoch kann und muss mit Annäherung an tatsächlich Geschehenes dieses Defizit umgangen werden. Dabei sind Fakten in Form von Zahlen in der Regel eher zu verifizieren als Stimmungen. Letztlich bleibt es aber bei der Feststellung, dass „Nachrichten eine Interpretation unserer Umwelt sind, eine Sinngebung des beobachtbaren und vor allem auch des nicht beobachtbaren Geschehens“⁵².

Problematisch ist, dass diese Reflexion bei der Lektüre eines Zeitungsberichtes leichter fällt, als bei der Rezeption eines Fernsehberichtes. Fernsehbilder werden quasi als selbst erlebt empfunden, da das vermeintlich Geschehene „mit eigenen Augen“ gesehen wurde⁵³. Der eher diskursive Charakter von Tageszeitungen wird hier zudem durch einen

⁴⁷ Zur Entfremdung von Bewegung und Führer seien als Beispiele Daniel Cohn-Bendit und Petra Kelly genannt, s. Raschke 1988, S. 345.

⁴⁸ Ronneberger, Franz: Sozialisation durch Massenkommunikation, in: ders. (Hg.): Sozialisation durch Massenkommunikation, Stuttgart 1971, S. 83.

⁴⁹ Siehe hierzu die Untersuchung zum „MacArthur Day“ 1951, Lang, Kurt/Lang, Gladis Engel: MacArthur Day in Chicago: Die Einseitigkeit des Fernsehens und ihre Wirkungen, in: Aufermann, Jörg/Bohrmann, Hans/Sülzer, Rolf (Hg.): Gesellschaftliche Kommunikation und Information, Bd. 2, Frankfurt/M. 1973, S. 498-525.

⁵⁰ S. dazu vor allem: Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien, 2. erw. Aufl. 1996, S. 19-21.

⁵¹ Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg/München 1976, S. 27.

⁵² Schulz 1976, S. 28.

⁵³ Zur empfundenen Glaubwürdigkeit des Fernsehens: Schütte, Georg: Informationsspezialisten der Mediengesellschaft. Die Produktion und Präsentation von Fernsehnachrichten in den USA, der Bundesrepublik Deutschland und

sehr plakativen ersetzt, was den tatsächlich verwertbaren Inhalt erheblich verringert⁵⁴. Trotz dieser Unzulänglichkeiten ermöglicht das Fernsehen mittels visueller Informationen die Beteiligung an einer gemeinsamen Realität. Dabei ist die „Sofort-Integration“, d.h. die Einbindung des Zuschauers selbst in kleinste Begebenheiten (Gespräch zwischen zwei Politikern, Demonstration an einem abgelegenen Ort), von der er sonst nie Notiz hätte nehmen können, ein wichtiger Bestandteil⁵⁵.

Zudem ist auf den gravierenden Unterschied zwischen der Wirkung von Bild und Ton hinzuweisen: Während das Bild Wahrheit optisch vorgibt, lässt sich dieses Bild verbal auch kommentieren und damit in einen ganz anderen Sinnzusammenhang stellen. Das hat im Extremfall zur Konsequenz, dass Bild und Ton objektiv gesehen nicht miteinander korrespondieren⁵⁶.

Eine weitere Problematik beinhaltet das Prinzip der Selektion in den Nachrichten der Massenmedien und insbesondere der des Fernsehens. Aufgrund der notwendigen Reduzierung von Komplexität müssen durch die Redaktionen einige wenige Ereignisse aus dem Weltgeschehen herausgesucht werden, um die Nachrichtensendung nicht aus ihrem meist festgelegten Format herausfallen zu lassen. Diese Selektion wird durch Faktoren wie Überraschung und Neuheit (Brechung bestehender Erwartungen), Quantitäten, lokalem Bezug (Inlandsberichterstattung ist proportional stärker vertreten), Auftreten von Normverstößen, schwelenden Konflikten und nicht zuletzt von Aktualität bestimmt⁵⁷. Das bedeutet z.B., dass wiederkehrende Proteste mit immer gleichen Forderungen nur dann medial von Interesse sind, wenn sich die Zuspitzung eines Konfliktes konstatieren lässt oder sich - wie im Fall des Niedergangs der DDR - die Anzahl der Demonstranten und auch der Flüchtlinge wöchentlich steigert. Diese Selektion ist nicht nur wegen der Ausblendung bestimmter, scheinbar nachrangiger Entwicklungen innerhalb der Öffentlichkeit problematisch, sondern auch deshalb, weil Fernsehsender - wie im Verlauf der Studie noch gezeigt wird - oftmals aus rein dramaturgischen Gründen diese Faktoren durch ihre Berichterstattung erst konstruieren oder zumindest verstärken. Wenn auch nicht in dieser scharfen Form auf die DDR anwendbar, bewirkt diese Vorgehensweise

der DDR, Wiesbaden 1994, S. 48-51, sowie, eher die emotionale Wirkung der Bilder beleuchtend: Hicketier, Knut: Fernsehnachrichten als Erzählung der Welt, in: Bentele, Günter/Haller, Michael (Hg.): Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit. Akteure - Strukturen - Veränderungen, Konstanz 1997, S. 511-528, hier S. 521/522.

⁵⁴ Schütte 1994, S. 49.

⁵⁵ Feige, Andreas: Gesellschaftliche Reflexionsprozesse und Massenkommunikation am Beispiel der DDR, in: Publizistik 4/1990, S. 387-397, hier: S. 396.

⁵⁶ So wird zum Beispiel bei Pressekonferenzen oft die Schar der Journalisten gezeigt, während der Nachrichtensprecher über den Inhalt einer auf der Konferenz vorgetragenen Meinungsäußerung berichtet.

⁵⁷ Luhmann 1996, S. 55-72.

in ihrer Extremform, dass soziale Bewegungen oder Konflikte erst durch eine entsprechende Berichterstattung hervorgerufen werden⁵⁸.

Die DDR ist wegen der eingangs erwähnten geographischen und politischen Lage vor dem Hintergrund dieser medientheoretischen Prämissen ein attraktiver, wenngleich auch diffiziler Untersuchungsgegenstand. Hier treffen bei der Realitätswahrnehmung des DDR-Bürgers verschiedene Ebenen aufeinander:

- *Die Selbstwahrnehmung des DDR-Bürgers:* Die Wahrnehmung, die sich durch den Alltag im Staat DDR und im Umgang mit diesem sowie mit den anderen Bürger entwickelt hat.
- *Die Fremdwahrnehmung durch die DDR-Medien:* Information durch eine Berichterstattung, die politischen und systemstabilisierenden Prämissen folgte und in diesem Sinne stark selektiv und manipuliert war.
- *Die Fremdwahrnehmung durch die Westmedien:* Information durch ein im Prinzip dem eigenen Staat gegenüber negativ orientierten Medienapparat (nur Fernsehen und Radio), der jedoch relativ frei über die Vorkommnisse in der DDR berichten konnte, solange einzelne Recherchen nicht durch die DDR-Staatssicherheit behindert wurden.
- *Die fehlende Selbstwahrnehmung der BRD:* Den meisten DDR-Bürgern, die sich noch nicht im Rentenalter befanden, war es verwehrt, die Bundesrepublik zu besuchen und das Bild der Westmedien hinsichtlich der Verhältnisse innerhalb der BRD zu verifizieren.

Der Zuschauer in der DDR musste folglich versuchen, sein Wissen über die tatsächlichen Vorgänge in seinem Land aus persönlich Erlebtem, vorwiegend politisch manipulierter Information (DDR-Medien) und der Berichterstattung des Westfernsehens, dass sich zwar weniger politischen, dennoch aber wirtschaftlichen Zwängen beugen musste, zusammenzustellen.

Diese Komplexität von Besonderheiten gilt es bei der Analyse der Wirkung des Westfernsehens auf die Ereignisse in der DDR im September und Oktober 1989 zu berücksichtigen.

⁵⁸ Rucht 1990, S. 338.

2. Aktueller Forschungsstand

Die im weitesten Sinne in den Kontext der vorliegenden Abhandlung zu stellende, bisher erschienene wissenschaftliche Literatur ist vielfältig. Sie ist im Wesentlichen in drei Zeitabschnitte einzuordnen:

Den ersten bilden diejenigen Essays und empirischen Untersuchungen, die vor 1989 erschienen sind und damit eher die Unterschiede zwischen Ost- und Westmedien an sich protokollieren. Angesichts der Marginalität der Opposition bis in das Jahr 1989 hinein konnte dort die Rolle des westlichen Rundfunks bei der Forcierung systemkritischer Bestrebungen nicht Thema der Analyse sein. Vielmehr wurde - wenn überhaupt - lediglich gemutmaßt, welchen Einfluss die Westmedien bei der Meinungsbildung der DDR-Bürger hatten. Besonders die empirischen Arbeiten waren von der diffizilen Genese des für eine plausible Argumentation notwendigen Datenmaterials geprägt. Um die für Empiriker fatale Problematik zu umgehen, über keine offiziellen Daten aus der DDR zu verfügen, aber auch keine direkten Befragungen der im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehenden Rezipienten durchführen zu können, wurden zu diesem Zweck in einigen Fällen Übersiedler und Besucher aus der DDR befragt - nicht immer mit dem nötigen Bewusstsein der Besonderheit dieser Gruppe⁵⁹.

Den zweiten Zeitabschnitt stellt eine breite Palette von Analysen dar, die während oder kurz nach den revolutionären Ereignissen in der DDR verfasst wurden. Sie konzentrieren sich aktualitätsbedingt auf die Wirkung des Fernsehens bei der Wende. Dabei können die Autoren auf eine Vielzahl nun öffentlich zugänglicher Informationen des DDR-Wissenschafts- und Medienapparates zurückgreifen und sich zudem auf freie und direkte Befragungen aller Zuschauer stützen. Die Untersuchungen sind meist kommunikations-, politik-, oder sozialwissenschaftlicher Art und nicht selten von emotionalen Bewertungen geprägt. Die Zeitnähe bewirkt neben diesem gelegentlichen Distanzverlust aber eine für die Bewertung vorteilhafte umfassende Verfügbarkeit der Quellen⁶⁰, da diese ohne jeglichen Aufwand geradezu „zum Greifen nah“ waren.

⁵⁹ Heil, Karolus Heinz: Fernsehempfang in der SBZ. Empfangsmöglichkeiten, Zuschauerverhalten, Beurteilung. München 1971; kritisch dazu: Linke, Norbert: Die Rezeption der Programme von ARD und ZDF in der DDR als Gegenstand der SED-Kommunikationspolitik, in: Publizistik 32/1987, S. 45-68, hier: S. 47; methodisch genauer: Hesse, Kurt Rudolf: Nutzung und Image des „Westfernsehens“ bei DDR-Übersiedlern, in: Media Perspektiven 4/1986, S. 265-272; weitere Untersuchungen aus diesem Zeitabschnitt in der inhaltlichen Aufschlüsselung des Forschungsstandes (s.u.).

⁶⁰ Anm.: Unter Quellen werden in dieser Untersuchung - dem Forschungsinteresse entsprechend - hauptsächlich Fernsehquellen verstanden. Siehe dazu das folgende Teilkapitel „Quellen“.

Der dritte Zeitabschnitt der Forschung wird durch wissenschaftliche Publikationen geprägt, die eine größere Distanz zum Geschehen aufzeigen. Da sich die DDR-Wende im Zustand ihrer Historisierung befindet, sind diese - im Vergleich zum zuvor beschriebenen Zeitraum wenigen - Untersuchungen eher der geschichtswissenschaftlichen Forschung zuzuordnen. Dieter Wiedemann stellte 1990 in diesem Zusammenhang zutreffend fest, dass es „der zukünftigen Geschichtsschreibung [...] vorbehalten bleibe[n], die Anteile der Massenmedien an den politischen Veränderungen und insbesondere dem Tempo dieser Veränderungen exakter zu bestimmen ...“⁶¹. Insofern reiht sich die vorliegende analytische Arbeit zeitlich und in ihrer wissenschaftlichen Kanonisierung in diese Phase ein.

Vielfältiger und damit bedeutender für die Einordnung dieser Studie ist aber die thematische Streuung, die es im Bereich „Medienforschung und DDR“ (im weitesten Sinne) gibt. Dabei sollen im Folgenden der jetzige Stand der einzelnen Teilbereiche der den Fokus dieser Studie berührenden Forschung in konzentrierter Form vorgestellt werden, um einerseits den Nutzen dieser Untersuchungen für die in den weiteren Kapiteln folgende Argumentation einer Prüfung zu unterziehen, und andererseits eine inhaltliche Abgrenzung zu ermöglichen.

Die verschiedenen Publikationen lassen sich, unter Beachtung einiger Überschneidungen, in drei Bereiche differenzieren:

Untersuchungen zum Inhalt von Fernsehinhalten und insbesondere Nachrichten in Ost und West: Wichtig für die Bedeutung des bundesrepublikanischen Fernsehens in der DDR ist die Feststellung, dass sich die westlichen Nachrichten nicht nur vom ideologischen Standpunkt aus gesehen von der einzigen Nachrichtensendung im DFF, der *Aktuellen Kamera* unterschieden, sondern auch inhaltlich-thematisch von dieser abwichen. Aufwendige Studien zum Vergleich der Nachrichtensendungen beider Systeme vor der Wende arbeiteten diesen einerseits zu erwartenden, aber dennoch empirisch zu belegen Fakt deutlich heraus⁶². Anthony John Goss dokumentiert ausführlich „Fremd- und Eigenbilder“ im ost- wie westdeutschen Fernsehen und erörtert die daraus resultierende Problematik, dass die DDR-Bürger zu einem Großteil das ihnen bekannte Fremdbild

⁶¹ Wiedemann, Dieter: Von den Schwierigkeiten der Medienforschung mit der Realität, in: Rundfunk und Fernsehen 3/1990, S. 343-356, hier: S. 343/344.

⁶² Goss, Anthony John: Deutschlandbilder im Fernsehen. Eine vergleichende Analyse politischer Informationssendungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Köln 1980; ders./Hartmann-Laugs, Petra S.: Deutschlandbilder im Fernsehen 2. Politische Informationssendungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Zeitvergleich und neue Aspekte, Köln 1988; Schütte 1994. Eine ähnliche Zielrichtung, ebenfalls in zwei - allerdings nicht direkt zusammenhängenden Erscheinungen, hat Wilfried Scharf: Scharf, Wilfried: Nachrichten im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Objektivität oder Parteilichkeit in der Berichterstattung, Frankfurt/M.

von der BRD durch Ost- und insbesondere Westfernsehen nicht validieren konnten. Abgesehen von der theoretischen Einordnung, die für die vorliegende Analyse irrelevant ist und zudem in Zweifel gezogen werden kann⁶³, bietet Goss einen für diesen Forschungsbereich frühen und substantiellen Überblick über die unterschiedliche Nachrichtenproduktion in der BRD und der DDR. Die darauf aufbauende Untersuchung des von 1988 in Zusammenarbeit mit Petra S. Hartmann-Laugs veröffentlichten zweiten Bandes stellt im Wesentlichen eine Verfeinerung der methodischen Ansätze und einen darüber hinausgehenden Vergleich dar. Zudem werden die aufschlussreichen Interaktionen zwischen DDR- und BRD-Fernsehen charakterisiert.

Einen Überblick über die Berichterstattung im allgemeinen und deren Bedingungen beschreibt aus journalistischer Sicht Thomas Bellut in seiner Monographie „Die DDR-Berichterstattung in den Nachrichtenmedien der Bundesrepublik Deutschland“ von 1983⁶⁴. Der heutige Innenpolitikchef des ZDF beschreibt in dieser Veröffentlichung die Geschichte der bundesdeutschen Berichterstattung über die DDR, die verschiedenen Sendeformate zu diesem Thema und die Probleme der Korrespondenten in der DDR. Schwerpunkt seiner Untersuchung ist eine inhaltliche Analyse der Themen in ausgewählten Nachrichtensendungen und Zeitungen des Jahres 1979. Dabei arbeitet er vor allem, ähnlich wie schon Goss, die negative Grundstimmung der westdeutschen DDR-Berichterstattung heraus.

Eine ähnlichen Abriss der Arbeitsbedingungen und der Vorgeschichte der Korrespondententätigkeit in der DDR beinhaltet eine Untersuchung von Volker Herres, der dabei jedoch in den Mittelpunkt seiner Analyse die Magazinsendung *Kennzeichen D* stellt⁶⁵. Er gibt, wie auch Bellut, viele, für die vorliegende Untersuchung wertvolle Hinweise über die Möglichkeiten einer kritischen Berichterstattung aus der und über die DDR.

Eine ähnliche Zielrichtung haben auch einige analytischen Studien nach der Wende, die aufgrund der Geschehnisse jedoch von anderen Forschungsinteressen ausgehen. Hier steht nicht mehr der Unterschied zwischen Ost und West im Vordergrund, sondern eine Charakterisierung der einzelnen Nachrichtensendungen in Bezug auf die Berichterstattung während der Wende. Peter Ludes zeichnet dabei die Geschichte der *Aktuellen Kamera* nach, bevor er konkret einzelne Sendungen aus der Wendezeit beleuchtet und de-

1981 und ders.: Das Bild der Bundesrepublik Deutschland in den Massenmedien der DDR: eine empirische Untersuchung von Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen, Frankfurt/M. 1985.

⁶³ S. als kritische Stimme zum theoretischen Bezugsrahmen Goss' auch Schneider, Beate: Wenn der Klassenfeind das Programm bestimmt. Medienwirklichkeit in der DDR, in: Publizistik 29/1984, S. 197-202, hier: S. 200.

⁶⁴ Bellut, Thomas: Die DDR-Berichterstattung in den Nachrichtenmedien der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1983.

ren Wandel aufzeigt⁶⁶. Auch Kurt R. Hesse nutzt 1990 in einem Artikel einen kurzen Rückblick auf frühere Fernsehereignisse (hier jedoch vorwiegend westliche Fernseh- nachrichten), um darzulegen, dass die Thematisierung oppositionellen Aufbegehrens im Westfernsehen eine auf niedrigen Niveau befindliche konstante Linie besaß, die 1989 jedoch exponentiell in die Höhe ging⁶⁷.

In einer sehr umfangreichen empirischen Studie beschreiben Udo Michael Krüger und Bodo Rinz detailliert, wie sich die Berichterstattung über die Ereignisse in der DDR im Westfernsehen darstellt. Dabei erarbeiten sie eine inhaltliche Aufschlüsselung aller Nachrichten- und Sondersendungen sowie einen Vergleich der Schwerpunkte des öffentlich-rechtlichen und des privaten Fernsehens. Diese Studie vermittelt so einen guten Eindruck, wie das Westfernsehen bei diesem Großereignis für die Nachrichtenwelt gearbeitet hat. Analytischen Wert hinsichtlich der Fragestellung dieser Studie hat die Untersuchung aber nur bedingt, da sie sich auf den Zeitraum nach der Grenzöffnung (10. - 19. November 1989) beschränkt und die historisch wichtige Phase im Oktober 1989 vernachlässigt⁶⁸.

Eine andere Auswahl und einen anderen Erkenntnisinteresse hat Dietrich Leder: Ihm geht es bei der Analyse von westlichen Fernsehberichten des 8.8., 8.9. und 8.10.1989 und der Gegenüberstellung dort publizierter Inhalte zu persönlichen Erinnerungen verschiedener Prominenter um eine Sichtbarmachung der Macht, die das Fernsehen auf persönliche Erinnerungen hat⁶⁹.

Fernsehverhalten und Rezeption der westlichen Berichterstattung in der DDR: Die wichtigste Hypothese der vorliegenden Studie, das Westfernsehen habe in der DDR die Expansion oppositionellen Handelns gefördert und den Sturz des DDR-Regimes damit beschleunigt, impliziert die Prämisse, dass die DDR-Bürger dieses Informationsangebot aus dem benachbarten Staat auch genutzt haben. Diese Ansicht wird von diversen Autoren gestützt:

⁶⁵ Herres, Volker: Kennzeichen D. Über die Schwierigkeiten ein deutsch-deutsches Fernsehmagazin zu machen, Düsseldorf 1983.

⁶⁶ Ludes, Peter (Hg.): DDR-Fernsehen intern: von der Honecker-Ära bis „Deutschland einig Fernsehland“, Berlin 1990.

⁶⁷ Hesse, Kurt R.: Fernsehen und Revolution: Zum Einfluss der Westmedien auf die politische Wende in der DDR, in: Rundfunk und Fernsehen 3/1990, S. 328-341.

⁶⁸ Krüger, Udo Michael/Rinz, Bodo: DDR-Berichterstattung - Renaissance der Information?, in: Media Perspektiven 2/1990, S. 104-121.

⁶⁹ Leder, Dietrich: Die Tage im Herbst im West-Fernsehen. Eine Analyse, in: Hall, Peter Christian (Hg.): Revolutionäre Öffentlichkeit. Das Fernsehen und die Demokratisierung im Osten (23. Band Mainzer Tage der Fernsehkritik), Mainz 1990, S. 97-132.

Schon 1971 stellt Karolus Heinz Heil in einer Befragung von Besuchern aus der DDR fest, dass die Nutzung des Westfernsehens in der DDR weit verbreitet war⁷⁰. Einer ähnliche Methodik bedient sich Kurt R. Hesse 1988 in seiner umfangreichen Analyse von Interviews mit DDR-Übersiedlern im Übergangslager Gießen⁷¹. Er kommt dabei zu dem Befund, dass in dieser untersuchten Gruppe das Westfernsehen in hohem Maße rezipiert wurde (80%), für viele war es zudem das vorrangige Informationsmedium⁷². Trotz der Relevanz dieser Daten darf jedoch die zu unterstellende Westorientierung unter den Befragten nicht übersehen werden. Folglich ist Berücksichtigung aller Rezipienten, also auch jener, die dem realsozialistischen System positiv gegenüberstanden, methodisch zutreffender. Untersuchungen, die diese Vorgabe erfüllen, gab es einerseits in abgeschwächter Form in der DDR selber, andererseits nach der Wende, als ein solcher methodischer Zugriff nicht mehr behindert wurde.

Zu den wenigen im Kontext der Wissenschaft der DDR verwertbaren Untersuchungen⁷³ gehört die Langzeitstudie des Leipziger Zentralinstitutes für Jugendforschung, welches in einer anonymen Befragung unter Jugendlichen deren allgemeinen Einstellungen sowie deren Lebenswandel recherchierte. Dabei arbeitete das Institut in einem Teilbereich auch heraus, in wie fern die Jugendlichen und jungen Erwachsenen das westliche Fernsehen dem eigenen vorzogen. Diese Untersuchungen waren jedoch nicht zur Veröffentlichung, sondern lediglich zur Information des Politbüros vorgesehen. Folglich wurden die Ergebnisse der wissenschaftlichen Öffentlichkeit erst 1990 bekannt⁷⁴. Auch wenn die untersuchte Population nur eingeschränkt Aufschluss über die Gesamtpopulation der DDR-Bürger geben kann, bestätigt sich auch hier die schon vermutete Westpräferenz im Fernsehverhalten, insbesondere, was die politische Information betraf.

Untersuchungen nach der Wende gibt es nur wenige, die sich im wesentlichen der Methode der rückblickenden Befragung bedienen. Auch dabei stehen Jugendliche im Vor-

⁷⁰ Heil, Karolus Heinz: Fernsehempfang in der SBZ. Empfangsmöglichkeiten, Zuschauerverhalten, Beurteilung. München 1971.

⁷¹ Hesse, Kurt R.: Westmedien in der DDR. Nutzung, Image und Auswirkungen bundesrepublikanischen Hörfunks und Fernsehens, Köln 1988, sowie im Vorgriff auf diese Veröffentlichung: ders. 1986 (a.a.O.).

⁷² Hesse 1988, S. 41-43.

⁷³ Die wenigen kommunikationswissenschaftlichen Diskussionen in der DDR, die die Ost-West-Besonderheit aufgriffen, schildert z.B. Lemke, Christiane: Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der DDR, Opladen 1991 im Kapitel 3.4. „Die Massenmedien“ (S. 187-197). Die hier ebenfalls zu findenden, knappen Ausführungen zur Bedeutung des Fernsehens bei der Wende selber beziehen sich im Wesentlichen auf die Ergebnisse von Kurt R. Hesse sowie die von Walter Friedrich geleitete Untersuchung, die im Folgenden vorgestellt wird (s. folgende Fußnote).

⁷⁴ S. z.B. Friedrich, Walter: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: APuZ, B 16/17, 1990, S. 25-37 sowie Förster, Peter: Der lange Weg vom DDR- zum Bundesbürger, in: ders./Schlegel, Uta: Ostdeutsche Jugendliche, Opladen 1997, S. 207-223; zusätzliche Interpretationen dazu bei Stiehler, Hans-Jörg: Medienwelt im Umbruch. Ansätze und Ergebnisse empirischer Medienforschung in der DDR, in: Media Perspektiven 2/1990, S. 91-103.

dergrund, vornehmlich wird die Veränderung ihrer Einstellungen und ihres Fernsehverhaltens nach der Wende kontrastiert⁷⁵.

Berichterstattung im DDR-Fernsehen und deren Rezeption: In dieses Gebiet fallen neben den frühen, schon erwähnten Studien⁷⁶ und der Analyse von Peter Ludes vornehmlich Abhandlungen und Untersuchungen zum Fernsehverhalten der DDR-Bürger bezüglich ihrer staatseigenen Programme, die in der vorliegenden Studie die unterschiedliche Relevanz der gegensätzlichen Fernsehsysteme beim DDR-Bürger unterstützend verdeutlichen werden⁷⁷.

Darüber existieren verschiedenen Untersuchungen zu den Themen *Arbeit der Journalisten in der DDR, Reaktion der DDR-Regierung auf die „Weststrahlung“* sowie hier aufgrund der Fülle des Materials nicht zu diskutierende Literatur zu den *Vorgehensweisen der DDR-Bürgerbewegung*, die an opportuner Stelle in dieser analytischen Studie verwendet werden.

Neben diesen unterstützenden Untersuchungen gibt es einige wenige Abhandlungen, die eine ähnliche Zielrichtung wie der hier vorliegende Überblick haben. Dieses ist zum einen Kurt R. Hesse, der 1990 noch sehr zeitnah einen Zusammenhang zwischen der Berichterstattung des Fernsehens und der „Revolution“ (Hesse) herstellt⁷⁸. Dabei kann er bezüglich des Rezeptionsverhaltens auf Erfahrungen aus der vorhergehenden, von ihm vorgenommenen Studie zurückgreifen. Eine erneute empirische Untersuchung nimmt er aber nicht vor. Bei der Analyse des Fernsehmaterials stützt er sich vornehmlich auf die schon erwähnte Studie von Krüger und Rinz, die jedoch außerhalb des Forschungsinteresses dieser Arbeit liegt. Auch wenn seine Mutmaßungen bezüglich der Folgen der (im Fernsehen übertragenen) Ereignisse schlüssig klingen, so verzichtet er auf eine weitergehende Analyse des dazugehörigen Fernsehmaterials. Zudem legt er einen zweiten Schwerpunkt seines Artikels auf die in Zusammenhang mit der vorlie-

⁷⁵ Karig, Ute/Stiehler, Hans-Jörg: Von „Spaß am Dienstag“ bis „Miami Vice“ - Aspekte des Fernsehgangs von Kindern und Jugendlichen vor und nach der Wende, in: Schlegel/Förster (a.a.O.), S. 341-353, hier wird auch Bezug auf eine unveröffentlichte Studie aus Leipzig genommen; ; theoretisch-abstrakter sowie zeitlich mit 1994 vergleichend dazu: Kliment, Tibor: Fernsehnutzung in Ostdeutschland und das Bild von der Bundesrepublik. Ein Beitrag zur Kultivierungshypothese, in: Rundfunk und Fernsehen 4/1994, S. 485-509

⁷⁶ Goss/Hartman-Laugs 1988, Schütte 1994 und Scharf 1985.

⁷⁷ Stiehler 1990; Hanke, Helmut: Macht und Ohnmacht des Mediums. Wandel in Funktion und Gebrauch des DDR-Fernsehens, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 1. Beiheft (Titel: Sozialisation im Sozialismus), S. 143-154. Gmel, Gerhard/Deimling, Susanne/Bortz, Jürgen: Die Nutzung des Mediums Fernsehen in der DDR vor und nach der Wende, in: Rundfunk und Fernsehen 4/1994, S. 542-554; Braumann, Christa: Fernsehforschung in der ehemaligen DDR, in: Rundfunk und Fernsehen 4/1994, S. 524-541; eingeschränkt: Wiedemann, Dieter 1990; Kreutz, Anja/Löcher, Uta/Rosenstein, Doris: Von „AHA“ bis „Visite“. Ein Lexikon der Magazinreihen im DDR-Fernsehen, Potsdam 1988

⁷⁸ Hesse 1990.

genden Abhandlung irrelevanten Veränderungen, welche die Wende für das DDR-Fernsehen nach sich zog.

Zum anderen ist bei den im thematischen Umfeld dieser Untersuchung liegenden Aufsätzen der von Monika Lindgens und Susanne Mahle mit dem Titel „Vom Medienboom zur Medienbarriere“⁷⁹ zu erwähnen. Sie versuchen mittels Befragung einiger prominenter Bürgerrechtler eine Entwicklung der Bedeutung der Medien für die Bürgerbewegung aufzuzeigen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Betrachtung des Zeitraumes, der den Niedergang des Einflusses der Bürgerbewegung kennzeichnet und sich damit außerhalb des Untersuchungszeitraumes der vorliegenden Studie bewegt. Auch werden von Lindgens und Mahle keine Fernsehaufnahmen zur Unterstützung der sonst ebenso hier vertretenen These benutzt, dass das westliche Fernsehen großen Einfluss auf die Ereignisse in der DDR hatte. Dennoch können und werden die Statements der ehemaligen Bürgerrechtler im weiteren Verlauf dieser Studie zur Bekräftigung bestimmter Aussagen dienen.

Eine weitere vergleichbare Arbeit ist der Artikel „Medien und Wende in der DDR“ von Bernd Okun, der in einigen Teilen sehr zutreffend schildert, welche Sprengkraft das Westfernsehen im Laufe der Wende entwickelte⁸⁰. Zudem wird in diesem Abriss im Gegensatz zu allen anderen Abhandlungen auch die Bedeutung der Bürgerbewegung thematisiert, wenngleich auf relativ oberflächlicher Weise und eher spekulativ. Schon publizierte empirische Ergebnisse zu Fernsehverhalten oder Berichterstattung nutzt er kaum, eigene Untersuchungen stellt er nicht an. Insofern handelt es sich bei dieser Arbeit vielmehr um einen Gedankenanstoß, dem die vorliegende Arbeit in einigen Teilen auch folgt.

Weniger zutreffend ist Okuns Aufsatz jedoch, wenn er die DDR-Wende auch dafür nutzt, um grundsätzlich die Macht der Medien - hier insbesondere hinsichtlich des 2. Golfkrieges 1991 - zu thematisieren. Die beiden Themen mögen in der unmittelbaren Gegenwart ihres Geschehens den Eindruck erweckt haben, einen Bezug zueinander zu haben, im historischen Rückblick jedoch erscheint diese These abwegig.

Abschließend sei angefügt, dass allen vorgestellten Abhandlungen die für diese analytische Studie zentrale Einbindung von Theorien über die Mobilisierung und das Agieren von sozialen Bewegungen mittels und via Medien fehlt.

⁷⁹ Lindgens, Monika/Mahle, Susanne: Vom Medienboom zur Medienbarriere. Massenmedien und Bürgerbewegungen im gesellschaftlichen Umbruch der DDR und im vereinten Deutschland, in: Bohn/Hickethier/Müller 1992, S. 95-112.

⁸⁰ Okun, Bernd: Medien und „Wende“ in der DDR, in: *Comparativ* 3/1991, Titel des Heftes: Medien, Revolution, Historie, S. 11-20.

3. Quellenlage

Quellen sind im Zusammenhang dieser Arbeit hauptsächlich Fernsehquellen, also Originalmitschnitte von Sendungen im ost- wie westdeutschen Fernsehen. Sie stammen vornehmlich aus den Monaten August, September und Oktober 1989, da dieser Zeitraum im Mittelpunkt der Untersuchung steht. Sendungen des Fernsehens als historische Quelle zu nutzen, ist in der Geschichtswissenschaft noch wenig verbreitet⁸¹. In etlichen Zusammenhängen ist eine Analyse schriftlich vorliegender Quellen zwar auch weiterhin sinnvoll, da z.B. viele politische Entscheidungen in nichtöffentlichen, und damit nicht telegenen Gremien gefasst werden und lediglich als Protokolle vorliegen. Im Kontext der Wende in der DDR ist das Fernsehen aber nicht nur Berichtersteller von Ereignissen, die auch schriftlich fixiert sind, sondern greift als Akteur und Katalysator in das Geschehen ein. Da diese These in der vorliegenden Studie belegt werden soll, ist es folglich zwingend, das Fernsehen als wichtigste historische Quelle zu verwenden. Davon unberührt bleibt, dass einige Zusammenhänge erst mittels schriftlicher Quellen aus Tageszeitungen oder Regierungsdokumenten deutlich werden. Die Quellenkritik und -herkunft der Fernsehsendungen soll aber aufgrund der zentralen Bedeutung im Mittelpunkt der folgenden Anmerkungen stehen.

Die Quellenlage im Bereich der für diese Studie in Frage kommenden Fernsehsendungen ist im Prinzip nahezu unerschöpflich. Äußerlich betrachtet sind alle Fernsehsendungen des Jahres 1989 eine potentielle Quelle. Daher gilt es, diese Vielfalt auf ein Destillat der wichtigsten Quellen methodisch nachvollziehbar zu reduzieren.

Die größte Divergenz zwischen Ost- und Westfernsehen bestand zweifelsfrei in der politischen Berichterstattung. Alle anderen Sendeformate hatten, bis auf systembedingte kulturelle Eigenarten, Ähnlichkeiten miteinander. So gab es in Ost *und* West Verbrauchermagazine, Sportsendungen, Spielfilme und Fernsehserien, die meist unpolitisch waren und damit für die Bearbeitung der in dieser Studie maßgebenden Fragestellung unerheblich sind⁸². Zwar wurde das Bild der Ostdeutschen über ihre westlichen Nachbarn auch durch diese Sendungen geprägt, jedoch dürfte dieses keinen direkten Anstoß

⁸¹ In anderen, nicht diesem Sonderfall unterzuordnenden Zusammenhängen ist die Bedeutung dieser Quelle wesentlich umstrittener. S. dazu: Loiperdinger, Martin: Probleme des Quellenwerts von Bildmedien für die Geschichtsschreibung, in: Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte 2/1988, S. 123-130.

⁸² Zu den Magazinen im DFF: Kreuz/Löcher/Rosenstein, a.a.O.

zu politischer Betätigung gegeben haben. Es wird in der Literatur gelegentlich sogar vermutet, die Möglichkeit zur medialen Flucht in den Fernsehwesten habe lange Zeit zur Stabilisierung beigetragen⁸³. Die Tatsache, dass Serienproduktionen und Spielfilme auch zwischen west- und osteuropäischen Fernsehanstalten ausgetauscht wurden, unterstützt die Annahme, dass die sozialistischen Regierungen unterhaltsame Produktionen aus dem anderen politischen System für keineswegs systemdestabilisierend hielten⁸⁴. Untersuchungen zur Nutzung des Westfernsehens in der DDR, auf die im weiteren Verlauf der vorliegenden Studie noch vertiefend eingegangen wird, haben zudem herausgearbeitet, dass die DDR-Bürger das Westfernsehen vorrangig zur politischen Information genutzt haben. Dabei fällt insbesondere die - auch durch die Möglichkeiten des technischen Empfangs bedingte - häufige Nutzung der *Tagesschau* (ARD) auf. Sie war mit Abstand die am meisten gesehene Nachrichtensendung in der DDR, rund 65% der von Hesse befragten Übersiedler sahen regelmäßig die 20-Uhr-Ausgabe⁸⁵. Die beliebteste Magazinsendung war Kennzeichen D (ZDF), das mit seiner inhaltlichen deutsch-deutschen Ausrichtung offensichtlich eine wichtige Informationsquelle über die Ereignisse im eigenen Land darstellte⁸⁶. Daher werden diese beiden Sendungen – in gewisser Weise exemplarisch - auch den Hauptteil des analytischen Teils ausmachen. Hinzugenommen werden, falls sie im Sinne der Fragestellung dieser Untersuchung von Aussagekraft besonderer Relevanz sind, die Nachrichtensendungen des ZDF (*heute* und *heute-journal*) sowie Sondersendungen zum Thema DDR aus der Zeit zwischen Anfang September und Mitte Oktober.

Grundsätzlich stehen alle Sendungen in den Rundfunkarchiven zur Verfügung. Eine Ausnahme bildet lediglich ein Teil des Archivmaterials von Kennzeichen D, da die Originalmaterialien am 22. August 1999 bei einem Brand im Verwaltungsgebäude des ZDF in Berlin-Tempelhof, in dem auch das Studio und das Archiv von Kennzeichen D untergebracht waren, vollständig vernichtet worden sind. Andere - nicht zuletzt aus Kostengründen - verwendbare Quellen sind Zweitverwertungen⁸⁷. Dabei verdient insbesondere die von der ARD produzierte Sendung *Chronik der Wende* Erwähnung, in der

⁸³ Hesse 1990, S. 334/335, Hesse bezeichnet es nach Aldous Huxleys Roman ‚Brave New World‘ auch als *Soma*.

⁸⁴ Michel, Lutz P.: TV program flows between the FRG and the socialist countries of Europe: the market rules, in: Becker, Jörg/Szecsö, Tamas (Hg.): Europe speaks to Europe. International information flows between Eastern and Western Europe, New York 1989, S. 70-92.

⁸⁵ Hesse 1986, S. 267.

⁸⁶ Hesse 1986, S. 267.

⁸⁷ Diese Kostengründe sind auch ausschlaggebend dafür, dass in dieser Studie an z.T. auf diese „Zweitverwertung“ zurückgegriffen wird. Ansonsten stehen die Originalmitschnitte der *Tagesschau*, von *Kennzeichen D*, der *Aktuellen Kamera* sowie einiger Originalmitschnitte von Sondersendungen aus der betreffenden Zeit (aus den Rundfunkarchiven und dem privaten Videoarchiv des Autors) zur Verfügung. Für die Vermittlung des Tagesschaumaterials danke ich Dr. Karsten Timmer.

für jeden Tag der Wendezeit Fernsehmaterialien zu einer kommentierten Collage zusammengefügt wurden⁸⁸. Die Problematik der Eingrenzung durch Auswahl, der Möglichkeit von Irrtümern und der Manipulationen muss bei Verwendung dieses Materials jedoch beachtet werden. Das gleiche gilt für die im Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) gesendete wöchentliche Zusammenfassung und Gegenüberstellung der *Aktuellen Kamera* und der *Tagesschau* namens „Vor zehn Jahren“.

Ergänzend werden auch Sendepläne von Sendungen *Tagesschau* hinzugezogen, die strukturiert darüber Auskunft geben können, wie sich die Thematik innerhalb der betreffenden Monate entwickelt hat und welcher Zeitanteil ihr in der Nachrichtensendung eingeräumt wurde⁸⁹.

Bei allen Quellen ist über die Authentizität der Aufnahme hinaus auch jene des dafür verwendeten Materials kritisch zu hinterfragen. Nicht selten bedienten sich westliche Journalisten Fernsehmaterials ungeklärter Herkunft, um überhaupt über Bilder von Demonstrationen in ihnen unzugänglichen Regionen zu verfügen. Noch bedenklicher ist die Verwendung des Materials im DDR-Fernsehen. Dort wurden Bilder oft bewusst in einen falschen Kontext gestellt, um einen propagandistischen Erfolg zu erzielen. Auf diese Problematik wird bei den verwendeten Fernsehaufnahmen bei Bedarf noch einmal speziell hingewiesen, da die Wirkung bewusst oder versehentlich in Umlauf gesetzter Falschmeldungen für die Untermauerung der These nicht unerheblich ist.

Insgesamt soll das Material auf die Betrachtung einiger ereignisreicher und politisch folgenreicher Tage eingegrenzt werden, um einen etwaigen Einfluss am konkreten Beispiel deutlich machen zu können.

II. Die Berichterstattung des westdeutschen Fernsehens über die DDR bis 1989

Die Berichterstattung über die DDR hatte im Jahr 1989 trotz aller Aktualität schon eine lange und wechselvolle Geschichte. Sie reichte von staatlich verordneter Berichterstattung über Gegenpropaganda bis hin zu selbstkritischer und Teilen des DDR-Systems positiv gegenüberstehender Berichterstattung. In diesem Kapitel soll auf deren Vorgeschichte und ihre Hintergründe eingegangen werden. Dazu soll zunächst auf die

⁸⁸ Diese Sendung lief zum ersten Mal exakt fünf Jahre nach der Wende jeweils vor dem betreffenden Datum. 1999/2000 wurde die Staffel wiederholt.

⁸⁹ Wortprotokolle zur *Aktuellen Kamera* (und zur *Tagesschau*) hat besonders Peter Ludes angefertigt, s. Ludes 1990, S. 37-51.

politischen Fundamente der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hingewiesen werden, in denen die Berichterstattung über die DDR schon verwurzelt ist.

Diese Staatsverträge waren letztlich die Daseinsberechtigung für etliche Sendeplätze im westdeutschen Fernsehen, deren Entwicklung die Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen widerspiegelt. Ein Überblick über diese Sendungen im darauffolgenden Abschnitt soll diese Geschichte nachzeichnen und insbesondere die politische Propaganda, die es gerade in Zeiten des kalten Krieges auch in Westdeutschland gab, veranschaulichen. Eine Betrachtung der Arbeitsmöglichkeiten und des Schaffens von westdeutschen Korrespondenten in Ostdeutschland, die das Bindeglied zwischen ostdeutscher Realität und westdeutscher DDR-Medienrealität darstellten, rundet den ersten Teil ab.

Im zweiten Teil steht die Entwicklung der DDR-Berichterstattung bis 1989 im Mittelpunkt. Dazu soll der grundsätzliche Tenor der Sendungen thematisiert werden, aber auch einige konkrete Ereignisse herausgesucht werden, um diesen Tenor zu illustrieren. Dieses Kapitel dient, genau so wie das folgende, der genaueren Analyse der Voraussetzungen, auf welche die Ereignisse des Spätsommers und des Herbstes des Jahres 1989 trafen.

1. Der staatliche Auftrag zur Berichterstattung und feste Sendeplätze

Die Berichterstattung über die DDR, bzw. in früherer Terminologie „Sowjetische Besatzungszone (SBZ), fußte nicht allein auf einem journalistischen Interesse der einzelnen Fernsehsender, dieser Thematik einen besonderen Schwerpunkt im Programm zu verleihen. Vielmehr finden sich in den Rundfunkstaatsverträgen vor allem des ZDFs Passagen, die von einem bei der Verabschiedung dieser Verträge bestehenden politischen Anliegen zeugen. So heißt es beispielsweise in § 2 Satz 1 des ZDF-Staatsvertrages⁹⁰:

„In den Sendungen der Anstalt soll den Fernsehteilnehmern in ganz Deutschland ein objektiver Überblick über das Weltgeschehen, insbesondere ein umfassendes Bild der deutschen Wirklichkeit vermittelt werden.“

⁹⁰ Im Folgenden zit. n. Lehr, Wolfgang R./Berg, Klaus (Hg.): Rundfunk und Presse in Deutschland. Rechtsgrundlagen der Massenmedien, Mainz 1970², S. 157.

Dabei umfasst das Wort „ganz“ ohne Zweifel auch die Gebiete jenseits der Zonengrenze⁹¹. Politisch eindeutiger heißt es in Satz 2:

„Diese Sendungen sollen vor allem auch der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und der Verständigung unter den Völkern dienen.“

Noch konkreter formuliert ist der Wunsch der Politik, das Informationsmonopol des DDR-Fernsehens zu brechen, in den „Richtlinien für die Sendungen des ‚Zweiten Deutschen Fernsehens‘“ vom 11. Juli 1963 (Abschnitt IV.3)⁹²:

„Das Programm soll der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und der Erhaltung der Freiheit Berlins dienen. Es sind Sendungen zu veranstalten, die über die Lage in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und in den Gebieten hinter der Oder und Neiße mit dem Willen zur Objektivität unterrichten.“

Diese Regelungen in den Richtlinien und Staatsverträgen, die nicht nur von Politikern verabschiedet, sondern darüber hinaus von diesen in den Rundfunkräten überwacht wurden, fanden in der Programmgestaltung ein entsprechendes Echo.

Seit den Anfängen der Bundesrepublik gab es Rundfunksendungen, die dieser Intention folgten. So begann der Süddeutsche Rundfunk (SDR) am 12. Oktober 1949, lediglich fünf Tage nach Gründung der DDR mit der Ausstrahlung einer in ihrer politische Eindeutigkeit leicht zu identifizierenden Sendung namens *Wir denken an Mittel- und Ostdeutschland*⁹³. Die Sendung verfolgte, wie der damalige SDR-Intendant erklärte, „den doppelten Zweck, die Bevölkerung im Westen über die Verhältnisse in der Sowjetzone und Berlin aufzuklären, und der Bevölkerung dort zu zeigen, dass sie nicht abgeschrieben ist“.⁹⁴

Auch die anderen Sender schlossen sich diesem Weg an und produzierten Sendungen, die über die DDR berichteten, aber auch für die in der DDR lebenden Menschen sendeten. Der WDR begann mit einer Radiosendung namens *Gruß an die Zone*, die „meinungs- und willensbildend auf die 18 Millionen in der Zone einwirken“ sollte, wie im WDR-Jahrbuch 1956/57 hervorgehoben wurde⁹⁵. Der Südwestfunk sendete *So sieht es der Westen*, der Hessische Rundfunk *Deutsche Fragen*. Veränderungen des Titels, wie im Falle der Sendung *Gruß an die Zone*, ab 1961 *Wir sprechen zur Zone* und ab 1965 noch neutraler *Ost-West-Aktuell* geben dabei die Entwicklung der deutsch-deutschen

⁹¹ S. a. Hesse 1988, S. 24.

⁹² Lehr/Berg 1970, S. 174.

⁹³ Jansen, Michael: Hörfunk, Fernsehen und Kalter Krieg. Die „gesamtdeutschen“ Aktivitäten der bundesdeutschen Rundfunkanstalten in den fünfziger und sechziger Jahren, in: Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, 2/1988, S. 152-156, hier: S. 152.

⁹⁴ Zit. n. Jansen 1988 S. 152.

⁹⁵ WDR-Jahrbuch 1956/57, Köln 1958, S. 21, zit. n. Jansen 1988, S. 153.

Verhältnisse wider⁹⁶. 1971 wurde die inhaltliche Begrenzung ganz aufgehoben und auch andere Radiosendungen mit innerdeutschem Bezug wurden eingestellt, da die Orientierung an einer möglichen Wiedervereinigung als utopisch deklariert wurde⁹⁷. Das Fernsehen spielte im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg keine Rolle, zumal gerade in der DDR der Wirtschaftsaufschwung bei weitem nicht solche Ausmaße annahm wie in der Bundesrepublik und somit der Besitz eines Fernsehgerätes einen noch größeren Luxus darstellte als in Westdeutschland. Im Gegensatz zur Empfangsmöglichkeit stand jedoch das Niveau des damaligen DDR-Fernsehens. Es wurde in der BRD als Konkurrenz betrachtet, da es Programmangebote machte, die im Westen fehlten (Kindersendungen, Vormittagsprogramm) und daher von den Bürgern der Bundesrepublik im großen Umfang genutzt wurden. Diese Tatsache veranlasste westliche Verantwortliche in den Rundfunkanstalten mehrfach, sich besorgt über diese Wettbewerbssituation zu äußern. So stellte ein SFB-Mitarbeiter fest, „daß der ‚Deutsche Fernsehfunk‘ mit einem gesamtdeutschen Angebot auftritt und ständig das Bestreben hat, nicht nur die mitteleutschen Fernsehteilnehmer am Gerät zu halten, sondern darüber hinaus möglichst viele Zuschauer aus Westberlin und der Bundesrepublik hinzuzugewinnen“⁹⁸.

Diese Problematik wurde jedoch nicht nur unter einem rein wettbewerblichen Gesichtspunkt diskutiert, sondern man befürchtete auch indoktrinäre Auswirkungen dieses Zustandes. So wurde, als Pendant zur Sendung *Der schwarze Kanal*, die im DFF das westdeutsche Fernsehen und die gesellschaftlichen Verhältnisse in propagandistischer Form thematisierte, in der ARD 1958 die Sendung *Die rote Optik* gestartet, die ähnliches aus westlicher Sicht tat - auch mit der in der Hochphase des kalten Krieges üblichen Rhetorik⁹⁹.

Erst ab 1962 setzten sich Sendungen wie *Diesseits und jenseits der Zonengrenze* (ARD) und *drüben* (ZDF) durch, die sich um eine sachliche Berichterstattung bemühten und der gesamtdeutschen Problematik annahmen. Diese waren nicht nur an die DDR-Bürger gerichtet, sondern versuchten auch, den Westdeutschen die DDR mit weniger Stereotypen zu beschreiben¹⁰⁰.

⁹⁶ Jansen 1988, S. 154.

⁹⁷ Jansen 1988, S. 154.

⁹⁸ N.N.: Methoden und Tendenzen des Ostfernsehens, in: fff-Archiv-Dienst Funk - Fernsehen - Film 11.8.1960, S. 204, zit. n. Jansen, S. 155.

⁹⁹ Zur Sendung *Die rote Optik* der Moderator selbst: Koch, Thilo: Westlicher Blick: „Die rote Optik“, in: Riedel, Heide (Hg.): Mit uns zieht die neue Zeit..., 40 Jahre DDR-Medien (Ausstellungskatalog), Berlin o.A.J. (1993), S. 125-129.

¹⁰⁰ Siehe bez. *drüben*: Herres 1983, S. 42/43.

Der als problematisch empfundenen Abwanderungen der westlichen Zuschauer zum DFF-Angebot konnte durch Anpassungen des westdeutschen Fernsehprogramms an die Zuschauerbedürfnisse im Westen begegnet werden¹⁰¹.

In den letzten beiden Jahrzehnten des Bestehens der DDR waren nur noch zwei Sendungen im westdeutschen Fernsehen mit der Aufgabe betraut, sich innerdeutscher Themen anzunehmen: *Kennzeichen D* im ZDF und *Kontraste* vom Sender Freies Berlin (SFB), ausgestrahlt im Gemeinschaftsprogramm der ARD.

Kontraste war (zunächst) bis Ende der siebziger Jahre eine auf ganz Osteuropa ausgerichtete Sendung, die eher Spezialisten ansprach, als das allgemeine Publikum. Um der im ZDF erfolgreichen Sendung *Kennzeichen D* etwas entgegen zu setzen, beschloss die ARD, die Nischensendung in das Hauptprogramm zu platzieren, auf deutsch-deutsche Themen zu beschränken und einem breiteren Publikum zu präsentieren¹⁰². Das auch heute noch, wenngleich unter anderen Voraussetzungen gesendete politische Magazin pflegte gute Kontakte zur noch marginalen DDR-Bürgerrechtsbewegung, verfügte immer wieder über Videomaterial von oppositionellen Geschehnissen in der DDR und erregte zuweilen mit Aktionen wie der Durchführung einer telefonischen Meinungsbefragung in der DDR erheblichen diplomatischen Unmut auch bei der bundesdeutschen Regierung¹⁰³. Trotz des, zumindest in der Selbsteinschätzung wahrgenommenen, im Vergleich zu *Kennzeichen D* aggressiveren Journalismus gegenüber Institutionen der DDR und damit einher gehenden, vielfachen Drehverboten genoss das Magazin nach Hesses Studien bei weitem nicht die Beliebtheit des Konkurrenten¹⁰⁴.

Mit der Ausstrahlung von *Kennzeichen D* wurde 1971 begonnen. Es unterschied sich inhaltlich von der damals noch existierenden ZDF-Sendung *drüben* dadurch, dass von der einseitigen Thematisierung der DDR Abstand genommen wurde. Man verstand sich vielmehr als gesamtdeutsches Magazin, das sich kritisch und kommentierend zu verschiedenen Fragestellungen in Ost- und Westdeutschland äußerte, und dabei das Nebeneinander der deutschen Staaten akzeptierte¹⁰⁵. Auch hier zeigte sich eine Parallele zur damaligen Deutschlandpolitik der Bundesregierung, in der Willy Brandt diesen Kurs des „geordneten Nebeneinanders“ einschlug. *Kennzeichen D* war zur damaligen Zeit aber auch aus anderen Gründen ein Politikum, da es von sozial-liberaler Seite im Ver-

¹⁰¹ Es wurde in der „Verwaltungsvereinbarung für das Fernseh-Vormittagsprogramm ARD-ZDF“ zudem großer Wert darauf gelegt, dass eben dieses auch in der DDR zu empfangen ist, s. Lehr/Berg 1970, S. 232.

¹⁰² Hachmeister, Lutz: Nicht die große Liebe. Jürgen Engert (*Kontraste*), in: Kammann, Uwe (Hg.): *Die Schirmherren. 12 politische TV-Moderatoren*, Köln 1989, S. 105-130, hier: S. 125.

¹⁰³ Hachmeister 1989, S. 127/128.

¹⁰⁴ Hachmeister 1989, S. 126/127; Hesse 1988, S. 42.

¹⁰⁵ Herres 1983, S. 49.

waltungsrat als Korrektiv zum konservativ geprägten *ZDF-Magazin* Gerhard Löwenthals durchgesetzt wurde¹⁰⁶.

Den Programmauftrag von Kennzeichen D formulierte der damalige ZDF-Chefredakteur Wolf Dietrich 1971 unter anderem folgendermaßen:

„Unvoreingenommene Unterrichtung der Zuschauer mit dem Ziel umfassender Information über die deutsche Wirklichkeit und der Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen.“¹⁰⁷

Die Sendung erhielt zudem den Untertitel „Deutsches aus Ost und West“, um auch im Titel den Schwerpunkt zu verdeutlichen. Die Propaganda der fünfziger und sechziger Jahre sollte trotz der gesamtdeutschen Perspektive aber nicht mehr die Intention des Magazins sein. Der langjährige Redaktionsleiter Hans Werner Schwarze stellte dazu 1980 fest: „Wir haben es immer abgelehnt, bloß als Lautsprecher zur anderen Seite zu dienen. Propagandaansprachen an die Brüder und Schwestern lehne ich ab.“¹⁰⁸ Vielmehr sollten auch positive Elemente der DDR hervorgehoben werden.

Die tatsächlich vorgenommene inhaltliche Ausrichtung entsprach jedoch nur bedingt den Vorgaben der Politik. Es standen rein bundesrepublikanische Themen im Vordergrund, die Berichterstattung über Ereignisse und Entwicklungen in der DDR standen erst weit dahinter an zweiter Stelle, was vom „Ausschuss für Politik und Zeitgeschehen“ des ZDF-Fernsehrates, einer Art Kontrollgremium mit Vertretern der politischen Parteien auch kritisiert wurde¹⁰⁹. Dies lag vor allem an der Konkurrenzsituation zum *ZDF-Magazin*, dem man die bundespolitische Berichterstattung offensichtlich nicht überlassen wollte, zum anderen aber auch an dem nachlassenden Interesse der Westdeutschen an der innerdeutschen Thematik, die man in der Redaktion zu erkennen meinte¹¹⁰. Dennoch war *Kennzeichen D* neben *Kontraste* die einzige Sendung im westdeutschen Fernsehen, welche die DDR überhaupt noch in den Mittelpunkt des journalistischen Interesses stellte. Vermutlich vor allem, weil *Kennzeichen D* sich thematisch oft mit den eher alltäglichen Problemen des DDR-Bürgers auseinandersetzte und aufgrund seiner Berücksichtigung auch positiver Eigenarten des realsozialistischen Systems einen objektiveren Eindruck vermittelte, erlangte es innerhalb der DDR eine wesentliche höhere Beliebtheit als andere Sendungen¹¹¹. Dennoch berichtete *Kennzeichen D* auch, ähnlich wie

¹⁰⁶ Herres 1983, S. 50.

¹⁰⁷ Zit. n. Herres 1983, S. 51.

¹⁰⁸ Zit. n. Herres 1983, S. 52.

¹⁰⁹ Herres 1983, S. 71; Timm, Roland: Unter den obwaltenden Umständen. Dirk Sager (Kennzeichen D), in: Kammann 1989, S. 245-263, hier: S. 250/251.

¹¹⁰ Timm, S. 251.

¹¹¹ Hesse 1988, S. 42.

Kontraste, über die „Gegenöffentlichkeit“ in der DDR, die jenseits des Staatsapparates unter dem Dach der Kirche politisch aktiven Bürgerrechtler, Umwelt- und Friedensgruppen und zog sich deshalb vielfach Kritik der DDR-Politik und der DDR-Medien zu¹¹².

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass der bundesdeutsche Rundfunk, nicht zuletzt gelenkt durch politische Eingriffe, zu jeder Zeit Sendeformate für und über die sowjetische Besatzungszone bzw. später die DDR anbot, die immer auch den politischen Zeitgeist in der Bundesrepublik im Verhältnis zur DDR widerspiegelten. In den letzten Jahrzehnten des Bestehens der DDR hielten *Kennzeichen D* und *Kontraste* mit ihrer Berichterstattung das Bewusstsein wach, dass es in der DDR eine Bürgerbewegung und auch Proteste gab. Dies war besonders für die DDR-Zuschauer die fast einzige Möglichkeit, jenseits von illegalisierten Kommunikationswegen über Bürgerrechtsgruppen Informationen zu erhalten.

2. Arbeitsgrundlage und Arbeitsbedingungen westdeutscher Journalisten in der DDR

Um die Möglichkeiten der Berichterstattung seitens des Westfernsehens näher zu beleuchten, soll im Folgenden die rechtliche Grundlage der Arbeit von westlichen Fernsehjournalisten sowie die tatsächlichen Arbeitsbedingungen betrachtet werden.

Während in den ersten Jahren nach der Staatsgründung jeder westdeutsche Journalist ohne jegliche Formalitäten in das Gebiet der DDR einreisen konnte, um dort journalistische Vorhaben umzusetzen, änderte sich dieses 1952 gravierend. Am 26./27. Mai des Jahres beschloss der Ministerrat und das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, entlang der Demarkationslinie zwischen Ost- und Westdeutschland eine Sperrzone zu errichten. Westdeutsche und vor allem Westberliner Reporter durften nur noch mit Sondergenehmigungen in die DDR einreisen¹¹³. Zudem wurde die Telefonkommunikation zwischen Ost und West unterbrochen¹¹⁴. Wurde die journalistische Arbeit durch diese Beschlüsse bereits erheblich eingeschränkt, so bedeutete der Bau der Berliner Mauer 1961 und der damit einhergehenden Schließung aller Schlupflöcher für Informations-

¹¹² Herres 1983, S. 127-130.

¹¹³ Bellut 1983, S. 48/49.

übermittlung von Ost nach West die vollständige Ausgrenzung der westdeutschen Berichterstatte.

In den Folgejahren konnten lediglich Zeitungsreporter als Reiseberichterstatte für einige Wochen in die DDR reisen, um nach der Rückkehr die Eindrücke dieser Reise zu schildern¹¹⁵. Fernsehberichterstatte aus der BRD wurden lediglich bei der Leipziger Messe oder bei Berichten über die Ostseewoche akkreditiert¹¹⁶. Folglich war es in diesen Jahren unmöglich, Kontakte zu möglichen oppositionellen Gruppen zu suchen und mit diesen Gespräche über ihre Aktionen und Forderungen zu führen.

Um den Mangel an selbst produzierten Berichten in den politischen Magazinen und den Nachrichten des Westfernsehens zu kompensieren, wurde oft auf Material ausländischer Fernsehsender zurückgegriffen¹¹⁷. Darüber hinaus gab es die sogenannte Ost-Aufzeichnung, einer Institution des ZDF, die für das westdeutsche Fernsehen regelmäßig die Sendungen des DDR-Fernsehens mitschnitt¹¹⁸. Diese Aufnahmen wurden, oft in einer neuen Zusammenstellung und mit einem anderen Kommentar im Westfernsehen gesendet, um dem Zuschauer neben den Wortbeiträgen Bilder präsentieren zu können¹¹⁹.

Zu einer grundlegenden Änderung kam es erst im Zuge der Entspannungspolitik der Regierung Brandt. 1972 wurde zwischen der BRD und der DDR neben dem Grundlagenvvertrag auf Druck der bundesdeutschen Regierung auch eine Vereinbarung zum Austausch von fest akkreditierten Journalisten vereinbart, was de facto nur für die westdeutsche Seite von Bedeutung war, da ostdeutsche Korrespondenten der Nachrichtenagentur ADN schon seit 1954 in Bonn ein Büro unterhielten¹²⁰.

Die Vereinbarung enthielt Regelungen, die eine bedeutsame Ausweitung der journalistischen Arbeitsmöglichkeiten implizierten. So wurde schriftlich und völkerrechtlich verbindlich festgehalten, dass alle Korrespondenten „das Recht zur Ausübung der beruflichen Tätigkeit und der freien Information und Berichterstattung“ erhalten, auch wenn die daran angehängte Formulierung „im Rahmen ihrer geltenden Rechtsordnung“ Raum

¹¹⁴ Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Zehn Jahre Deutschlandpolitik. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969-1979, Melsungen 1980, S. 34.

¹¹⁵ S. z. B. Dönhoff, Marion/Leonhardt, Rudolf W. /Sommer, Theo: Reise in ein fremdes Land. Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik in der DDR, Hamburg 1964.

¹¹⁶ Herres 1983, S. 34.

¹¹⁷ Ausländische Journalisten wurden ganz offensichtlich bevorzugt behandelt, auch wenn sie aus dem Westen kamen. Einige Zeitungsreporter durften sogar während der größten politischen Eiszeit ständige Büros in Ostberlin aufrechterhalten - jedoch stammten sie meist von kommunistischen Zeitungen, s. Bellut, S. 50/51.

¹¹⁸ Gordon, Sven: DDR aus zweiter Hand. Die Ostaufzeichnung, in: Ästhetik und Kommunikation. Beiträge zur politischen Erziehung Nr. 73/74, 1990, S. 145-148.

¹¹⁹ Herres 1983, S. 34/35.

¹²⁰ Bellut 1983, S. 83.

für Interpretationen ließ¹²¹. Weitere Neuerungen waren die Möglichkeit der Niederlassung bei gleichzeitiger Möglichkeit jederzeitiger Ein- und Ausreise, der Bewegungsfreiheit innerhalb der DDR, sowie der unbeschränkten und unzensierten Nachrichtenübermittlung in die Bundesrepublik.

Die tatsächlichen Verbesserungen auf dem Gebiet der Pressefreiheit fielen jedoch erheblich geringer aus, als der Vertrag vermuten ließ. Zum einen bekamen nicht alle Zeitungsredaktionen eine Akkreditierung, obwohl sie diese beantragt hatten und zum anderen erstellte die DDR-Regierung 1973 Richtlinien, die nur bedingt mit den 1972 geschlossenen Vereinbarungen in Einklang zu bringen waren¹²². Unter anderem hieß es in dieser „Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der Deutschen Demokratischen Republik“ sowie in der dazugehörigen „Ersten Durchführungsbestimmung“:

„[...] *Verleumdungen oder Diffamierungen der Deutschen Demokratischen Republik, ihrer staatlichen Organe und ihrer führenden Persönlichkeiten sowie der mit der deutschen Demokratischen Republik verbündeten Staaten [sind] zu unterlassen.*“¹²³

Darüber hinaus verlangten die DDR-Behörden von den westlichen Korrespondenten, „wahrheitsgetreu, sachbezogen und korrekt zu berichten sowie keine böswillige Verfälschung von Tatsachen zuzulassen“¹²⁴. Diese vermutlich beabsichtigt unkonkreten Formulierungen grenzten die Arbeitsmöglichkeiten gegenüber den Vereinbarungen am Rande des Grundlagenvertrages noch einmal erheblich ein. Als Sanktionen bei Verstößen gegen diese Verordnungen waren Verwarnungen, Entzug der Akkreditierung und als letztes Mittel die Schließung des gesamten Büros vorgesehen¹²⁵.

Angesichts der Tatsache, dass bis in die sechziger Jahre hinein Journalisten, die sich in der DDR oder auch nur auf der Transitstrecke aufhielten, unter z.T. fragwürdigen Vorwürfen zu Haftstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt wurden, waren die Verbesserungen dennoch evident¹²⁶.

Reisen innerhalb der DDR waren zwar nicht jederzeit möglich, jedoch innerhalb von 24 Stunden nach vorhergehender Information der DDR-Behörden. Drehgenehmigungen mussten lediglich bei Aufnahmen in „staatlichen Organen und Einrichtungen, volkse-

¹²¹ Hier und im folgenden zitiert nach Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Teil II, S. 203-205 und Bellut 1983, S. 84/85.

¹²² Herres 1983, S. 35.

¹²³ DDR-Gesetzesblatt vom 1.3.1973, Teil I, Nr. 10, S. 99ff, zit n. Herres 1983, S. 35/36.

¹²⁴ DDR-Gesetzesblatt vom 1.3.1973, Teil I, Nr. 10, S. 99ff, zit n. Herres 1983, S. 35/36.

¹²⁵ Herres 1983, S. 36.

¹²⁶ Zu den Verfahren gegen westliche Journalisten in den fünfziger und sechziger Jahren, s. Bellut 1983, S. 59-61.

genen Kombinat und Betrieben sowie Genossenschaften“ eingeholt werden¹²⁷. Somit bot sich für die westlichen Korrespondenten, die ab 1973 (ARD und ZDF: ab 1974) akkreditiert wurden zunehmend die Gelegenheit, trotz immer noch vielfältiger Beeinträchtigungen auch längerfristige Kontakte zu Andersdenkenden in der DDR aufzubauen, die 1989 - ein Vorgriff sei hier erlaubt - noch eine große Rolle spielen sollten. Daran änderte auch die nochmalige Verschärfung der Durchführungsbestimmungen der presserechtlichen Verordnung im Jahre 1979 im Kern nichts.

Die Korrespondenten wurden, bedingt durch ihre Bildschirmpräsenz, entgegen den Journalisten der Presse schnell zu „Helden“ in der DDR¹²⁸. Jeder Bürger erkannte sie auf der Straße sofort und gab ihnen freimütig Interviews¹²⁹.

Die Kontakte zur noch marginalen Opposition¹³⁰, aber auch manch kritischer Bericht über die politischen Verhältnisse in der DDR hatten jedoch einige Male Konsequenzen. So wurde 1975 der *Spiegel*-Korrespondent Jörg R. Mettke ausgewiesen, weil der *Spiegel* in einem nicht von ihm zu verantwortenden Bericht die Zwangsadoption von Kindern Republikflüchtiger thematisierte¹³¹. Die Ausreise, die innerhalb von 48 Stunden zu erfolgen hatte, führte zur vorübergehenden Schließung des Ostberliner *Spiegel*-Büros¹³². Der erste Fernsehberichterstatter, der in den Augen der DDR-Behörden als nicht mehr erwünscht galt und dementsprechend zur Ausreise gezwungen wurde, war der seit Beginn der Akkreditierungsmöglichkeit in Ostberlin weilende ARD-Korrespondent Lothar Loewe. Dieser hatte am 21.12.1976 in einem *Tagesschau*-Kommentar die Situation an der innerdeutschen Grenze mit dem Satz „Hier in der DDR weiß jedes Kind, dass die Grenztruppen den strikten Befehl haben, auf Menschen wie auf Hasen zu schießen“ beschrieben¹³³. Die DDR reagierte darauf nicht nur mit der Ausweisung Loewes, sondern auch mit scharfen Kommentaren in den parteieigenen Zeitungen¹³⁴. Der von Loewe später selbst als zu unüberlegt formulierte bewertete Satz war aber letztlich vermutlich nur die vorgeschobene Begründung für den lange gehegten Wunsch der DDR-Regierung, Loewe aus vermeintlich triftigem Grund abzuschicken. Loewe hatte sich schon im Vorfeld durch die Berichterstattung über oppositionelle Aktivitäten im Zu-

¹²⁷ Zit. n. Herres 1983, S. 36.

¹²⁸ Bellut 1983, S. 113.

¹²⁹ Hesse 1988, S. 28.

¹³⁰ Zur Größe und Bedeutung der Opposition vor 1989: Pollack, Detlev/Rink, Dieter: Einleitung, in: dies. (Hg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989, S. 7-29, hier: S. 9/10; sowie analysierend die anderen Studien in diesem Band.

¹³¹ Bellut 1983, S. 118-120.

¹³² Herres 1983, S. 37.

¹³³ Zit. n. Loewe, Lothar: Abends kommt der Klassenfeind, Frankfurt/M. 1977, S. 113.

¹³⁴ So z.B. *Neues Deutschland* vom 23.12.1976 (s. Bellut, S. 126).

sammenhang mit der Ausbürgerung Wolf Biermanns beim SED-Regime unbeliebt gemacht¹³⁵.

Als weiterer Fernsehjournalist bekam der ZDF-Korrespondent Peter van Loyen die scharfe Auslegung der erwähnten Durchführungsbestimmungen zu spüren: Er wurde 1979 ausgewiesen, weil er eine Erklärung des dem SED-Regime kritisch gegenüberstehenden Schriftstellers Stephan Heym für die *heute*-Sendung vom 12.5.1979 mit der Kamera aufgenommen hatte¹³⁶.

Neben diesen spektakulären Ausweisungen gab es zudem Behinderung auf einem niedrigeren Niveau. Oftmals wurden Drehgenehmigungen nicht erteilt, bei unliebsamer Berichterstattung wurden Rügen gegen Korrespondenten ausgesprochen und nicht zuletzt waren sich die Journalisten der alltäglichen Überwachung durch die Staatssicherheit bewusst, die einen vertrauensvollen Kontakt zu Oppositionellen erschwerte¹³⁷.

Insgesamt gesehen war der bundesdeutsche Fernsehkorrespondent bei Kontakten mit der Opposition folglich auf guten Willen der Behörden oder auf Einfallsreichtum angewiesen. Dennoch konnten, wie im nächsten Abschnitt noch näher zu erläutern sein wird, eine Vielzahl von Kontakten geknüpft werden, um einige Beispiele von Opposition, zuweilen sogar von öffentlichem Protest im westlichen Fernsehen zu präsentieren.

3. Entwicklung und Beispiele der Berichterstattung bis 1989

Um die mediale Vorgeschichte der Ereignisse im Jahr 1989 zu komplettieren, soll im Folgenden auf einige Vorfälle eingegangen werden, die zur Zeit ihrer Ausstrahlung im Westfernsehen für Aufsehen und gelegentlich auch diplomatische Verstimmungen gesorgt haben, z.T. darüber hinaus nachhaltigen Eindruck auf die DDR-Bevölkerung ausgeübt haben. Dabei soll nur der Zeitraum ab 1974, also seit dem Bestehen der Möglichkeit zur ständigen Berichterstattung, berücksichtigt werden und hier, aufgrund der zeitlichen Nähe zum Untersuchungszeitraum, der Schwerpunkt auf der Betrachtung der achtziger Jahre liegen.

In den siebziger Jahren galt ein hohes Interesse des Westfernsehens den prominenten Oppositionellen, die vorwiegend dem künstlerisch-intellektuellen Bereich entstammten. Beispielsweise wurde dem Musiker Wolf Biermann mehrmals im westlichen Fernsehen

¹³⁵ Bellut 1983, S. 126/127.

¹³⁶ Herres 1983, S. 39.

¹³⁷ Klein, Wolfgang: Stets umsorgt und wohlbehütet - Korrespondent in der DDR, in: Filmer, Werner/Schwann, Herbert (Hg.): Alltag im anderen Deutschland, Düsseldorf/Wien 1985, S. 179-184.

die Möglichkeit gegeben, sich kritisch zu den Verhältnissen in der DDR zu äußern¹³⁸. Auch die nicht zuletzt durch dieses oppositionelle und in den Augen der DDR-Führung illoyale Verhalten ausgelöste Ausbürgerung Biermanns am 16.11.1976 fand einen starken Widerhall in den Medien der Bundesrepublik¹³⁹. Robert Havemann und Rudolf Bahro nutzen ebenfalls die Westmedien für politische Stellungnahmen. Bahros Schritt, das Buch „Die Alternative“, welches sich kritisch mit dem politischen System der DDR auseinandersetzte, in der Bundesrepublik zu veröffentlichen, führte zwar zu einer Inhaftierung und späteren Ausbürgerung Bahros, jedoch auch zu einer weiteren Verstärkung oppositioneller Tätigkeiten. Kritische DDR-Bürger bildeten kleine Diskussionszirkel, in denen das illegal beschaffte Buch gelesen und diskutiert wurde - von der Existenz des Werkes hatten sie aus den Westmedien erfahren¹⁴⁰.

Eine andere Art des Publizierens oppositioneller Gedanken über das Westfernsehen war die Verbreitung anonymer Erklärungen. 1978 nutzte der „Bund demokratischer Kommunisten“ diesen Weg, um Kritik und Reformvorschläge einerseits in der DDR-Bevölkerung bekannt zu machen, andererseits aber auch die SED-Funktionäre zum Handeln zu bewegen. Die Bund demokratischer Kommunisten, der sich als innerkommunistische Opposition verstand, hatte - wie sich später herausstellte - auch kritische SED-Mitglieder in seinen Reihen, welche die Erklärung mit brisantem Insiderwissen anreichern konnten¹⁴¹.

Interviews mit Oppositionellen innerhalb der DDR waren grundsätzlich schwierig durchzuführen, da sie genehmigt werden mussten - was in den seltensten Fällen geschah. Dennoch versuchten die Korrespondenten immer wieder, die arbeiterschwerenden Regelungen zu umgehen. So konnte das ZDF in der *heute*-Sendung vom 12. Mai 1979 ein Statement des systemkritischen Schriftstellers Stefan Heym präsentieren. Auch wenn der dafür verantwortliche Korrespondent van Loyen argumentierte, nur für Interviews, nicht aber für ohne Fragestellung aufgenommene Statements sei nach Durchführungsbestimmung eine Genehmigung erforderlich, schütze ihn diese Interpretation der Regelungen nicht vor seiner Ausweisung¹⁴².

¹³⁸ So z.B. in *Kennzeichen D* vom 14.10.1971, 21.5.1975 und 16.11.1976, s. hier und im Folgenden *Kennzeichen D* betreffend: Herres 1983, S. 128.

¹³⁹ S. *Kennzeichen D* vom 30.11.1976; Staritz 1996, S. 300-303.

¹⁴⁰ S. Gutzeit, Martin: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution, in: Drechsler, Ingrun u.a.(Hg.): *Getrennte Vergangenheit, gemeinsame Zukunft. Ausgewählte Dokumente, Zeitzeugenberichte und Diskussionen der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages 1992-1994 in vier Bänden. Band 2: Opfer, Opposition und Widerstand*, S. 115-196, hier: S. 155/156.

¹⁴¹ Gutzeit 1997, S. 156; Staritz, S. 337.

¹⁴² Bellut 1983, S. 141/142.

Auch Anfang der achtziger Jahre wurde die Opposition medial nur am Rande wahrgenommen. Zu einem der wenigen fernsehwirksamen Ereignissen gehörte im November 1983 der Versuch der westdeutschen Bundestagsabgeordneten und grünen Politikerin Petra Kelly sowie einiger ihrer Kollegen auf dem Alexanderplatz in Ostberlin zusammen mit DDR-Oppositionsgruppen, die sich ab Ende der siebziger Jahre mehr und mehr im Schutze der Kirche gründeten, mit einer Protestaktion auf die Menschenrechtssituation in der DDR hinzuweisen. Zwar konnte die Staatssicherheit diese gemeinsame Demonstration verhindern, jedoch nicht die ersatzweise, lediglich durch die Bundestagsabgeordneten durchgeführte Aktion. Die Bilder dieser Aktion waren für die Westmedien besonders interessant, weil sich erstmals auch westdeutsche Politiker medienwirksam mit der DDR-Opposition auf dem Territorium der DDR solidarisierten. Dieses spektakuläre Vorgehen hatte nicht nur zur Folge, dass die Opposition im Westen bekannter wurde, sondern darüber hinaus, dass sich mehr DDR-Bürger dieser bewusst wurden¹⁴³. Ab Mitte der achtziger Jahre wuchs in der DDR die Unzufriedenheit spürbar¹⁴⁴. Zum einen stiegen die Ausreiseanträge überproportional an, zum anderen radikalisierte sich auch die organisierte Opposition¹⁴⁵. Mit der Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) wurde thematisch der Schritt aus den Kirchenkreisen heraus gewagt, was innerhalb der Opposition verschiedentlich Meinungsverschiedenheiten verursachte¹⁴⁶. Aber auch die Ausreisewilligen, denen in einer Vielzahl der Fälle die Ausreise nach einem für gewöhnlich mehrere Monate, teilweise auch Jahre währenden Verfahren nicht gestattet wurde, waren als oppositionelle Gruppe organisiert und damit in den Augen der politischen Führung eine Gefahr für die Stabilität des sozialistischen Staates. Für sie, die nach Beantragung der Ausreise meist ihre Arbeit verloren und darüber hinaus vielfältig diskriminiert wurden, war es aufgrund ihrer schon ausgeweglosen Situation leichter, sich dem System entgegenzustellen, da es kaum noch eine bürgerliche Existenz gab, die es zu schützen galt¹⁴⁷.

Rückblickend ist erkennbar, dass gerade diese Gruppe mit ihren spektakulären Aktionen, gleich ob innerhalb oder außerhalb (mittels Flucht) der DDR, zu den Revolutionären der ersten Stunde gehörten. Denn sie hatten im Gegensatz zu den Oppositionellen, die zunächst lediglich Reformen des sozialistischen Staates forderten, schon mit dem

¹⁴³ Gutzeit 1997, S. 181.

¹⁴⁴ Was auch empirisch belegt ist: S. Friedrich, Walter 1990.

¹⁴⁵ Staritz 1996, S. 333; Timmer 1999, S. 80.

¹⁴⁶ Timmer 1999, S. 59.

¹⁴⁷ Rink, Dieter: Ausreiser, Kirchengruppen, Kulturopposition und Reformer. Zu Differenzen und Gemeinsamkeiten in Opposition und Widerstand in der DDR in den 70er und 80er Jahren, in: Pollack/Rink, S. 54-77, hier: S. 59/60; Staritz 1996, S. 333/334.

System gebrochen und stellten es somit gänzlich in Frage – entweder durch öffentlichkeitswirksame Demonstrationen oder mittels „Emigration als Zeichen der Auflehnung“ (Meuschel)¹⁴⁸. Besonders von erstem zeugen schon Aktionen aus der Zeit vor dem entscheidenden Jahr 1989. So kam es Pfingsten 1987 während eines Rockkonzertes in Westberlin am Brandenburger Tor zu Ansammlungen von mehreren tausend, z.T. ausreisewilligen Jugendlichen auf der Ostberliner Seite. Die Versammlung ging fließend in eine politische Demonstration über, woran sehr wahrscheinlich die Mischung aus der provozierenden Anwesenheit von Staatssicherheit und Volkspolizei auf der einen Seite, und einem ARD-Kamerateam, das sich direkt in der Menschenmenge befand, alles dokumentieren konnte und durch die geschaffene Öffentlichkeit einen gewissen Schutz bot, auf der anderen Seite. In dieser Konstellation fühlten sich die Demonstranten jedenfalls sicher genug, um ihrer Meinung freien Lauf zu lassen. Sie riefen „Die Mauer muss weg“ und „Wir wollen raus“, und nannten die DDR – in westliche Kameras und Mikrophone hinein – einen Staat von „krankhafter Substanz“¹⁴⁹. Die Bilder davon wurden in der 20-Uhr-*Tagesschau* vom 8.6.1987 und 9.6.1987 gesendet. Dabei waren zu sehen, wie Demonstranten von der Polizei geschlagen und festgenommen wurden, ohne dass diese in irgendeiner Weise vorher (auf dem Bildschirm) als gewalttätig erschienen wären. Die DDR-Medien äußerten sich nur in Form einer ADN-Meldung, die das Stattfinden der Krawalle und die Angriffe auf das Fernseherteam laut *Tagesschau* als „reine Hirngespinnste“¹⁵⁰ westlicher Medien kommentierte. Das ARD-Kamerateam erfuhr diese Abneigung staatlicherseits am eigenen Leibe: Bei der Demonstration kam es auch zu Übergriffen auf die westlichen Journalisten, bei denen einer verletzt und einige vorübergehend festgenommen wurden. Darüber hinaus wurde das technische Equipment teilweise beschädigt oder beschlagnahmt¹⁵¹.

Das Leugnen der Vorkommnisse der DDR musste insofern auf den Zuschauer grotesk wirken, als dass jeder am Fernseher mitverfolgen konnte, wie offensichtlich die Nachrichtenagentur log. So konnte sich die Bevölkerung der DDR auf der einen Seite zwar davon überzeugen, dass es überhaupt systemkritische Aktionen gab, wenngleich sie hier offensichtlich spontaner Natur waren. Auf der anderen Seite musste sie jedoch zur

¹⁴⁸ Zur Einordnung der Ausreisewilligen und Flüchtlinge als revolutionäre Akteure s. Rink, Dieter: Soziale Bewegungen in der DDR: Die Entwicklung bis Mai 1990, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl. S. 54-70, hier: S. 60.; zu den vielfältigen Protesten der Ausreisewilligen: Joppke, Christian: East German Dissidents and the Revolution of 1989, London 1995, S. 136-139; Meuschel-Zitat: Meuschel 1992, S. 309, siehe zum Komplex Auswanderung als Opposition auch Opp, Karl-Dieter: DDR `89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution, in: Joas/Kohli 1993, S. 194-221, hier: S. 196 u. 200.

¹⁴⁹ *Tagesschau* vom 8.6.1987 (20 Uhr und 23 Uhr)

¹⁵⁰ *Tagesschau* vom 9.6.1987 (20 Uhr)

¹⁵¹ *Tagesschau* vom 09.06.1987 (20 Uhr); s.a. Hesse 1990, S. 336.

Kenntnis nehmen, dass die Regierung ihres Staates Proteste gegebenenfalls auch mit Gewalt beenden würde und diese sogar noch auf groteske Art zu verbergen suchte.

Diese restriktive Politik gegenüber oppositionellen Bestrebungen unterstrich die DDR-Führung im November des gleichen Jahres mit der Durchsuchung des Umweltbüros in der Zionsgemeinde in Ostberlin, einer kirchlich-oppositionellen Einrichtung. Dabei wurden mehrere Mitarbeiter festgenommen und erst einige Tage später auf Druck der Kirchenleitung wieder auf freien Fuß gesetzt. Diese Aktion war in ihrer Wirkung ähnlich zweischneidig: Zum einen belegte sie die erwähnte restriktive Politik, zum anderen wurde dadurch das Interesse der Westmedien an den oppositionellen Gruppen im Osten erst richtig entfacht¹⁵². Zumindest war die Durchsuchung, wenn sie auch nicht visuell belegt werden konnte, Thema der westlichen Fernsehnachrichten der Folgetage und somit wieder eine von der DDR-Führung ungewollt initiierte Kampagne zur breiteren Beachtung einer - in diesem Zusammenhang durch die Existenz eines Büros mit Mitarbeitern schon organisiert anmutenden - Opposition seitens der DDR-Zuschauer.

Wieder vornehmlich von Ausreisewilligen organisiert waren die Proteste am Rande der offiziellen Gedenkfeier zur Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknecht am 17.1.1988. Bei dem staatlich organisierten Ritual erschienen sie mit Spruchbändern, auf denen das Luxemburg-Zitat „Freiheit ist immer auch die Freiheit der anders Denkenden“ stand. Diese nur scheinbare Naivität war tatsächlich eine kalkulierte Provokation. Die Demonstranten wussten, dass es politisch unglaubwürdig wirken müsse, wenn die Staatssicherheit Demonstranten festnehmen würde, die ein Zitat gerade derjenigen Person vor sich her tragen, die auf dieser Veranstaltung geehrt wurde. Dennoch reagierte die Staatsführung hart: Während der Demonstration und der Folgetage wurden über hundert Oppositionelle festgenommen und vorwiegend diejenigen Beteiligten in die BRD ausgewiesen, die nicht zu den Ausreisewilligen gehörten, sondern in der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ für Reformen in der DDR kämpfen wollten¹⁵³. Dass dieses über das Westfernsehen verbreitete schizophrene anmutende politische Verhalten die Erosion der Loyalität zum DDR-Regime innerhalb der Bevölkerung nur verstärken konnte, war offensichtlich. In Folge der Festnahmen kam es zu vielen Fürbitte-gottesdiensten und anderen Solidaritätsaktionen in etlichen Städten der DDR, aber auch in der BRD¹⁵⁴. Die so schnell organisierten und einander ähnlich anmutenden Protest-

¹⁵² Moritz, Torsten: Die Entwicklung von DDR-Oppositionsgruppen nach 1989 – Das Beispiel Umweltbibliothek Berlin. Die Tücken der Gruppendynamik, in: Pollack/Rink 1997, S. 208-234, hier: S. 212; Gutzeit 1997, S. 185.

¹⁵³ Gutzeit 1997, S. 184/185; N.N.: Chronik, in: Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, München/Wien 1989, S. 770-830, hier: S. 828..

¹⁵⁴ Gutzeit 1997, S. 184/185.

veranstaltungen konnten nicht durch Mund-zu-Mund-Propaganda entstanden sein. Es ist vielmehr zu vermuten, dass die Oppositionellen die Festnahmen wie auch die Ideen für die Protestformen dem Westfernsehen entnehmen konnten. Auch die zwischenzeitlichen Selbstzerfleischungstendenzen, die sich in der Folge dieser Demonstration zwischen Ausreisewilligen, organisierter Opposition und der Kirche auftaten, ändern nichts an der medialen Wirksamkeit und Bedeutung dieser Proteste¹⁵⁵.

Ein frühes Beispiel der Ritualisierung von Protesten - welche im Herbst 1989 bei den Montagsdemonstrationen eine wichtige Funktion hatte - war der erneute Zwischenfall bei dem Pfingst-Rockkonzert am Brandenburger Tor 1988. Wieder sammelten sich junge Ausreisewillige, um ihren Unmut zu äußern, wieder kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei und wieder wurden auch Westjournalisten von Staatsicherheit und Polizei angegriffen und mittels Schlagstöcken und elektrisierenden Schockstäben von einer unbeschränkten Berichterstattung abgehalten¹⁵⁶. Die Bilder dieses brutalen Vorgehens wurden im Westfernsehen gezeigt und veranschaulichten ähnlich wie im Vorjahr, wie nervös die DDR-Staatsführung auf westliche Berichterstattung über Proteste reagierte - auch der DDR-Führung war offensichtlich bewusst, was für Konsequenzen mittels Westfernsehen in der ganzen DDR sichtbar gemachter öffentlicher Protest haben könnte. Das unterstreicht auch das Vorgehen der Staatssicherheit bei einem Schweigemarsch von etwa 200 Personen, die im Oktober 1989 in Ostberlin auf Transparenten gegen die Zensur kirchlicher Zeitungen, die mithin die einzige Möglichkeit der Weiterverbreitung oppositionellen Gedankengutes war, demonstrierten. Auch bei diesem Ereignis wurden die westlichen Journalisten mit Gewalt an ihrer Arbeit behindert¹⁵⁷.

Den letzten Höhepunkt und der vielfach als Beginn der Erstarkung der Opposition eingestufte Protest waren Aktionen zur Luxemburg-Demonstration am 15.1.1989, die diesmal jedoch nicht in Ost-Berlin, sondern in Leipzig durchgeführt wurden. Schon im Vorfeld kam es zu Festnahmen, was die Durchführung der Aktion jedoch nicht behinderte. Auf der Demonstration selber griff die Polizei wieder ein und nahm etliche Demonstranten zwischenzeitlich fest. Wenngleich das westdeutsche Fernsehen davon keine Bilder machen konnte, so zeigt sich an dieser Demonstration jedoch beispielhaft, wie die Bürgerbewegung trotz Korrespondentenbehinderung solche Ereignisse den Westmedien bekannt machen konnte. In den Unterlagen der Staatssicherheit wird dazu festgestellt, dass „ein dem MfS bekannter Organisator politischer Untergrundtätigkeit in der

¹⁵⁵ Zu den internen Auseinandersetzungen in der Opposition nach der Luxemburg-Demonstration s. Timmer 1999, 132-135.

¹⁵⁶ *Tagesschau* vom 20.6. und 21.06.1988 (20 Uhr).

Nacht vom 14. zum 15. Januar 1989 das Mitglied der Partei der Grünen in der BRD, Gerd Bastian, über die erfolgten Festnahmen in Leipzig und bat ihn, eine ähnliche 'Solidaritätsaktion' auszulösen, wie anlässlich der Ereignisse im Januar 1988¹⁵⁸. Eine ebenfalls in dieser Nacht nach Westberlin übermittelte „Erklärung 1/89 der 'Initiative Frieden und Menschenrechte'“ bittet ausdrücklich, die Festnahmen in Leipzig auch in der Bundesrepublik bekannt zu machen, um den Druck auf das DDR-Regime zwecks Freilassung der Inhaftierten zu erhöhen¹⁵⁹. Die DDR-Opposition verstand es folglich schon vor den Ereignissen im Herbst 1989, westliche Medien gezielt für ihre Zwecke einzusetzen.

Dieses geschah wie in diesem Fall häufiger, um durch Bekanntmachung von Festnahmen die Personen zu schützen. Denn das DDR-Regime wollte und konnte sich als Unterzeichnerin der Helsinki-Akte nur bedingt international vorwerfen lassen, die Menschenrechte nicht zu achten. Die Übermittlung der Namen von Festgenommenen an die Westmedien war also nicht nur zur Information der eigenen Mitbürger gedacht, sondern sollte auch dazu dienen, die internationale und ganz besonders die westdeutsche Aufmerksamkeit auf die Inhaftierten zu lenken.

In einigen anderen Fällen wurde das Westfernsehen aber auch als reiner Übermittler von oppositioneller Information genutzt. Themen, die in der DDR verschwiegen wurden, wie im Bereich Umweltschutz, wurden indirekt oder direkt im Westfernsehen publiziert. Ein besonders augenfälliges Beispiel hierfür ist der Videofilm „Bitteres aus Bitterfeld“, der - von einer DDR-Umweltgruppe produziert - am 27.9.1988 im Westfernsehen gezeigt wurde¹⁶⁰.

Neben dieser Betrachtung und Thematisierung oppositioneller Aktivitäten zog sich durch die bundesdeutsche DDR-Fernsehberichterstattung in allen Jahrzehnten nach dem Mauerbau darüber hinaus die Fluchtberichterstattung. Sie hielt mit den Meldungen und Reportagen über Mauertote und erfolgreiche Fluchtaktionen die Erinnerung an die Existenz eines anderen deutschen Staates wach - wie es ihr in ihrem von der Politik definierten Programmauftrag aufgetragen worden war. Dabei ist jedoch auffällig, dass die Berichte über die spektakulären Fluchtaktionen im Vordergrund standen, so wie beispielsweise die Ballonflucht einer Familie im Jahre 1979, die später sogar als Vorlage für

¹⁵⁷ Weidenfeld/Zimmermann 1989, S. 829.

¹⁵⁸ MfS, ZAIG, Nr. 25/89: Informationen über die Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte in Leipzig im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, in: Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989, Berlin 1990, S. 12.

¹⁵⁹ Anlage 2 zu MfS, ZAIG, Nr. 25/89, S. 14.

¹⁶⁰ MfS, ZAIG, Nr. 77/89: Informationen über das „Grün-Ökologische Netzwerk Arche“ in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, in: Mitter/Wolle 1990, S. 17-19, hier: S. 18.

einen Hollywood-Spielfilm diene. Die Argumentation von Hans-Volkmar Findeisen, dass es sich bei dieser „Medien-Polit-Show“ nur um die Vorboten der zum Teil emotional aufgeladenen Fernsehberichte bei der Massenflucht im August/September handele, ist dabei nicht von der Hand zu weisen und im entsprechenden Kapitel noch näher zu untersuchen¹⁶¹.

Ohne die Bedeutung dieser in den Jahrzehnten vor dem Mauerfall gesendeten Berichte und Reportagen herunterzuspielen, muss jedoch abschließend angemerkt werden, dass sie, so wichtig sie für die DDR-Bürger waren, im Westen selber nur als Randerscheinung wahrgenommen wurden. Klaus Bresser (ZDF) merkte dazu in einem Vortrag 1990 zutreffend an:

„(...) Aber diese Berichte wurden kaum wahrgenommen. Kaum wahrgenommen auch von Kollegen, denen London näher lag als Dresden. Korrespondent in der DDR zu sein, galt viele lange Jahre als undankbares Geschäft. Das Interesse fürs andere Deutschland entdeckten nicht wenige erst, als die Sprechchöre aus Leipzig ihnen in den Ohren schrillten.“¹⁶²

III. Rahmenbedingungen der Rezeption in der DDR

Bevor Berichterstattung des Westfernsehens im Sommer/Herbst 1989 eingegangen wird, bietet es sich an, einerseits die Nutzung des Mediums Fernsehen innerhalb der DDR-Bevölkerung grundsätzlich zu beschreiben und andererseits die technischen Möglichkeiten sowie die tatsächliche Rezeption des Westfernsehens zu untersuchen. Es ist für die These der vorliegenden Studie letztlich nicht unerheblich, wie viele und welche DDR-Bürger überhaupt Westfernsehen sehen konnten und wollten.

Um den Kontrast zum Westfernsehen zu verdeutlichen, soll in diesem Kapitel außerdem eine analytische Betrachtung der Produktionen des DDR-Fernsehens erfolgen, um die Abweichung gegenüber dem im darauf folgenden Kapitel zentral diskutierten Westfernsehen erst deutlich machen zu können. Dabei steht im Zusammenhang des Forschungsinteresses der Schwerpunkt auf der Untersuchung der Sendungen der *Aktuellen Kamera*, da an diesen besonders gut veranschaulicht werden kann, welche Stellenwert Exodus,

¹⁶¹ Findeisen, Hans-Volkmar: Exodus. Überlegungen zu drei Jahrzehnten Fluchtberichterstattung, in *Medium* 4/1990, S. 30-33, hier: S. 32.

¹⁶² Bresser, Klaus: Das Fernsehen als Medium und Faktor der revolutionären Prozesse in Osteuropa und der DDR, in: *Hall* 1990, S. 33-44, hier: S. 38.

Opposition und Kritik während des Jahres 1989 und hier insbesondere im Spätsommer und Herbst des Jahres im DDR-Fernsehen hatten und wie von Seiten des staatlich kontrollierten Fernsehens darauf reagiert wurde.

1. Nutzung des Mediums Fernsehen in der DDR allgemein

Im Zusammenhang des Interesses der DDR-Bürger an Sendungen des Westfernsehen soll vorweg kurz dargestellt werden, wie verbreitet Fernsehgeräte in der DDR waren, welchen Stellenwert Fernsehkonsum allgemein besaß und welches die Schwerpunkte des Konsums waren.

Die Verbreitung von Fernsehgeräten in der DDR war mit der Entwicklung in der BRD vergleichbar, auch wenn die Übertragung der Fußballweltmeisterschaft nicht die Rolle der Initialzündung wie im Westen spielte¹⁶³. Die Verbreitung stieg in der DDR von 16,7% (1960) über 48,5% (1965) auf 69,1% (1970) der Haushalte¹⁶⁴. In den siebziger und achtziger Jahren stieg der Anteil schließlich auf 90% (1981), bis in dem für die vorliegende Untersuchung entscheidenden Zeitraum mit 95,7% (1988) eine fast vollständige Versorgung der Haushalte mit Fernsehgeräten erreicht wurde¹⁶⁵. Über die Hälfte der Fernsehempfänger waren Geräte, die den SECAM-Standard unterstützten und damit zumindest das DDR-Fernsehen in Farbe zeigten¹⁶⁶.

Fernsehen galt bis in die achtziger Jahre hinein als Hauptfreizeitbeschäftigung unter den DDR-Bürgern¹⁶⁷. Erst ab 1987 hatten die Hobbys Gartenarbeit und Musik hören einen höheren Stellenwert, was auch von Seiten der DDR-Zuschauerforschung, deren Ergebnisse aus politischen Gründen größtenteils geheim gehalten wurden, als ein „Auf-Distanz-Gehen“ gegenüber dem DDR-Fernsehen interpretiert wurde¹⁶⁸. Dieses spiegelt sich auch in den Einschaltquoten und den Zufriedenheitsparametern wider, die durch Umfragen ermittelt wurden. So pendelte die durchschnittliche Einschaltquote in den achtziger Jahren um 38% (1. und 2. Programm des DDR-Fernsehens gesamt), sank 1989 aber auf 32% ab. Im gleichen Jahr kam es auch zu einer deutlich negativeren Be-

¹⁶³ Zielinski, Siegfried: Audiovisionen. Kino und Fernsehen als Zwischenspiele der Geschichte, Reinbek 1989, S. 199.

¹⁶⁴ Geserick 1989, Rolf: 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR, München 1989, S. 125 u. 205.

¹⁶⁵ Geserick 1989, S. 366; Ludes 1990, S. 28.

¹⁶⁶ Ludes 1990, S. 28.

¹⁶⁷ Rexin, Manfred: Massenmedien in der DDR, in: Weidenfeld/Zimmermann 1989, S. 402-412, hier: S. 406; Braumann, S. 530.

¹⁶⁸ Braumann 1994, S. 532; zur DDR-Zuschauerforschung samt Kritik der Verwertbarkeit ihrer Ergebnisse: Stiehler 1990.

urteilung des DDR-Fernsehens durch seine Zuschauer - eine Rückführung auf die Unzufriedenheit über die politische Berichterstattung ist in diesem Fall mheliegend¹⁶⁹. Unterstützt wird diese Schlussfolgerung dadurch, dass viele DDR-Bürger die politische Berichterstattung des DDR-Fernsehens ignorierten. Obwohl fast jeder Haushalt über ein Fernsehgerät verfügte, hatten politische Sendungen Ende der achtziger Jahre lediglich eine Reichweite von 10%. Anfang 1989 ging dieser Wert noch auf 5% zurück, ehe er erst mit dem Honecker-Rücktritt und dem darauf folgenden Umstrukturierung der politischen Berichterstattung eine erhebliche Verbesserung erfuhr¹⁷⁰. Die gleichzeitig recht positive Bewertung der politischen Sendungen durch diejenigen, die sie auch gesehen hatten, deutet auf eine vorwiegende Nutzung dieser Sendungen durch die systemloyalen Bürger hin¹⁷¹. Ähnliches zeigt sich bei den Werten für die Hauptnachrichtensendung *Aktuelle Kamera*, die einen zentralen Sendeplatz (Hauptsendung: 19.30, 1. Programm) im DDR-Fernsehen innehatte. Die durchschnittliche Sehbeteiligung lag in den achtziger Jahren bei lediglich 10%, in Einzelfällen sogar bei unter 3%. Ausnahmen bildeten nur besondere Ereignisse - oft mit einem Bezug zur BRD - wie das Treffen Schmidt/Honecker in der DDR 1981 (Einschaltquote: 50,5%), der Amtsantritt Andropovs 1982 (20,1%) oder der Honeckerbesuch in der Bundesrepublik am 7.9.1988 (28,9%)¹⁷². Diese Abweichungen dürften ihre Ursache darin gehabt haben, dass ein Großteil der Zuschauer weniger daran interessiert war, die reinen Fakten dieser Ereignisse zu erhalten, sondern eher erfahren wollte, wie das staatlich gelenkte Fernsehen diese kommentiert - denn daraus ließ sich direkt die Bewertung seitens der Staatsführung herauslesen.

Zu den Sendungen mit den niedrigsten Einschaltquoten und der schlechtesten Bewertung gehörte das von Karl Eduard von Schnitzler geleitete Magazin *Der schwarze Kanal*, dessen sozialistisch-propagandistische Aufmachung und offenkundig undifferenzierter Umgang mit der (vielen DDR-Bürgern nur durch das BRD-Fernsehen bekannten) westdeutschen Wirklichkeit ein Großteil der DDR-Bevölkerung ablehnte. Die durchschnittlichen Einschaltquoten lagen dementsprechend bei sehr niedrigen 5%, der unterste Wert im Mai 1989 bei 0,5%¹⁷³.

Einen wesentlich höheren Stellenwert in der Bewertung und in der Nutzung hatten Unterhaltungs- und Ratgebersendungen. Unterhaltende Sendungen hatten bis zur Wende

¹⁶⁹ Gmel/Deimling/Bortz 1994, S. 552.

¹⁷⁰ Stiehler 1990, S. 99. Gmel/Deimling/Bortz 1994, S. 546.

¹⁷¹ Braumann verwendet dafür den DDR-typischen Begriff „gesellschaftliches Aktiv“, s. Braumann 1994, S. 547.

¹⁷² Braumann 1994, S. 536/537.

¹⁷³ Braumann 1994, S. 541.

eine Reichweite von 30%, wobei insbesondere Showsendungen wie „Ein Kessel Buntes“ und „Showkolade“, die sich wesentlich an westdeutschen Vorbildern orientierten, großen Zuspruch erfuhren. Auch Kriminalserien wie „Der Staatsanwalt hat das Wort“ und „Polizeiruf 110“ hatten nicht selten Einschaltquoten von 50%¹⁷⁴. Ratgebersendungen kamen immerhin auf Reichweiten von 20%, wengleich auch hier - wie auch bei den Unterhaltungssendungen ab Mitte der achtziger Jahre - eine Abwärtstendenz erkennbar war¹⁷⁵. Die allgemeine Unzufriedenheit hatte sich nicht nur auf die Sehbeteiligung an politischen Sendungen, sondern auf die Rezeption des DDR-Fernsehens insgesamt ausgewirkt.

2. Empfangsmöglichkeiten und Nutzung des Westfernsehens in der DDR

Die Medienpolitik der DDR-Regierung lässt sich, ähnlich wie deren Umgang mit westlichen Journalisten, in verschiedene, in gewisser Weise mit der allgemeinpolitischen Lage korrespondierende Zeitabschnitte einordnen.

Schon bald nach ihrer Gründung versuchte die DDR-Führung den Empfang westlicher Rundfunksendungen zu unterbinden, da sie von ihnen eine (klassen-)feindliche Einflussnahme auf die DDR-Gesellschaft vermutete¹⁷⁶. Dazu ergriff sie einerseits technische Maßnahmen mittels Einrichtung von Störsendern, auf der anderen Seite behalf sie sich mit der rechtlichen Auslegungen bestimmter Paragraphen wie der „staatsfeindlichen Hetze“ im Strafgesetzbuch - konkrete, auf den Empfang von Fernsehsendungen zielende Verbote gab es aber nie. Vielmehr versuchte sich die SED Anfang der sechziger Jahre mittels einer Kampagne namens „Aktion Ochsenkopf“ des Problems anzunehmen. Die Bürger, die schon Westfernsehen empfangen konnten, sollten die dafür in einigen Fernsehgeräten von vornherein installierten technischen Vorrichtungen wieder ausbauen sowie die Antennen nicht mehr zum Westfunksender Ochsenkopf ausrichten. Diese Kampagne wurde begleitet von Denunziationsaktionen, dem mutwilligen Abbrechen von westlich ausgerichteten Antennen seitens der FDJ, der Androhung des Einzugs des Gerätes bei Zuwiderhandlung sowie von einer gezielte Pressekampagne¹⁷⁷. Darüber hinaus wurden im Handel zeitweise nur noch solche Fernsehgeräte angeboten,

¹⁷⁴ Gmel/Deimling/Bortz 1994, S. 548; Braumann 1994, S. 533

¹⁷⁵ Gmel/Deimling/Bortz 1994, S. 546.

¹⁷⁶ Geserick 1989, S. 64.

¹⁷⁷ Geserick 1989, S. 163.

mit denen der Westempfang gänzlich unmöglich sein sollte. Die Aktion schlug jedoch aus verschiedenen Gründen fehl und wurde nach wenigen Wochen abgebrochen. Zum einen war in Wohnungen, in denen Westfernsehen mit der Zimmerantenne empfangen wurde, eine Überwachung der Ausrichtung nicht möglich und zum anderen umgingen viele DDR-Bürger die Kontrolle mittels spezieller Antennen, die sie nur nachts ausführen („Nachtantennen“). Selbst der Kontrolle der Westpakete nach Konvertieren für den Empfang der Programme ZDF und der dritten Programme wurde stellenweise durch den Bau illegaler Eigenproduktionen mit gestohlenem Material aus den volkseigenen Betrieben entgegengetreten¹⁷⁸.

Schon diese Ereignisse zeigen, welche Furcht die DDR-Regierung vor der Westeinstrahlung hatte. Über dies wird aber auch das starke Interesse der DDR-Bürger am Westfernsehen deutlich - die robuste Abwehr dieser Kampagne mit zuweilen rechtswidrigen Methoden lässt jedenfalls diese Behauptung zu.

Eine Mischung aus Pragmatismus und Resignation führte daher Anfang der siebziger Jahre zu einer völligen Neubewertung des Problems auf Seiten der SED. 1973 erklärte Erich Honecker, der zwei Jahre zuvor zum Nachfolger von Ulbricht in der Funktion des Ersten (später: General-)Sekretärs der SED bestimmt wurde, eher in einem Nebensatz die staatliche Duldung des Westfernsehkonsums. Er sprach in einem veröffentlichten Bericht des Politbüros an das ZK von den „westlichen Massenmedien, vor allem dem Rundfunk und dem Fernsehen der BRD, die ja bei uns jeder nach Belieben ein- und ausschalten kann“¹⁷⁹. Auch hier sind die Parallelen zur Entspannungspolitik in den deutsch-deutschen Beziehungen nicht zu übersehen – entsprach diese neue Interpretation des westlichen Fernsehgebrauchs doch der Politik der von DDR-Seite angestrebten „friedlichen Koexistenz“ beider deutscher Staaten.

Schon zu dieser Zeit war jedoch die Nutzung des Westfernsehens Alltag in der DDR. In den Umfragen des Instituts für Meinungsforschung der DDR, welches bis Ende der siebziger Jahre existierte und politisch sehr offene Antworten auf Fragen der ideologischen Selbstverortung zuließ, bekannten sich 70 % der DDR-Bürger, die im Besitz eines Fernsehgerätes waren, dazu, Westfernsehen zu schauen¹⁸⁰. Das dürften nach übereinstimmenden Untersuchungen nahezu die Gesamtheit jener Zuschauer sein, die das

¹⁷⁸ Mühl-Benninghaus, Wolfgang: Medienpolitische Probleme in Deutschland zwischen 1945 und 1989. Zum unterschiedlichen Verständnis der audiovisuellen Medien in beiden deutschen Staaten, in: Riedel (1993), S. 9-20, hier: S. 14.

¹⁷⁹ „Bericht des Politbüros an das ZK der SED“ zur 9. Tagung des ZK am 28./29.5.1973, zit. n. Beutelschmidt, Thomas: Sozialistische Audiovision: Zur Geschichte der Medienkultur in der DDR, Potsdam 1995, S. 273.

¹⁸⁰ Linke 1987, S. 48; s.a. Niemann, Heinz: Meinungsforschung in der DDR: Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993.

Westfernsehen überhaupt empfangen konnten¹⁸¹. Denn in einigen Gebieten der DDR war der direkte Empfang des Westfernsehens über Antenne nicht möglich. Dies betraf vor allem die Gebiete im Dresdner Raum sowie in Nord-Ost-Mecklenburg. Dieses oftmals als „Tal der Ahnungslosen“ benannte Gebiet war jedoch nicht ganz so ahnungslos wie angenommen: Zum einen wurde das Westfernsehen zunehmend in staatliche Kabelnetze oder mit staatlicher Billigung in private Gemeinschaftsantennenanlagen eingespeist, zum anderen war ab Mitte der achtziger Jahre in der DDR der Erwerb von Satellitenempfangsanlagen möglich, mit denen sich das Westfernsehen in bester Qualität auch in den tiefsten Tälern Sachsens empfangen ließ¹⁸². Das Ergebnis der Studie von Etzkorn und Stiehler, dass keine wirklich hervorstechenden Unterschiede in Einstellungen zum Westen und zur Bewertung der Lebensbedingungen und der politische Lage in der DDR zwischen Bewohnern der betroffenen Gebiete und dem Rest der DDR zu konstatieren sind, ist folglich nicht überraschend¹⁸³. Zumal neben dem immerhin stellenweise möglichen Fernsehempfang der in dieser Untersuchung aus genannten Gründen vernachlässigte Radioempfang uneingeschränkt möglich war¹⁸⁴.

Es verwundert daher nicht, dass sowohl Hesse in den Aufnahmелagern für Übersiedler, als auch in der DDR Friedrich zeitgleich bei einer Befragung unter jungen DDR-Bürgern feststellten, dass das Westfernsehen im DDR-Alltag eine wichtige Rolle einnahm. Friedrich arbeitet heraus, dass knapp 80% der Auszubildenden und jungen Arbeiter, welche neben den Studenten die Zielgruppe seiner Längsschnittstudie darstellten, mindestens mehrmals wöchentlich Westfernsehen sahen, zu einem großen Teil sogar jeden Tag¹⁸⁵. Das DDR-Fernsehen schnitt in dieser Umfrage wesentlich schlechter ab. Besonders fatal muss für die DDR-Führung, für die diese Studie angefertigt wurde, gewesen sein, dass lediglich 4% der jungen Leute bestätigen wollten, dass die Berichterstattung des DDR-Fernsehen vollständig mit ihren Lebenserfahrungen in Übereinstimmung zu bringen sei¹⁸⁶.

Was die Sehgewohnheiten betrifft, so war es keineswegs so, dass die DDR-Bürger wahllos die Westsender einschalteten. Das Interesse fokussierte sich besonders auf Nachrichtensendungen oder politische Magazine auf der einen Seite und Unterhaltungs-

¹⁸¹ S. z.B. Hesse 1988, S. 41; N.N.: Originalton West – drüben, in: ARD-Magazin 2/1987, S. 11; Friedrichs 1990, S. 31.

¹⁸² Beutelschmidt, S. 150/151.

¹⁸³ Etzkorn, K. Peter/Stiehler, Hans-Jörg: The „Valley of the Clueless“ – Results From an Historical Experiment, in: Communications 23/1998, Heft 3, S. 271-298.

¹⁸⁴ Hier ist vor allem der Deutschlandfunk zu nennen.

¹⁸⁵ Friedrich 1990, S. 31; zu einem ähnlich deutlichen Ergebnis kommt die spätere Studie von Kliment: Kliment 1994, S. 483-509.

¹⁸⁶ Friedrich 1990, S. 32.

sendungen und Fernsehserien auf der anderen Seite. Lediglich 11-13% der einzelnen Gruppen in Friedrichs Studie gaben an, sich politische Zusammenhänge betreffend vorwiegend aus dem Ostfernsehen zu informieren. Rund 65% informierten sich mittels beider Fernsehsysteme, ca. 20 % sogar überwiegend im Westfernsehen¹⁸⁷. Beliebteste Sendungen hierbei waren nach Hesses Studie, wie oben schon bei der Quellenlage vorgestellt, die *Tagesschau* und auf Magazinseite *Kennzeichen D*. Die Zuschauer von westlichen Unterhaltungssendungen, die nur in einer – wenngleich großen – Teilmenge zu den Westnachrichtensehern gehörten, bevorzugten Sendungen wie *Dallas*, *Tatort*, *Dalli Dalli* und *Der Große Preis*¹⁸⁸.

3. Die politische Berichterstattung des DDR-Fernsehens

Im Folgenden soll die politische Berichterstattung des DDR-Fernsehens, und hier vornehmlich die Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ im Mittelpunkt der Untersuchung stehen. Ziel ist es zu zeigen, dass die Massenmedien der DDR die folgenschweren Ereignisse der Fluchtbewegung und der ersten großen Demonstrationen in ihrer Berichterstattung nur wenig berücksichtigten oder sachlich falsch darstellten. Dieses Vorhaben geschieht aus Gründen der Systematik nicht parallel zur ereignisgeschichtlichen Entwicklung sondern getrennt voneinander, da die Fluchtbewegung auf ganz andere Weise zur Mobilisierung beitrug, als die Demonstrationen und Aktionen der Daheimgebliebenen¹⁸⁹.

Die Verifizierung der Behauptung, das DDR-Fernsehen habe Tatsachen verschwiegen oder verfälscht wiedergegeben, ist eine notwendige Voraussetzung für die zentrale These dieser Studie, dass eben das Westfernsehen für die Verbreitung oppositionellen Gedankenguts sorgte sowie die Ausreisewelle in großem Maße publik machte.

Die Untersuchung wird in diesem Kapitel mit dem ereignisgeschichtlichen Kontext gekoppelt, da die Bedeutung einer suggestiven, verfälschten oder nicht gesendeten Meldung nur in diesem Zusammenhang deutlich wird.

Die politische Berichterstattung in der DDR war dominiert von parteigesteuerten Zeitungen und Rundfunksendern. So hatten die großen Tageszeitungen der SED (mittelbare

¹⁸⁷ Stiehler 1990, S. 99 (Zitat aus zuvor unveröffentlichten Ergebnissen der Studie Friedrichs, bzw. des Leipziger Institutes für Jugendforschung).

¹⁸⁸ Hesse 1988, S. 42/43.

¹⁸⁹ Anm.: Ähnlich wird dann im Kapitel zum Westfernsehen verfahren.

und unmittelbare Parteiblätter) und der Blockparteien eine Gesamtauflage von fast zehn Millionen Exemplaren¹⁹⁰. Unabhängige Zeitungen und Zeitschriften, und diese meist in sehr kleiner Auflage, existierten lediglich im kirchlichen Umfeld. Dennoch gab es auch in den Zeitungen der Blockparteien und insbesondere in den kleinen Lokalzeitung Freiräume. Die dort geäußerte Kritik beschränkte sich jedoch im Normalfall auf Unmutsbekundungen bezüglich der Konsumgüterversorgung oder der zu großen Bürokratie, nicht jedoch auf Menschen- und Bürgerrechte sowie Demokratisierungswünsche¹⁹¹.

Ähnliches galt für Radio und Fernsehen, wenngleich die Freiräume hier noch kleiner waren. Nahezu ausschließlich in Sendungen für Jugendliche wie im Radiosender „Jugendradio DT 64“ oder in dem erst am 1.9.1989 auf Sendung gegangenen, aber weit im voraus geplanten Fernsehmagazin „elf 99“ war Kritik an den Verhältnissen in der DDR zu hören oder zu sehen¹⁹². Außerhalb dieser Zielgruppe befasste sich lediglich das DDR-1-Magazin *Prisma* – das aber schon seit 1963 - mit einigen Schattenseiten des sozialistischen Systems. Für die Redaktion der Sendung war dies jedoch ein Balanceakt. Die langjährige Leiterin der Sendung Rosi Ebner berichtete nach der Wende über die Einflussnahme seitens der Partei und die in diesem Zusammenhang gemachten Vorwürfe: „Wir würden dem angenommenen Gegner – insbesondere dem Westfernsehen – Argumentationsmaterial liefern, respektive eigene wirtschaftliche Interessen gefährden“¹⁹³. Die Parteispitze war also sehr bemüht, im eigenen Fernsehen nichts zu zeigen, was im Westfernsehen als vermeintliches Agitationsmaterial benutzt hätte werden können. Gleichmaßen war man jedoch bestrebt, auch innerhalb der DDR-Bevölkerung wenig Anlass für Diskussionen zu geben. Die Einflussnahme seitens der Partei war teilweise sehr direkt auf einzelne Sendungen und Zeitungsberichte oder Themen bezogen und beinhaltete sehr deutlich Weisungen.

Beispielhaft seien hier die Anweisungen der Rostocker SED-Bezirksleitung an die Ostseezeitung aus dem Jahre 1984 zitiert, welche die Ostseezeitung nach der Wende selbst veröffentlichte:

- „wir bitten, von der Behandlung des 17. Juni 1953 in Veröffentlichungen abzu-
sehen“

¹⁹⁰ Meyn, Herrmann: Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Alte und neue Bundesländer, überarbeitet und aktualisierte Aufl. Berlin 1992, S. 43.

¹⁹¹ Meyn 1992, S. 43.

¹⁹² Holzweißig, Gunter: Massenmedien unter Parteiaufsicht – Lenkungsmechanismen vor der Wende in der DDR, in: Rundfunk und Fernsehen 3/1990, S. 365-376, hier: S. 373.

¹⁹³ „Die Union“ vom 27.2.1990, zit. n. Meyn 1992, S. 105.

- „Am morgigen Donnerstag findet die Übergabe der zweimillionsten Wohnung in Anwesenheit des Generalsekretärs statt. Wir bitten, darüber auf Seite 1 vom Freitag sehr groß aufgemacht zu berichten.“
- „In Stellungnahmen von Eltern und Pädagogen sollen Bekenntnisse zu unserer Politik der Stärkung des Sozialismus und der Sicherung des Friedens (Interview Erich Honeckers) wiedergegeben werden.“¹⁹⁴

Ähnliches konnte auch Dieter Langguth, ehemaliger Chefredakteur der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ berichten. Der „Jungen Welt“ wurde von zuständiger Stelle untersagt, „Protokoll-Obst“ auf den Tischen zu fotografieren, da sonst die Bevölkerung hätte neidisch werden können. Außerdem sollten bestimmte Themen in der Berichterstattung ausgespart bleiben:

- „Nichts über Atomkraftwerke (sonst wird ein sensibles Thema hochgeputscht)“
- „Nichts über selbstgebaute Fluggeräte (sonst hauen uns die Leute ab):“
- „Nichts über Formel-1-Rennen (wir können uns die nicht leisten).“¹⁹⁵

Dieses waren jedoch nur die speziell für bestimmte Anlässe und Themen aufgestellten Anweisungen. Insgesamt war die Beeinflussung und Zensur geradezu institutionalisiert: Die SED verschwieg gar nicht, dass die Massenmedien für sie ein zentrales Instrument der Beeinflussung war. In einem veröffentlichten Beschluss des Politbüros aus dem Jahre 1972 hielt sie fest: „Presse, Rundfunk und Fernsehen der DDR tragen unsere Politik und Ideologie täglich zu Millionen Menschen und wirken maßgeblich auf die Ausprägung sozialistischer Überzeugungen, Denk- und Verhaltensweisen ein.“¹⁹⁶

Diese Auffassung schlug sich in der politischen Struktur der Staats- und Parteiführung nieder: So gab es den ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda Joachim Herrmann, der mit seinen Abteilungsleitern Heinz Geggel und Klaus Gäbler die unterschiedlichen Parteizeitungen, die staatliche Nachrichtenagentur ADN und – über das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates – auch die anderen Zeitungen sowie die Radio- und Fernsehstationen mit den offiziellen Sprachregelungen versorgte¹⁹⁷. Der ADN nahm dabei die wichtige Rolle des Regierungssprachrohres ein. Bei allen wichtigen Ereignissen sollte auf dessen Meldung gewartet werden, um diese gegebenenfalls unverändert zu übernehmen. Sogar zur Übernahme von Kommentaren, in Staaten mit Pressefreiheit das höchste Gut eines Journalisten, waren die Redaktionen in diffizilen Situationen ver-

¹⁹⁴ Ostseezeitung, k.A., zit. n. Meyn 1992, S. 44.

¹⁹⁵ Stern Nr. 23 vom 31.5.1990, zit. n. Meyn 1992, S. 45.

¹⁹⁶ Beschluss des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 7. November 1972, in: Die Aufgaben der Agitation und Propaganda bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED, Berlin 1972, S. 84, zit. n.: Hoff, Peter: „Vertrauensmann des Volkes“, in Rundfunk u. Fernsehen 3/1990, S. 385-399, hier: S. 389.

pflichtet¹⁹⁸. Neben dieser zentralen Versorgung mit Regierungsmeinung wurden die Chefredakteure der SED-Medien jeden Donnerstag in das ZK-Gebäude geladen, um von Seiten des Abteilungsleiters Geggel sehr konkrete und präzise Vorgaben zur Berichterstattung in Empfang zu nehmen. Dort wurde festgelegt, welche Themen innerhalb der folgenden Woche zentraler Punkt in der Berichterstattung zu sein hatten¹⁹⁹. Ein Teilnehmer dieser Runden, der 1984 in den Westen geflüchtete Franz Loeser, bezeichnete diese Treffen als herabwürdigend für die Chefredakteure, die dennoch – aus Sorge um ihren Posten – diese Behandlung nie kritisiert hätten²⁰⁰. Auch Günter Schabowski, vor seiner Tätigkeit als Berliner SED-Sekretär Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, beschrieb diese Runden als reinen Befehlsempfang ohne Widerspruch²⁰¹.

Über die Runden hinaus wurden oft auch sehr konkrete Anweisungen für bestimmte Blätter – oft erst kurz vor Redaktionsschluss – gegeben, damit ein bestimmtes Ereignis auch im für die SED richtigen Licht dargestellt wurde. Die Aktuelle Kamera wurde z.T. unmittelbar vor der Sendung mit direkt von Herrmann oder Honecker geschriebenen Meldungen oder Kommentaren versorgt, wenn diese der Ansicht waren, damit noch auf eine im Westfernsehen gesendete Meldung reagieren zu können²⁰².

Neben dieser Einflussnahme auf die Medien spielten aber auch noch zwei andere Tatsachen eine wichtige Rolle. Zum einen waren die meisten Journalisten Parteimitglieder, was die Wahrscheinlichkeit eines eigenständigen, journalistischen Selbstverständnisses zumindest einschränkte. Gerade bei der Aktuelle Kamera, die im weiteren Verlauf des Kapitels noch näher betrachtet werden soll, lag der Anteil der SED-Parteimitglieder unter den Redakteuren bei 95%. Zum anderen mussten alle Journalisten, bevor sie überhaupt eine Ausbildung in diese Richtung beginnen konnten, bestimmte Voraussetzungen erfüllen. So wurden neben einer guten Allgemeinbildung und respektablen Zeugnissen auch „erste Grundkenntnisse der Weltanschauung der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus“, „gute Kenntnisse der Beschlüsse von Partei und Regierung“ sowie das Abzeichen für „gutes Wissen“, einer Auszeichnung der FDJ, welche die erfolgreiche Absolvierung einer politisch-ideologischen Weiterbildungsreihe bedurfte, von den Bewerbern verlangt²⁰³. Diese vorausgesetzte Indoktrination wurde auf der hauptsächlich

¹⁹⁷ Holzweißig 1990, S. 366.

¹⁹⁸ Holzweißig, Gunter: Massenmedien in der DDR2. völlig überarbeitete Aufl., Berlin 1989, S. 15.

¹⁹⁹ Schabowski, Günter: Der Absturz, Berlin 1991, S. 91/92; Holzweißig, Gunter: Zensur ohne Zensor. Die SED- Informationsdiktatur, Bonn 1997, S. 20.

²⁰⁰ Loeser, Franz: Die unglaubliche Gesellschaft. Quo vadis, DDR, Köln 1984, S. 71/72.

²⁰¹ Schabowski 1991, S. 91/92.

²⁰² Ludes 1990, S. 22. Ludes gibt jedoch kein konkretes Beispiel an; grundsätzlich zur Involvierung Honeckers in die Zensur: Holzweißig 1997, S. 60.

²⁰³ Hoff 1990, S. 390.

dafür zuständigen Journalistenhochschule in Leipzig noch einmal verstärkt. Wichtiger für eine gute Stelle nach dem Studium waren weniger die Fachkenntnisse, als die Kenntnisse im Marxismus/Leninismus²⁰⁴.

Es ist zu vermuten, dass die meisten derjenigen, die diese Voraussetzungen erfüllten, entweder sehr loyal zur Partei standen oder zumindest so konform waren, dass von ihnen kein engagierter Journalismus zu erwarten war. Formulierungen, wie die nachfolgend zitierte aus dem „Journalistischen Handbuch der DDR“, dürften dies noch bestärkt haben: „Um dem Leser ein richtiges Bild von der objektiven Wirklichkeit in ihren Zusammenhängen zu vermitteln, wird die Auswahl der zu veröffentlichten Nachrichten, ihre Platzierung, die Zusammenstellung der einzelnen Fakten innerhalb einer Nachricht sowie die Wortwahl und Überschriftengestaltung parteilich vorgenommen“²⁰⁵. Ein Journalist, der die „objektive Wirklichkeit“ *parteilich* schildern musste, konnte nur noch ein Erfüllungsgehilfe des Systems sein. Wenn es doch einmal die Möglichkeit zu selbständiger journalistischer Arbeit gab, spielte die Selbstzensur eine gewichtige Rolle, zumal besonders systemfreundliche Berichte z.B. von Parteitagungen mit attraktiven Prämien belohnt wurden, wohingegen nur kleinste propagandistische Patzer mit Verweisen geahndet wurden²⁰⁶. Vor diesem Hintergrund ist auch die Berichterstattung des DDR-Fernsehens über die Ereignisse des Jahres 1989 zu betrachten.

Die zentrale Informationsübermittlung im ostdeutschen Fernsehen fand über die *Aktuelle Kamera* statt. Sie war, ähnlich wie das *Neue Deutschland* im Printbereich, das mediale Flaggschiff des SED-Propaganda²⁰⁷. Die Hauptausgabe der Nachrichtensendung, die von 1957 an täglich um 19.30 Uhr sendete, hatte seit 1972 eine Länge von insgesamt 30 Minuten. Damit lag sie zeitlich genau zwischen den beiden wichtigen Nachrichtensendungen in der Bundesrepublik, *heute* (ZDF, 19 Uhr) und *Tagesschau* (ARD, 20 Uhr). Es war so für jeden DDR-Bürger, der ARD und ZDF empfangen konnte, theoretisch möglich, alle Sendungen inklusive ihres Inhalts zu vergleichen.

Die Sendung war geprägt durch sehr ausführliche Berichte apologetischen Charakters, parteilich und prinzipiell das System verherrlichend, und einen technokratischen Sprachstil, wie er symptomatisch war für das sozialistische Vokabular war. Die Titel von Amtsträgern wurden immer in voller Länge vorgetragen, was wegen der kommunikativen Sperrigkeit für viele DDR-Bürger ein Grund zum um- oder abschalten

²⁰⁴ Grubitzsch, Jürgen: Traditionen, Altlasten und Neuansätze der Leipziger Journalistenausbildung, in: Rundfunk u. Fernsehen 3/1990, S. 402.

²⁰⁵ Zit. n. Holzweißig 1989, S. 14.

²⁰⁶ Holzweißig 1997, S. 134; Ludes 1990, S. 17.

²⁰⁷ Ludes 1990, S. 9.

kommunikativen Sperrigkeit für viele DDR-Bürger ein Grund zum um- oder abschalten war²⁰⁸.

Zusätzlich geprägt war die Aktuelle Kamera durch Meldungen, die sich mit Berichten im Westfernsehen auseinandersetzen und de facto eine Art Gegendarstellung beinhalten. Besonders auffällig war hierbei, dass dabei oft die Thematik oder die Meldung, der man widersprach, inhaltlich nicht wiedergegeben wurde und damit vorausgesetzt und erwartet wurde, dass alle Zuschauer die betreffende Sendung im Westfernsehen mitverfolgt hatten²⁰⁹.

Zusammen mit dem Verschweigen und Verfälschen bestimmter Ereignisse war diese Vorgehensweise auch für die Monate Januar bis Oktober des Jahres 1989 in den DDR-Medien tonangebend.

Nachdem im Januar die systemkritische Rosa-Luxemburg-Demonstration in Leipzig von den Medien weitgehend ignoriert wurde, wurden bei den Kommunalwahlen am 7. Mai den Zuschauern des DDR-Fernsehens die gefälschten Ergebnisse präsentiert, wohlwissend, dass es ernstzunehmende Kritik am Ergebnis gab. Egon Krenz übernahm es als Wahlleiter, das zumindest für kritische Menschen unglaubwürdige Ergebnis dem Fernsehpublikum am späten Wahlabend zu verlesen²¹⁰. Die Wahlen wurden dieses Mal jedoch viel stärker als 1986 von Anhängern oppositioneller Gruppen überwacht und waren schon am Wahltag selber von vereinzelt Protesten begleitet²¹¹. Die Kontrolle der Wahlen, die in den einzelnen Städten z.T. so gut organisiert waren, dass die oppositionellen Kontrolleure sogar Formulare für den Eintrag der im Wahllokal ausgezählten Stimmenverteilung benutzten, fand jedoch in den DDR-Medien kein Echo.

Ein weiteres Ereignis, das die Reformunwilligkeit des SED-Regimes deutlich unterstrich, waren die den Medien zu entnehmenden Stellungnahmen der Staatsführung zur gewaltsamen Auflösung der Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking. Dort wurden die wochenlangen Proteste mit der Forderung nach Erneuerung des politischen Systems mit militärischer Gewalt blutig niedergeschlagen. Der SED-Staat kommentierte dies im *Neuen Deutschland* mit der Schlagzeile: „Konterrevolutionärer Aufruhr in China wurde durch Volksbefreiungsarmee niedergeschlagen“²¹². Dies sollte ein deutliches Zeichen an die immer offensiver agierenden Initiativen im Land

²⁰⁸ Ludes 1990, S. 22/23.

²⁰⁹ Hanke, Helmut: Das „deutsche Fernsehen“ – doch kein Null-Medium?, in: BFF Bd. 40 (1990), S. 7-23, hier: S. 10; Holzweißig 1989, S. 67.

²¹⁰ Schabowski 1991, S. 169.

²¹¹ MfS, ZAIG, Nr. 229/89: Information über beachtenswerte Ergebnisse der Sicherung der Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, in: Mitter/Wolle 1990, S. 34-39. Hier sind alle Protestaktionen aufgeführt, die der Staatssicherheit bekannt geworden waren.

sein, die dieses Zeichen auch so verstanden²¹³. Gleichwohl ließen sie sich nicht einschüchtern: Vielmehr nahmen sie die in ihren Augen zynischen Kommentare zum Anlass, weitere Proteste in Form von kirchlichen Solidaritätsveranstaltungen zu organisieren, dies sich ausdrücklich mit der Ereignissen in China und den SED-Reaktionen darauf beschäftigten²¹⁴.

Diese drei Vorkommnisse bilden rückblickend betrachtet jedoch lediglich den Auftakt und den Nährboden der Ereignisse des Wendejahres 1989. Oppositionelle Bestrebungen hatte es, wie in anderen Kapiteln schon gezeigt, auch in den Jahren zuvor gegeben. In diesem Jahr kam allerdings ein historisches Ereignis hinzu, dass die Unzufriedenheit und den damit einhergehenden Loyalitätsverfall verstärkte.

Am 2. Mai begann Ungarn mit dem Abbau der Grenzanlagen. Es wurden zunächst nur an einigen Stellen Vorrichtungen abgebaut, die vorher das Überwinden der Grenze erschweren sollten. Insgesamt handelte es sich dabei eher um eine symbolische Aktion der ungarischen Regierung, um dem Westen zu zeigen, dass man die Reformpolitik konsequent weiterführen wollte²¹⁵. Auch im Politbüro der SED erwartete man zu diesem Zeitpunkt nicht, dass dieses weitreichendere Folgen haben könnte²¹⁶. Dennoch sahen im Laufe des Sommers immer mehr Menschen in dem vermeintlichen Schlupfloch an der ungarischen Grenze eine Möglichkeit, in den Westen zu flüchten. Die Grenzöffnung im Mai war jedoch tatsächlich mehr symbolischer Art, als dass dort ein Durchkommen ohne weiteres möglich gewesen wäre. Diese nicht erwartete Schwierigkeit führte im Zusammenhang mit der die Situation verstärkenden Tatsache, dass durch den Beginn der Sommerferien hundert Tausende DDR-Bürger in das Urlaubsland Ungarn aufbrachen und damit auch eine große Anzahl Fluchtwilliger mitfuhr, zur Besetzung der bundesdeutschen Botschaft in Budapest²¹⁷. Denn die DDR-Bürger, die mit einem Fluchtversuch an der ungarisch-österreichische Grenze gescheitert waren, sahen dies als einzige Möglichkeit, ihr Verlangen doch noch durchzusetzen. Für viele, die an der Grenze von ungarischen Grenzern gestellt wurden und deren Reisepass mit einem Vermerk versehen wurde, der auf den Fluchtversuch hinwies, gab es zudem keine Alternative, wollte man sich nicht der Gefahr einer Bestrafung nach der Rückkehr in die DDR

²¹² *Neues Deutschland* vom 5.6.1989, zit. n. Timmer, S. 110.

²¹³ *Gutzeit* 1997, S. 187.

²¹⁴ Zu oppositionellen Aktionen: MfS, ZAIG, Nr. 321/89, in: Mitter/Wolle 1990, S. 79-81; mehr dazu in Kap. IV.1.

²¹⁵ Timmer 1999, S. 100.

²¹⁶ Hertle, Hans-Hermann: *Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstaflösung des SED-Staates*, Opladen 1996, S. 93; Schabowski 1991, S. 221/222.

²¹⁷ Timmer 1999, S. 104.

aussetzen²¹⁸. Im DDR-Fernsehen und in den Massenmedien waren diese z.T. dramatischen Vorkommnisse jedoch bis Anfang August kein Thema. Diese Vorgehensweise war vor allem Honeckers Anliegen. Er sagte dazu in einer Politbürositzung: „Das Leben hat so viele Unzulänglichkeiten, die muß man nicht noch in der Presse popularisieren“²¹⁹.

Erst am 6.8.1989 wurde in der *Aktuellen Kamera* mit einer kleinen Meldung das Thema aufgegriffen. Unter dem Titel „Nur Angelegenheit der DDR“ wurde mit der schon beschriebenen Methode der Auseinandersetzung mit Berichten der Westmedien erklärt:

„Wie westliche Medien, Politiker und Dienststellen der BRD verbreiten, besuchen einige DDR-Bürger Botschaften der BRD im Ausland beziehungsweise die Ständige Vertretung der BRD in der DDR, um dort persönliche Angelegenheiten vorzubringen. Nach dem Völkerrecht haben Vertretungen der BRD keinerlei Rechte und Obhutspflichten gegenüber Bürgern der DDR. Für ihre Angelegenheiten ist einzig und allein die DDR zuständig, vor deren Gesetzen alle Bürger gleich sind. Außergewöhnliche Behandlung einzelner durch den Besuch der Botschaften anderer Länder ist nicht erreichbar.“²²⁰

Diese drei Sätze waren die erste offizielle und öffentliche Verlautbarung der DDR-Führung zu der wachsenden Anzahl von Botschaftsbesetzern in Budapest, aber auch in Ost-Berlin und Warschau. Ohne Hintergrundkenntnisse wäre nur schwer zu verstehen gewesen, zu welchem Thema diese Meldung Stellung nimmt. Der Ausreisewunsch wurde hier lediglich als „persönliche Angelegenheiten“ bezeichnet, die durch die Botschaftsbesetzer angestrebte Ausreise als „außergewöhnliche Behandlung“ verklausuliert. Dennoch wussten die DDR-Bürger diesen Code zu verstehen, zumal sie über das Westfernsehen über das notwendige Hintergrundwissen verfügten²²¹. Schwerpunkt dieses Berichtes war also nicht der Wunsch, über die Botschaftsbesetzungen zu informieren, sondern die Souveränität der DDR hervorzuheben und gleichzeitig allen Bürgern, die ebenfalls überlegten, diesen Weg zur Ausreise zu nutzen, darauf hinzuweisen, dass die DDR-Regierung diese Erpressungsversuche ignorieren wird.

Zwei Tage später wurde das Thema in der *Aktuellen Kamera* noch einmal ausführlicher aufgerollt. Wieder handelte es sich dabei um eine allgemeine Replik auf die Berichterstattung der westlichen Medien. Der Nachrichtensprecher kündigte den kommentierenden Bericht des Bonner Korrespondenten der *Aktuellen Kamera* Olaf Dietze mit dem

²¹⁸ Timmer 1999, S. 102/103.

²¹⁹ Schnibben, Cordt: „Ich bin das Volk“. Wie Erich Honecker und sein Politbüro die Konterrevolution erlebten, in: *Der Spiegel* v. 16.4.1990, S. 90.

²²⁰ *Aktuelle Kamera* vom 6.9.1989, gleichlautend: *Neues Deutschland* vom 7.8.1989.

²²¹ Anm.: Was aufgrund des analytisch bedingten systematischen Aufbaus in Kap. IV.1. zu zeigen sein wird.

Titel „Was steckt hinter der Frontberichterstattung?“ an²²². Dieser fragte sich und das Fernsehpublikum, was die „hysterische Kampagne der Massenmedien mit einigen Leuten soll, die auf dem Umweg über ausländische Vertretungen der BRD die DDR verlassen wollen“. Zwar wurde die Problematik damit zum ersten Mal beim Namen genannt, jedoch nur, um sie gleich wieder zu relativieren. Dietze versuchte die Zahlen der Besetzer der diplomatischen Vertretungen in Ost-Berlin und Budapest (nach seinen Angaben 131 und 158 Menschen) mit den Millionen von DDR-Bürgern zu vergleichen, die nach Ungarn reisen, ohne einen Fluchtwunsch zu hegen und mit den drei Millionen Menschen, die ganz legal in den ersten sieben Monaten des Jahres besuchsweise in die Bundesrepublik reisen durften. Den Westmedien warf er vor mit der „Hysterie“, einem „Anheizen der Atmosphäre“ und einer „Art Frontberichterstattung“ Stimmung machen zu wollen, hinter denen sich nationalistische Machenschaften verbergen würden. Außerdem versuchten Politik und Medien („die rechten, ultrakonservativen Politiker und die in ihren Diensten stehenden Journalisten“) der BRD mit dieser „DDR-feindlichen Kampagne“ von den Problemen im eigenen Land wie der Arbeitslosigkeit und dem „Problem mit den Asylanten“ abzulenken – eine vom DDR-Fernsehen oft benutzte Argumentationsform, wenn man sich vom Westen angegriffen fühlte. Die damit unterstellte und mehrmals durch andere Formulierungen verstärkte Behauptung, die westlichen Medien seinen Handlanger der Politik, musste den Zuschauern angesichts der ihnen bekannten und oben beschriebenen Verquickung von Partei und Journalismus in der DDR wie Hohn vorkommen.

Ein weiterer Bericht, der den Unmut des systemkritischen Teils der DDR-Bevölkerung hervorgerufen haben dürfte, wurde am 13.8.1989 gesendet. Zum 28. Jahrestag des Mauerbaus wurde diese in den Augen der DDR heikle Thematik zwar nicht verschwiegen. Aber die Redakteure der *Aktuellen Kamera* machten daraus einen propagandistischen Rückblick: Die Mauer sei der „zuverlässige Schutz und die Sicherung der Staatsgrenze“ berichtete dort ein Sprecher aus dem off zu historischen Filmausschnitten vom Mauerbau. Nicht die erschossenen und verwundeten Flüchtlinge wurden erwähnt, sondern die Grenzsoldaten, die in Ausübung ihres Berufes „Opfer von Anschlägen und Provokationen des Imperialismus gegen die Staatsgrenze der DDR“ wurden, d.h. meist von Menschen, die Fluchtversuche unternahmen, getötet wurden²²³. Zudem wurde in Bezug auf die einige Monate alte Bemerkung von Erich Honecker, die Mauer stehe noch „100 Jahre“, dargelegt, dass sie so lange bleiben würde, „wie die Bedingungen nicht geändert

²²² *Aktuelle Kamera* vom 9.8.1989 (19.30 Uhr)

werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben“²²⁴. Die DDR-Bürger wurden in diesen kritischen Tagen folglich noch einmal ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass von Seiten der SED keinerlei Reformen zu erwarten waren. Diese und andere Berichte dürften die Frustration und den Loyalitätsverfall nur noch verstärkt haben.

Die folgenden Tage waren von den durch die Situation in der Budapester Botschaft hervorgerufenen diplomatischen Spannungen zwischen beiden deutschen Staaten geprägt. In der *Aktuellen Kamera* wurde wiederholt die Ansicht der DDR-Regierung referiert, dass die BRD sich nicht in die Angelegenheiten der DDR einmischen solle²²⁵. Darüber hinaus informierte die *Aktuelle Kamera* darüber, dass denjenigen DDR-Bürgern, welche die Botschaft verlassen würden, keine Bestrafung drohen würde.

Am 24.8. wurde nochmals mit einem minutenlangen Kommentar die Botschaftsflüchtlingsfrage als Medienkampagne der Westmedien gebrandmarkt. Auf einzelne Fluchtaktionen ging das DDR-Fernsehen jedoch nicht ein. Selbst das paneuropäische Picknick, eine Veranstaltung der Paneuropäischen Union, bei dem für einen Tag an einer Stelle die österreichisch-ungarische Grenze geöffnet wurde und bei dem 600 DDR-Bürger ohne Kontrolle nach Österreich fliehen konnten, wurde verschwiegen.

Derweilen spitzte sich die Lage in der Budapester Botschaft zu, was eine rege Reisediplomatie zur Folge hatte. Der Blitzbesuch des ungarischen Außenministers Horn am 31. August in der DDR wurde von der *Aktuellen Kamera* als einträchtiges Treffen beschrieben, in dem beide Seiten geäußert hätten, allein die Bundesrepublik sei für die eingetretenen Komplikationen durch die Botschaftsbesetzungen verantwortlich. Die Tatsache, dass sich die Bundesrepublik und Ungarn schon auf die Modalitäten zur Ausreise geeinigt hatten, wurde aber in den DDR-Medien bewusst übergangen.

Aufschlussreich musste in diesen Tagen für die Bevölkerung in der DDR und besonders die Oppositionellen jedoch die Meldung der *Aktuellen Kamera* gewesen sein, dass in Polen Staatschef Jaruzelski den Oppositionellen und Solidarnosc-Aktivisten Mazowiecki als Ministerpräsident vorgeschlagen hatte. Damit wurden in Polen die Reformschritte unternommen, die in der DDR abgewehrt wurden. Dennoch berichtete das DDR-Fernsehen in diesem Fall relativ objektiv, wenngleich es direkt im Anschluss die große Bedeutung der kommunistischen Partei für Polens Weiterentwicklung herausstellte²²⁶.

Am 10. September entschärfte durch eine weitreichende Entscheidung der ungarischen Regierung die eskalierende Situation in der Budapester Botschaft und in den Flücht-

²²³ *Aktuelle Kamera* vom 13.8.1989 (19.30).

²²⁴ *Aktuelle Kamera* vom 13.8.1989 (19.30)

²²⁵ Z.B. am 14. und 16.8.1989 in der *Aktuellen Kamera* (19.30 Uhr).

lingslagern um sie herum auf einen Schlag. Außenminister Horn gab im ungarischen Fernsehen die Öffnung der eigenen Grenze für DDR-Bürger bekannt. Alle im Land befindlichen DDR-Bürger, die dies wünschten, konnten ohne weitere Formalitäten über Österreich in die Bundesrepublik ausreisen. Die DDR-Führung wurde darüber vorab informiert, konnte diese in ihren Augen gegen die gemeinsamen Vereinbarungen der Grenzsicherung verstoßende Entscheidung aber nicht verhindern. Zwar wurde in der Sitzung des Politbüros zwei Wochen vorher angesichts dieser Lage das erste Mal ausführlicher auf den mit der Fluchtwelle einhergehenden Loyalitätsverfall selbst unter Parteimitgliedern eingegangen, jedoch wurden keine Konsequenzen in der Art gezogen, dass man Reformen erwog. Obwohl von einigen Politbüromitgliedern ein offenerer Umgang mit den Problemen innerhalb der DDR vorgeschlagen wurde, konnte Günther Mittag, der den erkrankten Honecker als Sitzungsleiter vertrat, die Sitzung – offensichtlich ohne Widerspruch - mit den Worten „Wir lassen und die Diskussion (von den Westmedien, d. V.) nicht aufzwingen“ beenden²²⁷. Selbst zu diesem die Souveränität ganz offensichtlich gefährdenden Zeitpunkt zog es die Führungsriege vor, die gewohnten Feindbilder zu bemühen und die Ereignisse nur als eine Folge der Angriffe des „Imperialismus in der BRD“ (Schabowski) anzusehen²²⁸.

Insofern war die Beibehaltung der seit dem 7.8. eingeschlagenen Vorgehensweise konsequent. In der Sendung vom 4.9. beispielsweise verlas die Sprecherin der Aktuellen Kamera eine Erklärung eines Sprechers des DDR-Außenministeriums, in der sich dieser über die „zügellose Hetzkampagne“ der westlichen Medien in Bezug auf die Fluchtbewegung beschwerte²²⁹. Die Erklärung wurde so präsentiert, dass erst nach etlichen Sätzen klar wurde, dass es sich nicht um eine Meinung der Redaktion oder gar um eine reine Nachricht handelte. Wiederum wurde dem Westen vorgeworfen, den Sozialismus angreifen zu wollen, und die Westmedien wurden nicht nur beschuldigt, Anleitungen zum Grenzübertritt zu geben, sondern die Grenzübertritte von DDR-Bürgern sogar organisiert und inszeniert zu haben²³⁰. Diese Vorwürfe zeigten, dass sich der Ton zunehmend verschärfte. Der Bürger der DDR, der sich nur aus den eigenen Medien informierte, musste denken, dass ein Großangriff des Imperialismus auf die DDR stattfände, dem man bekämpfen müsse. Eine Meinungsäußerung seitens der Regierung, weshalb so vie-

²²⁶ *Aktuelle Kamera* vom 19.8.1989 (19.30 Uhr).

²²⁷ Verlauf der Sitzung des SED-Politbüros am 29. August 1989 (Mitschrift des ZK-Abteilungsleiters für Sicherheitsfragen, Wolfgang Herger), in: Stephan, Gert-Rüdiger (Hg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 96-106, hier: S. 107.

²²⁸ Verlauf der Sitzung des SED-Politbüros am 29. August 1989 (Mitschrift des ZK-Abteilungsleiters für Sicherheitsfragen, Wolfgang Herger), in: Stephan 1994, S. 99.

²²⁹ *Aktuelle Kamera* vom 4.9.1989 (19.30 Uhr).

le alles in der DDR hinter sich ließen und unter größten Strapazen das Land verließen, und wie man sie dazu bringen könne, dazubleiben, wurde ihm nicht präsentiert. Lediglich eine rechtsstaatliche Prüfung eines Ausreisewunsches nach offizieller Beantragung wurde potentiellen Flüchtlingen angeboten, sowie denjenigen, deren Flucht gescheitert war, bei Rückkehr in die DDR Straffreiheit zugesagt. Selbst wenn diese Zusage ernst gemeint war und damit schon eine Abweichung von der bisherigen Linie der generellen Bestrafung für Republikflüchtlinge zu erkennen war, genügte dies offensichtlich nicht, den Lauf der Dinge noch zu beeinflussen.

In den Tagen bis zum 10.9. waren die Botschaftsflüchtlinge weiterhin Thema der DDR-Nachrichten, zumal die west- wie ostdeutsche Öffentlichkeit von der bevorstehenden Öffnung der ungarischen Grenze noch nichts konkretes wusste. Im Mittelpunkt der Ausgaben der *Aktuellen Kamera* vom 7. und 8.9.1989 stand vor allem die Situation der Flüchtlinge in der ständigen Vertretung der BRD in Ostberlin. Dort konnte die Aktuelle Kamera eine in den Augen der SED-Führung positive Meldung vortragen. Vertreter der Bundesrepublik und der DDR hatten alle Botschaftsbesetzer dazu überreden können, die Vertretung zu verlassen. Sprecher der Bundesregierung und der DDR-Führung betonten zudem, dass den Flüchtlingen keine Zusagen gemacht wurden²³¹. Der Zuschauer des DDR-Fernsehens, der sich ausschließlich auf das staatseigene Fernsehen verließ, musste folglich annehmen, die Lage würde sich entspannen und der Druck auf das Politbüro damit abnehmen. Die DDR-Regierung bemühte sich am gleichen Tage, diese Vorgehensweise auch in Gesprächen mit der ungarischen Regierung für die Botschaft in Budapest vorzuschlagen, um der gegenüber der angekündigten Grenzöffnung eine Alternative bieten zu können. Der damit beauftragte Botschafter der DDR in Ungarn, Gerd Vehrens, konnte die ungarischen Regierungsvertreter jedoch nicht in ihrer Entscheidung umstimmen²³².

Am 10.9.1989, der Tag der Gründung des „Neuen Forum“, informierte die *Aktuelle Kamera* über die Massendemonstration von angeblich 200000 Menschen in Ostberlin. Die Sprecherin berichteten zu den Bildern der „antifaschistischen“ Demonstration: „200000 bekennen sich zu ihrem sozialistischen Staat, zur Politik der Partei der Arbeiterklasse“²³³.

Die um 19 Uhr – also eine halbe Stunde vor Beginn der *Aktuellen Kamera* von diesem Tag – im ungarischen Fernsehen verkündete Grenzöffnung wurde jedoch nicht themati-

²³⁰ *Aktuelle Kamera* vom 4.9.1989 (19.30 Uhr).

²³¹ *Aktuelle Kamera* vom 8.9.1989; *Tagesschau* vom 8.9.1989;

²³² S. Fernschreiben von Vehres vom 8.9. bis 10.9.1989 in: Stephan, S. 134-142.

siert. Trotz der Kenntnis des genauen Termins der Verkündung dieses für die DDR-Souveränität einschneidenden Ereignisses reagiert die Staatsführung und mit ihr die *Aktuelle Kamera* erst am Folgetag. Olaf Dietze berichtet unter dem von der Sprecherin als Einleitung verwendeten Titel „Die illegale Nacht- und Nebelaktion zur Abwerbung in Ungarn befindlicher DDR-Bürger ist generalstabsmäßig vorbereitet worden“, dass die westdeutschen Behörden „Einsatzpläne“ für diesen „Tag X“ vorbereitet hätten. Zusätzlich hätte man, „um die schwere Provokation gegen die DDR auch öffentlich hochzuputzen, ganze Bataillone westlicher Reporter und Kameras“ zur Grenze geleitet. Dieses – im übrigen im ganzen Kommentar verwendete – Kriegsvokabular stellte eine neue Qualität in der öffentlichen Behandlung der BRD in den Medien der DDR dar²³⁴. Es war sachlich tatsächlich nicht falsch, dass die westdeutsche Regierung von der Grenzöffnung Tage zuvor bei einem für die Medien überraschenden Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Németh und seines Außenministers Horn unterrichtet wurde²³⁵. Die Geheimhaltung dieser Tatsache war jedoch zwischen allen drei beteiligten Staaten ausdrücklich vereinbart worden, um die Situation nicht zu verkomplizieren²³⁶. Auch finanzielle Zusagen, die Dietze (bzw. die Staatsführung) bei der Vereinbarung vermutete, trafen zu. Jedoch wurden die Flüchtlinge nicht freigekauft – erst recht nicht mit den im Politbüro kolportierten 3 Milliarden DM²³⁷. Vielmehr sagte die Bundesregierung den Ungarn einen Kredit von 500 Millionen DM zu und versprach, sich für die Aufnahme Ungarns in die Europäische Gemeinschaft einzusetzen²³⁸. Die nochmals verschärfte Form der Angriffe gegen die BRD führte dem Zuschauer in der DDR zum einen abermals die Reformverweigerung der Parteispitze vor, gleichzeitig offenbarte es jedoch eine gewisse Hilflosigkeit der Regierung. Sie hatte keine Konzepte, die die Flüchtlinge zum Dableiben bewegte, und der sozialistische Bruderbund hatte sich de facto aufgelöst und stellte die DDR bloß²³⁹.

In den Folgetagen begannen die ersten Propagandaberichte zu den Feierlichkeiten des 40. Jahrestages der Gründung der DDR. Berichte aus Betrieben, in denen die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft der DDR hervorgehoben wurden, bildeten darin eine großen

²³³ *Aktuelle Kamera* vom 10.9.1989 (19.30)

²³⁴ *Aktuelle Kamera* vom 11.9.1989; s.a. „Konzertierte Aktion zwischen Bundesregierung und Medien“ im *Neuen Deutschland* vom 19.9.1989

²³⁵ Horn, Gyula: Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete, Hamburg 1991, S. 314/315; *Tagesschau* vom 25.8.1989 (20 Uhr); *Gutzeit* 1997, S. 188.

²³⁶ Timmer 1999, S. 107.

²³⁷ Verlauf der Sitzung des SED-Politbüros am 29. August 1989, S. 97.

²³⁸ Timmer 1999, S. 107.

²³⁹ Staritz 1996, S. 355.

Schwerpunkt²⁴⁰. Darüber hinaus wurde der „Menschenhandel“ Ungarns mit der Bundesrepublik in mehreren Varianten kritisiert. Die auffälligste darunter war die Berichterstattung über die Kommentare in der sowjetischen Parteizeitung Prawda, in denen die bundesdeutsche Regierung scharf angegriffen wurde²⁴¹. Es wurde dadurch ganz offensichtlich, dass man dem eigenen Drohpotential misstraute und doch noch auf den großen sozialistischen Bruder hoffte. Man erwartete, dass diese Stellungnahmen die bundesdeutsche Regierung mehr beeindrucken würden und zudem den eigenen Staatsbürgern deutlich machen könnten, dass die Sowjetunion weiterhin an der Seite der SED stehe²⁴².

Das nächste folgenreiche Ereignis, das bezüglich der medialen Reflexion beleuchtet werden soll, war die Lösung des Problems der von DDR-Bürgern überfüllten Botschaft der Bundesrepublik in Prag. Die DDR hatte seit der Öffnung der ungarischen Grenze zum einen die Ausreise in Richtung Ungarn erschwert, zum anderen verhinderte die Grenzpolizei der CSSR - eines der wenigen Länder des Ostblocks, die noch unverbrüchlich zur DDR stand - den Übertritt vieler DDR-Bürger nach Ungarn. Dadurch sahen immer mehr DDR-Bürger, die ihr Land verlassen wollten, die Botschaft in Prag als letzte Möglichkeit zur Flucht.

In der *Aktuellen Kamera* wurde auf die Situation in der Botschaft nicht konkret eingegangen, sondern nur von DDR-Bürgern gesprochen, die sich „rechtswidrig“ in diplomatischen Vertretungen aufhalten. Am 29.9.1989 hatte das Politbüro beschlossen, den Menschen, die sich in den Botschaften der BRD im Polen und der CSSR aufhielten, ab dem 1. Oktober die Ausreise mit Zügen der Reichsbahn über das Staatsgebiet der DDR zu erlauben. Mit dieser Maßnahme bekam man die Möglichkeit eröffnet, propagandistisch von einer Ausweisung von Bürgern zu sprechen. Das Politbüro beauftragte das Mitglied Joachim Herrmann dementsprechend und die Kontrolle der Medien seitens der Partei noch einmal verdeutlichend: „[...] 5. Über diesen humanitären Akt der Regierung der DDR ist ein Kommentar in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen zu veröffentlichen. Verantwortlich: Genosse J. Herrmann“²⁴³.

Am 1. Oktober wurde daher in der *Aktuellen Kamera* zunächst vom Sprecher der humanitäre Charakter der Entscheidung betont. Im Anschluss an die Meldung sprach Olaf Dietze zu diesem Thema einen Kommentar, der im Nachhinein von vielen als Höhe-

²⁴⁰ Z.B. *Aktuelle Kamera* vom 16.9.1989.

²⁴¹ So z.B. in den Ausgaben der *Aktuellen Kamera* vom 16.9.1989, 22.9.1989 und 23.9.1989.

²⁴² Verlauf der Sitzung des SED-Politbüros am 29. August 1989, in: Stephan 1994, S. 123.

²⁴³ Protokoll der Sitzung des SED-Politbüros vom 29. September 1989, Protokoll Nr. 39, in: Stephan 1994, S. 154/155.

punkt der staatlichen Ignoranz gegenüber den sich dramatisierenden Verhältnissen im Land bewertet wurde und bis in die Partei hinein die Handlungsunfähigkeit der Regierung unterstrich²⁴⁴. Unter dem Titel „Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt“ sprach Dietze bezüglich der Flüchtlinge den oft zitierten Satz, den Honecker eigenhändig in diesen Kommentar eingefügt hatte: „Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen“²⁴⁵.

Die Fluchtwelle, die im Oktober trotz weiterer Einschränkungen der Reisemöglichkeiten in mittlerweile alle sozialistische Länder weiterlief, war das „kritische Ereignis“, dass „zuvor latente in nunmehr manifeste gesellschaftliche Krisen umschlagen ließ“²⁴⁶. Nach Pierre Bourdieu sind dafür die „elementare Gemeinsamkeit kollektiver Gefühlslagen“ und die „Synchronisierung der latenten Krisen der einzelnen Felder“ wie die Kritik an der Versorgungslage, an der mangelnden Reformbereitschaft der politischen Führung und den Einschränkungen der allgemeinen Reisefreiheit notwendig²⁴⁷. Dieses kritische Ereignis führte zur Erstarkung einer schon existenten, aber relativ marginalen Opposition. Es entstand ein „kollektiver Akteur“ (Raschke), der immer mehr Unzufriedene um sich scharen konnte („Mobilisierung“). Dazu benötigten die verschiedenen oppositionellen Gruppen, wie eingangs beschrieben, die Medien.

Die Berichterstattung der DDR lässt erahnen, dass *sie* nicht der Teil der zur Verfügung stehenden Medienlandschaft war, den die Opposition bei der Mobilisierung instrumentalisieren konnte. Bis Ende September wurde die Opposition in der *Aktuellen Kamera* nicht einmal thematisiert. Erst am 21.9. wurde darüber berichtet, dass ein Antrag des Neuen Forums auf Zulassung nicht akzeptiert wurde, da die Gründung einer solchen Vereinigung „verfassungswidrig“ und „staatsfeindlich“ sei²⁴⁸. Wieder wurde in der *Aktuellen Kamera* vorausgesetzt, dass man die Information, dass eine Gruppe namens „Neues Forum“ einen Antrag auf Zulassung gestellt hatte, aus einer anderen Quelle entnommen hatte, denn von der Beantragung selber meldete die Aktuelle Kamera Tage zuvor nichts.

Am Rande der Jubiläumsberichterstattung wurde – als letzte Meldung – am 8. Oktober auch das erste Mal von Demonstrationen berichtet. Unter dem propagandistisch verzerrten Titel im Hintergrund der Sprecherin „Störung der Volksfeste“ wurde von einer nicht genannten Anzahl von „Randalierern“ gesprochen, die im „Zusammenspiel mit westli-

²⁴⁴ Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997, S. 829.

²⁴⁵ *Aktuelle Kamera* vom 1.10.1989; zur Rolle Honeckers dabei s. Schabowski 1991, S. 235/236.

²⁴⁶ Timmer 1999, S. 83.

²⁴⁷ Bourdieu, Pierre: *Homo academicus*, Frankfurt/M. 1988, S. 278 u. 274.

²⁴⁸ *Aktuelle Kamera* vom 21.9.1989 (19.30 Uhr).

chen Medien“ auf dem Alexanderplatz in Ostberlin agiert hätten, um die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR zu stören. Lediglich der Hinweis, dass „republikfeindliche Parolen“ gerufen wurden, ließ auf einen politischen Hintergrund schließen, eine Erläuterung etwaig geäußelter Forderungen gab es jedoch nicht²⁴⁹. Tatsächlich fand eine Demonstration statt, die, wie schon an jedem 7. des Monats seit den Kommunalwahlen zuvor, den Wahlbetrug anprangerte. Dabei kam es auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die sich am Folgetag in abgeschwächter Form wiederholten²⁵⁰.

Auch am 9. Oktober wurde noch einmal auf die Ereignisse am 7. Oktober eingegangen: In einem von Olaf Dietze verlesenen Kommentar hieß es: „Die Randalierer haben ins Visier genommen, was hier aufgebaut wurde und weiter aufgebaut wird, eben den Sozialismus. Das ist auch der Auftrag der Reporter aus dem Westen, wenn sie sich in unserem Berlin zum Schrittmacher antisozialistischer Attacken machen, ja Aktionen direkt dirigieren. Hano vom ZDF²⁵¹ und andere waren ständig mittendrin. Wenn die Kameras rot zeigten, wurden die vorgebeteten Parolen nachgebrüllt. [...] Es steht fest, dass die Randalierer, zumal ferngesteuert, hier niemanden repräsentieren, allenfalls sich selbst. Insofern werden sie keine Chance haben“²⁵². Der Kommentar wurde mit Fotografien von Ausschreitungen unterlegt, womit zum ersten Mal überhaupt im DDR-Fernsehen etwas von den Demonstrationen zu *sehen* war. Die scharfen Töne Dietzes ließen noch kein Einlenken seitens des Regimes erkennen, zumal die Zuschauer nachdenklich stimmen musste, dass als erste Meldung der gleichen Sendung über den Besuch des stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten Yao Yilin in der DDR berichtet wurde. Vor dem Hintergrund der Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni war diese Platzierung und das Zitat Yilins, „in diesem Sinne bestehe eine grundsätzliche Lehre aus dem konterrevolutionären Aufbruch in Peking sowie der gegenwärtigen Hetzkampagne gegen die DDR und andere sozialistische Staaten darin, unbeirrt an den Grundwerten des Sozialismus festzuhalten“²⁵³, eindeutig als Warnung an die Oppositionellen im eigenen Land zu verstehen. Es sollte aber eine der letzten Sendungen der *Aktuelle Kamera* im diesem aggressiven und die Situation in der DDR ignorierenden Stil gewesen sein.

²⁴⁹ *Aktuelle Kamera* vom 8.10.1989 (19.30 Uhr); da über diese Demonstration auch ausführlich im Westfernsehen berichtet wurde, mehr dazu im nächsten Kapitel.

²⁵⁰ Bahrmann, Hannes/Links, Christoph: Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember, Berlin 1994, S. 9/10.

²⁵¹ Horst Hano war akkreditierter DDR-Korrespondent der ARD, offensichtlich unterlief dem Autor oder dem Sprecher des Kommentars hier ein Fehler.

²⁵² *Aktuelle Kamera* vom 9. Oktober (19.30 Uhr).

²⁵³ *Aktuelle Kamera* vom 9. Oktober (19.30 Uhr).

Nahezu parallel zur Ausstrahlung der Aktuellen Kamera fand in Leipzig die für die weitere Entwicklung wichtigste Demonstration statt. Nach dem z.T. gewaltsamen Einschreiten der Sicherheitskräfte bei oppositionellen Demonstrationen der Vortage wurde in Leipzig bei der in den Wochen zuvor in der Teilnehmerzahl stetig ansteigenden Montagsdemonstration ein Fanal des Staates befürchtet, dass die Ausmaße des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens haben könne.

Tatsächlich standen am Abend in den Seitenstraßen etliche Mannschaftswagen von Polizei und Armee. Im Laufe des Tages hatten sich aber verschiedene Stellen in die gefährliche Situation eingeschaltet. Zunächst korrigierte die Parteispitze (hier: Krenz und Mielke) die Anweisung Honeckers, die Demonstration zu unterbinden und forderte nun lediglich „reaktive Maßnahmen“, also den Schutz von staatlichen Einrichtungen²⁵⁴. In Leipzig selbst reagierten die SED-Bezirkssekretär Kurt Meier, Jochen Pommert und Roland Wötzel sowie der Chefdirigent des Gewandhauses, Kurt Masur, der Pfarrer Peter Zimmermann und der Kabarettist Bernd Lutz Lange mit einem viel beachteten Aufruf zur Besonnenheit auf beiden Seiten. Dieser Aufruf wurde auch im Stadtrundfunk verlesen²⁵⁵.

Am Abend kam es dann zu einer Demonstration von 70.000 Menschen, die weitgehend friedlich verlief. Die Demonstranten boten keine Angriffsfläche und ließen sich von den anwesenden Hundertschaften weder beängstigen noch provozieren²⁵⁶. Damit zeigte auf der einen Seite die Bürgerbewegung Friedlichkeit, aber auch die wachsende Stärke ihrer Proteste. Auf der anderen Seite zeigt die Staatsführung das erste Mal die Einsicht – wenngleich in auch recht passiver Art –, dass sich die Konfrontation zwischen Staatsführung und Opposition nicht mehr gewaltsam lösen lässt²⁵⁷. Dieses war der “kritische Moment” im Sinne von Bourdieu, “in dem - gegen die alltägliche Erfahrung der Zeit als bloße Weiterführung der Vergangenheit oder einer im Vergangenen angelegten Zukunft - alles möglich wird (oder doch erscheint), in dem die Zukunft wirklich kontingent, das Kommende wirklich unbestimmt, der Augenblick wirklich als solcher erscheint - in der Schwebe, abgehoben, ohne vorhergesehene oder vorhersehbare Folge“, der sich zum Wendepunkt im Widerstand gegen das SED-Regime entwickelte²⁵⁸.

²⁵⁴ Staritz 1996, S. 365/366.

²⁵⁵ Bahrmann/Links 1994, S. 17, Staritz 1996, S. 366.

²⁵⁶ Staritz 1996, S. 366.

²⁵⁷ Staritz 1996, S. 366; zum Verhalten der leitenden Einsatzkräfte sowie der zuständigen Parteifunktionäre an diesem Abend s. Timmer 1999, S. 198-202.

²⁵⁸ Bourdieu 1988, S. 287; zur Anwendung der abstrakten Begrifflichkeit Bourdieus auf die Ereignisse in der DDR s. Timmer 1999, S. 202/203.

In den DDR-Nachrichten spielte der bedeutsame, auch von Parteifunktionären getragene Appell keine Rolle. Dennoch konnte man in der *Aktuellen Kamera* das erste Mal sanftere Töne bezüglich der Opposition vernehmen. In einem zeitlich erst weit hinten in der *Aktuellen Kamera* platzierten Bericht wurde ein Interview mit einem Kommandeur einer Kampfgruppe, die auf Seiten der Sicherheitskräfte an der Demonstration in Leipzig beteiligt war, präsentiert. Dieser sprach im Hinblick auf die Gewaltlosigkeit auf beiden Seiten von einem „Signal der Vernunft“ und betonte, dass auch die Mitglieder der Kampfgruppen „Fragen“ und „Sorgen“ hätten, die „zum Teil die gleichen sind, wie der Leute, die auf der Straße waren“. Dennoch könne man den notwendigen „Dialog“ nicht auf ungenehmigten Veranstaltungen und „auf der Straße“ führen²⁵⁹. Mit dem Senden dieses Interviews deutete sich an, dass die Staatsführung trotz der ablehnenden Haltung gegenüber Demonstrationen die Notwendigkeit zum Dialog – auch mit Oppositionellen – erkannt haben könnte.

Dieser Eindruck bestätigte sich am Folgetag: Das Politbüro brachte in einer von Egon Krenz angeregten und nur gegen den Widerstand Honeckers diskutierten Erklärung zum Ausdruck, dass die Ursachen für die Flucht von Tausenden von DDR-Bürgern überall gesucht werden müsse, „auch bei uns“. Zwar war diese Erklärung, um die Hardliner im Politbüro zur Zustimmung zu bewegen, noch von den althergebrachten Angriffen auf das westlichen „imperialistische“ System und seine Medien, eingerahmt. Immerhin wurde nun aber hinsichtlich der Flüchtlinge nicht mehr der Honecker-Duktus von vor einigen Tagen verwendet, sondern konstatiert: „Der Sozialismus braucht jeden“²⁶⁰. Die Oppositionellen wurden in dieser Erklärung jedoch mit keiner Silbe erwähnt.

Die nächsten Tage waren in den Massenmedien der DDR geprägt von vorsichtigen Äußerungen von Parteifunktionären – vorwiegend der mit der SED verbundenen Blockparteien – , die sich für den Dialog mit den Oppositionellen stark machten und Reformen u.a. im Bereich der Medien forderten²⁶¹. Gleichzeitig spielten aber die Beschuldigungen in Richtung BRD immer noch ein gewichtige Rolle, und die nochmalige offizielle Mitteilung, dass die Grenze zur CSSR nun ebenfalls visumpflichtig sei, ließ noch keine echte Abkehr vom alten Kurs erkennen²⁶².

²⁵⁹ *Aktuelle Kamera* vom 10.9.1989 (19.30 Uhr).

²⁶⁰ Die Erklärung der Politbüros wurde in der *Aktuellen Kamera* vom 11.9.1989 verlesen und am Folgetag im *Neuen Deutschland* abgedruckt.

²⁶¹ Nölte, Joachim: Chronik medienpolitischer Ereignisse in der DDR, in: Claus, Werner (Hg.): Medien-Wende – Wende-Medien: Dokumentation des Wandels im DDR-Journalismus Oktober 1989 - Oktober 1990, Berlin 1991, S. 17-116, hier: S. 26/27.

²⁶² Besonders deutliches Beispiel für die Fortsetzung der Beschuldigungen war der Kommentar von Eduard Schnitzler in der *Aktuellen Kamera* vom 14.10.1989; Bekanntgabe der Visumpflicht für Reisen in die CSSR: *Aktuelle Kamera* vom 12.10.1989.

Zu einer wirklichen Veränderung führten erst die Ereignisse am 18. Oktober, die zugleich auch der Grund dafür sind, die Betrachtung des DDR-Fernsehens unter dem analytischen Gesichtspunkt dieser Arbeit mit diesem Datum abzuschließen:

Nachdem schon mit der Erklärung vom 11. Oktober eine Schwächung der Position Honeckers erkennbar war, beschloss das Politbüro auf seiner Sitzung vom 17. Oktober, dem eiligst einberufenen Zentralkomitee den Vorschlag zu unterbreiten, den Generalsekretär Honecker durch Egon Krenz zu ersetzen. Diese Maßnahme schloss die im Rahmen der Untersuchung wichtige Personalie ein, dass der für Agitation und Propaganda zuständige Sekretär des Politbüros Herrmann ersatzlos aus seiner Funktion entlassen wurde²⁶³. Das ZK schloss sich diesem Vorschlag an und somit waren die beiden schärfsten Zensoren des DDR-Fernsehens auf einen Schlag entmacht. Schon am Abend des ZK-Beschlusses zeigte sich die *Aktuelle Kamera* in ungewohnter Aufmachung: In einem Interview der *Aktuellen Kamera* wurde der neue Generalsekretär zwar noch mit einer Mischung von alter Staatsverbundenheit, aber auch neuer versuchter Lockerheit mit „Herzlichen Glückwunsch zur Wahl vom Massenmedium Fernsehen!“ begrüßt, bekam dann aber lediglich anderthalb Minuten, um sich zu dem Ereignis zu äußern; sogar die sonst üblichen langen Funktionsbezeichnungen entfielen²⁶⁴. Dafür sendete das DDR-Fernsehen am selben Tag eine Rede Krenz' an die Bürger der DDR. Was angesichts der Tatsache, dass es sich dabei um die erste Rede eines Generalsekretärs im Fernsehen seit 20 Jahren handelte, eine ebenfalls bedeutende Geste war. In der Rede äußerte er nicht nur erste (Selbst-)Kritik an der bisherigen Politik der Staatsführung, sondern sprach auch zur Arbeit der Presse:

*„Unsere Republik hat talentierte, fähige Journalisten mit Freude an der Arbeit, am politischen Kampf, mit Ideen und Phantasie. Sie drängen darauf, im Gedankenaustausch mit ihren Lesern, Hörern und Zuschauern unsere Gesellschaft voranzubringen.“*²⁶⁵

Gleichzeitig erklärte er aber relativierend:

*„Unsere Presse kann nicht Tribüne eines richtungslosen, anarchistischen Geredes werden.“*²⁶⁶

Trotz der einschränkenden Worte, die eher an die althergebrachte Propaganda erinnern, änderte sich das Erscheinungsbild der *Aktuellen Kamera* und der politischen Berichterstattung im DDR-Fernsehen im allgemeinen radikal. Diskussionen zwischen Bürgern und SED-Funktionären wurden ins Programm gehoben, in den Nachrichten

²⁶³ Beschlüsse des Politbüros vom 17.10.1989 in: Stephan 1994, S. 166.

²⁶⁴ *Aktuelle Kamera* v. 18.10.1989; Bahrmann/Links 1994, S. 35; Ludes 1990, S. 53.

²⁶⁵ *Aktuelle Kamera* vom 18.10.1989.

und den Zeitungen wurde offen über Demonstrationen und die dabei geäußerten Forderungen berichtet und auch die oppositionellen Hauptakteure²⁶⁷ kamen nun nach und nach zu Wort. Die DDR-Medien haben der im analytischen Bezugsrahmen referierten These, im selben Verbreitungs- bzw. Sendegebiet miteinander konkurrierende Medienanstalten (hier: DDR-Fernsehen und ARD/ZDF) könnten auf Dauer nicht unterschiedliche Schwerpunkte in der Berichterstattung setzen, Tribut zollen müssen.

Zwar war von diesem Zeitpunkt an ein Unterschied zwischen Ost- und Westfernsehen, dessen Berichterstattung im nächsten Kapitel analysiert wird, noch vorhanden, jedoch nahm die Vermittlung von Fakten im DDR-Fernsehen nun einen so hohen Stellenwert ein, dass die Herkunft des Wissens unterhalb der DDR-Bevölkerung bezüglich oppositioneller Aktivitäten nicht mehr eindeutig westlichen Nachrichtensendungen zuzuordnen ist. Damit soll jedoch nicht von vornherein bestritten werden, dass die Berichterstattung des Westfernsehens über die Ereignisse rund um den Mauerfall am 9. November und danach eine wichtige Rolle bei der Entscheidung vieler Ostdeutscher gespielt haben könnte. Jedoch entzieht sich dies aufgrund der schlagartig veränderten Medienlandschaft einer wissenschaftlichen Untersuchung und Beurteilung – zumindest in diesem Rahmen.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass sowohl die Fluchtthematik als auch die oppositionellen Aktivitäten, die sich zum Teil aus dieser heraus entwickelten, sehr spät und dann propagandistisch verbrämt in die Nachrichten der DDR Eingang gefunden haben. Es ist nachgewiesen worden, dass sich – in Bezug auf die vorliegende Fragestellung – die Opposition nicht des DDR-Fernsehens bedienen konnte, um Menschen für ihre Zwecke zu mobilisieren. Die Opposition fand im DDR-Fernsehen bis Mitte Oktober 1989 nicht statt. Hinweise auf oppositionelle Aktivitäten waren nur zwischen den Zeilen der verlesenen Kommentare zu vernehmen. Jedoch benötigte man zum Verständnis dieser Hinweise immer Informationen aus anderen Quellen jenseits der offiziellen Verlautbarungen. Indirekt hatte die Form der (Nicht-)Berichterstattung über den Massenexodus und die Demonstrationen jedoch eine wichtige Folge: Die Ignoranz der Staats- und Parteiführung wurde durch die Medien visualisiert, was viele Menschen zusätzlich auf die Straße trieb. Die propagandistische Berichterstattung hatte also nicht nur keinen, sondern sogar einen gegensätzlichen Erfolg.

²⁶⁶ Rede im Fernsehen der DDR, 1. Programm vom 18.10.1989.

²⁶⁷ Akteure, die das Westfernsehen aufgebaut hatte, wie noch zu zeigen sein wird.

Zu stark war der Irrglaube in dem das DDR-Fernsehens kontrollierenden Politbüro – und insbesondere bei Honecker –, dass man die Meinung der Öffentlichkeit durch Verschleierung, Agitation und Unwahrheiten beeinflussen könnte. Dabei war es nicht so, dass den Funktionären die Gefahren, die durch das Westfernsehen für den Machterhalt entstanden, nicht bewusst waren. Die mangelnde Bereitschaft zum Dialog, die sich im DDR-Fernsehen manifestierte, war vielmehr ein Zeichen der Hilflosigkeit gegenüber dem Geschehen an den Grenzen und auf den Straßen. Die verschiedenen Konfliktlagen verschmolzen zu einem Loyalitätsproblem für die alte Führung, das diese nicht mehr lösen konnte.

IV. Die Berichterstattung des Westfernsehens über Flucht und Opposition im Jahr 1989

In diesem zentralen Kapitel soll gezeigt werden, wie das Westfernsehen die Ereignisse in der DDR sowie die damit zusammenhängende Fluchtbewegung darstellte und beeinflusste. Dazu sollen, ähnlich wie im vorangegangenen Kapitel, die Themen systematisch behandelt werden: Nach Berücksichtigung der Ereignisse vor dem Hauptbetrachtungszeitraum sollen die für die Entwicklung der Proteste in der DDR einflussreiche Fernsehberichterstattung zur Fluchtbewegung, nachfolgend zur Opposition vor ihrer staatlichen Tolerierung und schließlich über die Opposition nach diesem einschneidenden 9. Oktober bis zu der schon beschriebenen „Medienwende“ des DDR-Fernsehens beleuchtet werden²⁶⁸. Dazu werden hauptsächlich die unter der DDR-Bevölkerung beliebtesten und am häufigsten frequentierten Sendungen der *Tagesschau* und von *Kennzeichen D* analysiert. Diese Untersuchung soll nicht einer quantifizierenden Empirie gerecht werden, sondern vielmehr an ausgewählten Beispielen und bezüglich wichtiger historischer Ereignisse in qualifizierter Art und Weise Auskunft darüber geben, in welcher Form und mit welchen Folgen ARD und ZDF über die im Fokus stehenden Themen berichtete.

Darüber hinaus soll versucht werden, Zusammenhänge zwischen der Berichterstattung und den Ereignissen herzustellen und eindeutige Belege dafür zu suchen, dass die Bürgerrechtler in der DDR gezielt die Westmedien für die Verbreitung ihrer Forderungen und vor allem des Wissens über ihre Existenz eingesetzt haben, da ihnen dieser Weg über das DDR-Fernsehen nicht offen stand. War eine zentrale Feststellung im letzten Kapitel, dass die Bürgerbewegung im DDR-Fernsehen nicht stattfand, so muss die These von Raschke, dass eine Bewegung, über die nicht berichtet wird, nicht stattfindet, in diesem Kapitel verifiziert werden: Denn obwohl im eigenen Land kaum etwas über die oppositionelle Bewegung berichtet wurde, fand sie unbestritten statt.

²⁶⁸ Zitat nach Buchtittel (Medien-Wende Wende-Medien) von Claus 1991.

1. Fluchtbewegung: „Endlich Freiheit, wunderbar!“

Am 2. Mai, als die ungarische Regierung symbolisch den eisernen Vorhang zerschneiden ließ, war dieses um die Welt gehende Bild auch in den westdeutschen Nachrichten zu verfolgen²⁶⁹. Die Bilder zeigten Grenzsoldaten bei dem Abbau von Grenzanlagen und dem Durchtrennen von Stacheldraht.

Der Bericht konnte mit diesen symbolträchtigen Bildern in der DDR den Eindruck erwecken, als sei es nun unter vereinfachten Bedingungen möglich, den Ostblock auf in Augen des SED-Regimes illegale Weise zu verlassen. Auf diese Interpretation seitens der DDR-Bürger lassen auch diesbezügliche Kommentare von Flüchtlingen schließen. Gleichzeitig wird ihnen deutlich, dass die tatsächliche Lage an der Grenze offensichtlich diffus war: „Über die Medien haben wir gehört, der Grenzzaun ist weg. Dann sind wir hergefahren und sind auf die Stolperdrähte getreten. Die Posten schirmen die Grenze tiefgestaffelt und dicht ab, da war kein Durchkommen möglich“²⁷⁰.

Schon im Mai und Juni machten sich daher die ersten Ausreisewilligen – noch weitgehend unbemerkt von den westlichen Medien – auf den Weg nach Ungarn, um zu versuchen, über Österreich in die Bundesrepublik zu flüchten. Da dies die schon geschilderten Probleme bereitete, fanden sich daher schon im Juni die ersten Flüchtlinge in der bundesdeutschen Botschaft ein, um so ihre Ausreise zu erzwingen²⁷¹. Diese Entwicklung hatte für die westlichen Medien offensichtlich noch keinen hohen Nachrichtenwert, da Botschaftsbesetzungen im kleineren Rahmen in den Vorjahren schon häufiger stattfanden – „Überraschung und Neuheit“ (Luhmann) fehlten²⁷².

Den schon beschriebenen Schub bekam die Fluchtwelle erst zur Ferien- und Urlaubszeit in der DDR. Ab August erfuhr das Thema immer mehr Beachtung in den bundesdeutschen Massenmedien und somit auch im Fernsehen - das Kriterium der Quantität spielte bei der Selektion nun eine Rolle. In der *Tagesschau* vom 7.8.1989 wurde die steigende Anzahl von Flüchtlingen in einen Zusammenhang mit den stetig zunehmenden Anträgen auf „ständige Ausreise“ (Ausbürgerung) gesetzt. Diese Auffälligkeit war auch

²⁶⁹ *Tagesschau* vom 2.5.1989 (20 Uhr).

²⁷⁰ Bericht eines Flüchtlings in der Budapester Botschaft, zit. n. *die tageszeitung* vom 10.8.1989, S. 7, zit. n. Timmer, S. 106; s.a. *die tageszeitung*, 25.7.1989, S. 7; *die tageszeitung* vom 9.8.1989, S. 3; FAZ vom 9.8.1989, S. 3. und die *Frankfurter Rundschau* vom 9.8.1989.

²⁷¹ Laut Bericht eines Flüchtlings im Interview mit dem Autor; s. außerdem afp-Meldung Nr. 73 vom 20.6.1989 in Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Deutschland 1989, Bonn 1990, Band 1, (k.S.).

²⁷² Zu den von den Medien kaum beachteten Botschaftsbesetzungen zwischen 1984-1989 s. Hertle 1996, S. 96.

schon in den Wochen zuvor von bundesdeutschen Medien diskutiert worden²⁷³. Zudem wurde in der Nachrichtensendung darauf hingewiesen, dass Reisen von DDR-Bürgern nach Ungarn „bisher“ noch nicht behindert würden. Der implizierte Hinweis auf eine mögliche Beschränkung dürfte eine ebenso deutliche Wirkung auf die Zuschauer in der DDR gehabt haben, wie das von diesem Zeitpunkt an zunehmend benutzte Extrem- und Rekord-Vokabular, welches die Zuspitzung der Lage verbal deutlich machen sollte. Schon in dieser Sendung wurde in Bezug auf die ungarische Botschaft die Formulierung „Jetzt werden Rekorde gebrochen“ benutzt und die Schlagzeile im Hintergrund des Nachrichtensprechers lautete „Zustrom von DDR-Flüchtlingen“. Die einigen hundert Flüchtlinge in wenigen Tagen waren im Verhältnis zu den drei Millionen Besuchern aus der DDR im Jahr und den 50.000 legal ausgereisten DDR-Bürgern jedoch nüchtern betrachtet eine sehr geringe Zahl, womit die Metapher „Strom“ hier eine sehr stark zuspitzende Bezeichnung darstellte. Die Wirkung dieser Rekordmeldungen wurde von den Zuschauern des Westfernsehens in der DDR deutlich wahrgenommen. So klagte ein DDR-Bürger gegenüber einem westdeutschen Journalisten: „Müßt ihr denn immer die Zahlen melden? An einem Tag sechzig, an nächsten Wochenende über hundert - das ist doch wie eine Aufforderung an andere, es denen nachzumachen“²⁷⁴. Ähnlich äußerten sich rückblickend ehemalige Oppositionelle, die von einem „Anheizen“ der Flüchtlingswelle durch die Westmedien sprechen²⁷⁵.

Die dramatisierende Wortwahl findet sich auch in den Schriften der alternativen Gruppen wieder, die den Ausreisewilligen kritisch gegenüber standen. So ist in den „Umweltblättern“ - versehen mit einem unfreiwilligem Bezug auf die Herkunft - zu lesen: „Wir erleben in diesen Tagen mit tiefer Anteilnahme den täglichen *Massenexodus* (Hervorhebung d. V.) von DDR-Bürgern über die ungarische Grenze in die BRD. Wir hören und sehen mit Befremden die Frontberichterstattung der Medien“²⁷⁶. Mit dem Wort „Frontberichterstattung“ übernahmen die Autoren zugleich einen Propagandabegriff der DDR-Medien für die westliche Berichterstattung.

In den Folgetagen waren in der *Tagesschau* weitere, die Entwicklung sicher verschärfende Berichte zu sehen. Beispielsweise hieß es in einem Bericht von Wilfried Hommen zur Lage in Budapest: „Die Menschen in der Botschaft haben einmütig und unmissverständlich erklärt, dass sie auf keinen Fall in die DDR zurückkehren wollen. Bonn wird

²⁷³ S. z.B. *Kennzeichen D* vom 19.7.1989: „Hilfe, die Deutschen kommen!“, *Die Welt* vom 6.7.1989: „Übersiedler: Rekord seit Mauerbau“; *Spiegel* vom 31.7.1989: „Sehr allein“.

²⁷⁴ *Die Zeit* vom 11.8.1989: „Protest mit den Füßen“.

²⁷⁵ So z.B. Gerd Poppe in Lindgens/Mahle 1992, S. 99.

sie andererseits nicht auf die Straße setzen“²⁷⁷. Solche Formulierungen hatten das Potenzial, in der DDR den Eindruck zu erwecken, mit etwas Ausdauer sei die Ausreise über eine Botschaftsbesetzung zu erzwingen - die Entwicklung der nachfolgenden Monate sollte diese Einschätzung belegen²⁷⁸.

So berichtete die *Tagesschau* am 14. August, dass immer mehr DDR-Bürgern die Flucht über die ungarische Grenze gelänge. 200 Menschen hätten die Grenze in den vorangegangenen drei Tagen überwunden, jedoch wären auch 471 im gleichen Zeitraum an der Grenze gestellt worden²⁷⁹. Damit wurde die Möglichkeit, aber auch die Gefährlichkeit des Grenzübertrittes noch einmal herausgestellt. Aber auch für die potentiellen Botschaftsflüchtlinge gab es – vermutlich unfreiwillige – Motivationshilfe. Am 18. August wurde in der *Tagesschau* auf eine eingerichtete Zeltstadt des Malteser Hilfsdienstes in der Nähe der Botschaft hingewiesen, in der für „für das leibliche Wohl und die Hygiene [...] gesorgt“ und zudem ausreichend Platz sei²⁸⁰.

Am 19.8., dem Tag des schon erwähnten paneuropäischen Picknicks wurde nicht nur als erste Meldung gebracht, dass 600 Menschen fliehen konnten, sondern auch die ersten stereotypen Bilder der westlichen Fluchtberichterstattung bildeten sich: Aufnahmen von DDR-Bürgern, die ihr Glück kaum fassen konnten und Sätze wie „Freiheit, ich kann es noch gar nicht fassen“ sagten, waren der Vorgeschmack auf das, was bei den späteren Fluchten in noch größerem Umfang auf die Zuschauer in Ost und West zukommen sollte²⁸¹. Zudem wies der ungarische ARD-Korrespondent auf die leeren Wachtürme hin und erwähnte, dass „bald auch hier alles abgebaut“ werde²⁸². Immer wieder wurden auch Superlative bemüht, wie schon am 20.8.1989, nichtahnend, welche Ausmaße die Flüchtlingswelle noch nehmen sollte: Die *Tagesschau* bezeichnete die Flucht von einigen hundert DDR-Bürger als „größte Massenflucht seit dreißig Jahren“²⁸³.

Schon Ende August wurden die DDR-Bürger auch darauf hingewiesen, dass eine Lösung der Botschaftsfrage in ihrem Sinne bevorstehe, was den Zustrom von Flüchtlingen in die Botschaft der Bundesrepublik in Budapest nicht gerade verringerte.

Sehr deutliche Hinweise über die Lage an der ungarisch-österreichischen Grenze und die Wahrscheinlichkeit eines gelingenden Fluchtversuches waren nun des öfteren den

²⁷⁶ Umweltblätter 25/1989 (September), S. 10, zit. n. Rüdtenklau, Wolfgang; Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“, 2. überarb. Auflage, Berlin 1992, S. 355.

²⁷⁷ *Tagesschau* vom 13.8.1989 (20 Uhr)

²⁷⁸ Das die DDR-Bevölkerung dieses Procedere wahrnahm, bemerkte auch die Staatssicherheit, s. MfS, ZAIG, B/215, in: Mitter/Wolle 1990, S. 113-138; hier: S. 116/117.

²⁷⁹ *Tagesschau* vom 14.8.1989 (20 Uhr).

²⁸⁰ *Tagesschau* vom 18.8.1989 (20 Uhr).

²⁸¹ *Tagesschau* vom 19.8.1989 (20 Uhr).

²⁸² *Tagesschau* vom 19.8.1989 (20 Uhr).

westdeutschen Medien zu entnehmen. In der *Tagesschau* vom 5.9.1989 wurde ein Interview mit einem DDR-Bürger in der Nähe der österreichischen Grenze unmittelbar vor seinem Grenzübertritt gezeigt, in dem er seine Entschlossenheit zur Flucht unterstrich. Bevor er nach seiner gelungenen Flucht noch einmal interviewt wurde, wurden Bilder im Zwischenschnitt eingeblendet, die eine Gruppe zeigten, welche die Grenze überschritt. Diese Bilder vermittelten den Eindruck, als handele es sich bei einer Flucht über die sogenannte grüne Grenze um einen Waldspaziergang. Im anschließenden Interview verstärkte der Flüchtling diesen Eindruck noch einmal: „Zwei ungarische Grenzsoldaten haben wir gesehen, aber die waren sehr freundlich. Die haben mit den Augen gezinkert und wir konnten weitergehen“²⁸⁴. Die Feststellung, dass Berichte dieser Art nicht nur einer Aufforderung, sondern sogar einer Anleitung zur Flucht gleichkamen, sind angesichts der Bilder nicht von der Hand zu weisen²⁸⁵. Der als „Sensationsberichterstattung“ bezeichnete Journalismus wurde deshalb nicht nur in der DDR verurteilt, sondern stand auch in der Bundesrepublik unter heftiger Kritik, da er die Lage in Ungarn sowie die dadurch hervor gerufenen komplexe Situation im Verhältnis beider deutscher Staaten in den Augen der Kritiker unnötig verschärfte²⁸⁶.

Diese „Fernsehfluchthilfe“ potenzierte das Phänomen. Immer mehr fluchtbereite DDR-Bürger sahen, dass ihnen nun eine Möglichkeit zur Flucht offen zu stehen schien, die im Gegensatz zur Überwindung der deutsch-deutschen Grenze ein relativ geringes Risiko beinhaltete. Gleichzeitig wurden auch Menschen von dieser nun langsam tatsächlich die Ausmaße einer „Fluchtwelle“ annehmenden Entwicklung mitgerissen, die zwar unzufrieden waren, aber noch nicht ernsthaft über eine Flucht nachgedacht hatten²⁸⁷. Bestärkt wurden sie dabei durch die zahlreichen Fernsehinterviews mit Geflüchteten, die noch einmal ihre Beweggründe schilderten, die oftmals mit der eigenen Erfahrung im System der DDR übereinstimmten²⁸⁸. Auch das Politbüro erkannte intern die Macht dieser Bilder. Politbüromitglied Axen stellte diesbezüglich auf einer Politbürositzung in der althergebrachten Feindbildsprache fest, dass „die Attacke des Gegners – mit seinem stärksten Medium, dem Fernsehen – Wirkung hat“²⁸⁹.

Zur allgemeinen Unzufriedenheit kam hinzu, dass die Berichterstattung in den DDR-Medien unterstrich, wie reformunfähig die Staatsführung war. Die Kommentare im ei-

²⁸³ *Tagesschau* vom 20.8.1989 (20 Uhr).

²⁸⁴ *Tagesschau* vom 5.9.1989 (20 Uhr).

²⁸⁵ S. dazu vor allem Findeisen 1990, S. 32/33.

²⁸⁶ Nölte 1991, S. 21; Hesse 1991, S. 337.

²⁸⁷ Hesse 1991, S. 337.

²⁸⁸ Timmer 1999, S. 109/110.

²⁸⁹ Stephan 1994, S. 100.

genen Fernsehen waren so unglaublich, dass es selbst an der SED-Basis zu missbilligenden Äußerungen kam und ausdrücklich auf die Informationshoheit der Westmedien hingewiesen wurde. So hieß es in einem Bericht der Staatssicherheit über den Unmut unter den SED-Mitgliedern, „dass sich die überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung nahezu ausschließlich an entsprechenden Sendungen westlicher Medien orientiere“. Und weiter: „Die politische Meinungsbildung der DDR-Bürger werde damit in erheblichem Maße von westlichen elektronischen Medien bestimmt“²⁹⁰.

Nachdem sie am 10. September im von ihnen bevorzugten Westfernsehen sehen konnten, wie die ungarisch-österreichische Grenze geöffnet wurde, über die in der *Tageschau* mit einem die Authentizität verstärkenden Originalmitschnitt aus dem ungarischen Fernsehen berichtet wurde, ging das Risiko zur Flucht gegen Null. Eberhard Büsum, der ARD-Korrespondent in Ungarn, sprach daher nicht ohne Grund von einer „sensationellen Entscheidung in Budapest“²⁹¹. Die in dieser Sendung und noch stärker in der *Kennzeichen D*-Sendung zwei Tage später angedeutete Möglichkeit, die Grenze könne nur für eine bestimmte Zeit offen bleiben, musste bei noch Unschlüssigen eine Art Torschlusspanik bewirken²⁹².

Dazu kamen die emotionalen Bilder von der Ankunft der Budapester Botschaftsflüchtlinge, die nach der Grenzöffnung Ungarns mit Bussen oder ihren eigenen Autos die ungarisch-österreichische Grenze überquerten. Etliche Kamerateams fingen freudestrahlende DDR-Bürger ein, die – so zeigten es zumindest die Fernsehbilder – überaus freundlich von den Bundesbürgern empfangen wurden²⁹³. Zudem wurde in der *Tageschau* darauf hingewiesen, dass sich die Stellenangebote für die Ankömmlinge an den schwarzen Brettern in den Aufnahmelagern häufen würden. Die DDR-Bürger mussten vermuten, dass ihnen, wenn sie jetzt nicht flüchteten, eine einmalige Chance auf ein Leben in einer freundlicheren Welt entgehen würde – zumal im selben Bericht mitgeteilt wurde, dass zum einen Nachzügler „noch“ eine Chance hätten, diesen Weg zu nutzen, und zum anderen angedeutet wurde, dass die DDR Reisen nach Ungarn in Zukunft verbieten könnte²⁹⁴.

Letzteres wurde zwar nicht offiziell bekannt gegeben, aber durch die Maßnahmen seitens der DDR-Regierung, nur noch loyalen Bürgern ein Visum zu geben und den ver-

²⁹⁰ Hinweise auf beachtenswerte Reaktionen von Mitgliedern und Funktionären der SED zu einigen aktuellen Aspekten der Lage in der DDR und zum innerparteilichen Leben, MfS, ZAIG, 0/223 vom 11.9.1989, in: Mitter/Wolle, S. 148-150, hier: S. 150.

²⁹¹ *Tagesschau* vom 10.9.1989 (20 Uhr)

²⁹² *Kennzeichen D* vom 13.9.1989; ähnlich: *heute-journal* vom 14.9.1989; s.a. Neubert 1997, S. 829.

²⁹³ *Tagesschau* vom 11.9.1989 (20 Uhr)

²⁹⁴ *Tagesschau* vom 11.9.1989 (20 Uhr)

schärften Grenzkontrollen an der tschechisch-ungarischen Grenze faktisch durchgesetzt²⁹⁵. Dieses Verfahren wurde auch in den Stellungnahmen der Flüchtlinge der Folgetage und derer, die nun in der Prager BRD-Botschaft Zuflucht suchten, deutlich. Nun musste, um den sicheren Weg über Ungarn nehmen zu können, oftmals die tschechische Grenze illegal überschritten werden²⁹⁶. Dies führte zu einer dramatischen Lage in der Prager Botschaft, da diese die einzige bundesdeutsche Botschaft war, welche die DDR-Bürger noch visafrei erreichen konnten. Während sich an den ersten zehn Tagen des Septembers 1989 nahezu jede Ausgabe der *Tagesschau* vor allem mit der Lage in der Budapester Botschaft beschäftigte, rückte nun die diplomatische Vertretung der BRD in Prag in den Mittelpunkt des journalistischen Interesses²⁹⁷. Das Flüchtlingsdrama erfüllte, wenn man den kommunikationstheoretischen Rahmen dieser Arbeit daran reflektiert, etliche Bedingungen für eine „interessante“ Nachricht: Die DDR-Bürger sorgten mit ihrem Verhalten für einen „Normverstoß“, bestehende Erwartungen wurden gebrochen, die ständig steigenden Flüchtlingszahlen erreichten eine quantitativ nicht zu vernachlässigende Größe und kennzeichneten darüber hinaus einen „schwelenden Konflikt“²⁹⁸, der nun allerdings langsam zu einem „Flächenbrand“ für die Legitimation des SED-Regimes wurde²⁹⁹.

Die Bedingungen waren zudem, anders als bei vielen anderen weltweiten Konflikten, gerade für Fernsehjournalisten ideal: Die Flüchtlinge waren in ihrer Mobilität vor allem in Prag auf ein lediglich mehrere hundert Quadratmeter großes Terrain beschränkt, zu dem jedes westdeutsche Kamerateam Zutritt hatte. Die Notlage war mit den Bildern der Flüchtlinge an den Gittern und auf den Rasenflächen der Botschaften für den Zuschauer „zum Greifen nah“, gleich ob in Ost oder West³⁰⁰. Hinzu kam der leicht zu unterschätzende Fakt, dass es sich dabei um deutschsprachige Menschen handelte, die mit ihren nicht übersetzten Kommentaren und Aussagen für eine höhere Authentizität sorgten, als dies Akteure mit fremder Sprache beim deutschsprachigen Zuschauer bewirkt hätten – ganz davon abgesehen, dass es sich im rechtlichen Rahmen der Bundesrepublik auch um Bundesdeutsche handelte, die das Ganze gewissermaßen zu einem innenpolitischen

²⁹⁵ Verlauf der Sitzung des SED-Politbüros am 12. September 1989, in: Stephan 1994, S. 146-154, hier: S. 147.

²⁹⁶ *Tagesschau* vom 20.9.1989 (20 Uhr)

²⁹⁷ Zur Häufigkeit der Berichte zum Thema DDR-Flüchtlinge s. die Sendeabläufe der *Tagesschau* und der *Tagesthem* dieser Tage.

²⁹⁸ Luhmann 1996, S. 55-72; s.a. S. 17 dieser Studie.

²⁹⁹ Brand 1990, S. 10.

³⁰⁰ S. etliche Tagesschauberichte, beispielhaft: 13.8.1989 (Budapest) und 20.9.1989 (Prag); zur Wirkung dieser Bilder selbst auf die Mitglieder des Politbüros s. Schabowski 1991, S. 234.

und damit - kommunikationstheoretisch gesehen - noch interessanteren Thema machten³⁰¹.

Der Druck, der durch die Bilder auf das SED-Regime entstand, war offensichtlich enorm - die Staats- und Parteiführung jedenfalls genehmigte die Ausreise nach dem schon beschriebenen Vorgehen. Jedoch war den Mitgliedern des Politbüros die Ausreise der Flüchtlinge nicht von ungefähr noch vor dem 7. Oktober ein Anliegen³⁰². Wichtiger als das Ansehen ihrer Politik und die Zustände im eigenen Land war ihnen das makello- se Bild zum 40. Jahrestag der DDR³⁰³.

Die Fernsehbilder von der Ankunft der Flüchtlinge in den westlichen Nachrichten ähnelten denen vom 10. September, waren aber dadurch, dass die Flüchtlinge noch durch die ihnen verhasste oder zumindest kritisierte DDR fahren mussten, noch dramatischer. Während die Budapester Flüchtlinge sich in einem Land befanden, in dem sie wenig zu befürchten hatten und die Ausreise nach der Öffnung der Grenze quasi nur noch ein technischer Akt war, konnten die Prager Botschaftsbesetzer erst wirklich aufatmen, als sie die Bahnhöfe von Hof und Helmstedt - im letzteren kamen die etwa 1000 Flüchtlinge aus der Warschauer Botschaft an - erreicht hatten.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Ihnen die freie Ausreise vom bundesdeutschen Außenminister höchstpersönlich in der Prager Botschaft verkündet wurde. Dieser hatte die historische Stunde erkannt und war nach Prag gekommen, um die von ihm mit DDR-Außenminister Fischer verhandelte Ausreiseerlaubnis zu verkünden: „Wir sind zu Ihnen gekommen, um ihnen mitzuteilen, dass heute ihre Ausreise...“³⁰⁴. Weiteres war im Jubel der in das kollektive Gedächtnis eingegangenen Fernsehaufnahmen nicht mehr zu hören, denn die Botschaftsbesetzer konnten sich das Ende des Satzes ausmalen. Die lautstarke Freude musste für den Zuschauer symbolisch wie ein Aufschrei der Befreiung von einem autoritären Regime vorkommen, auch wenn die Erleichterung teilweise mit dem Ende des Lagerens in der Botschaft zusammenhing, deren Personal aufgrund der für ein solche Menschenansammlung nicht konzipierten diplomatischen Vertretung mit hygienischen Problemen und psychosozialen Spannungen konfrontiert war.

Ähnliche Gedanken werden die Bilder der Ankunft der Züge in der Bundesrepublik hervorgerufen haben. Die Flüchtlinge wurden mit Applaus von Tausenden Bundesbür-

³⁰¹ Luhmann 1996, S. 60/61.

³⁰² Zur Entscheidung der Erlaubnis zur Ausreise siehe: Protokoll der Sitzungen des SED-Politbüros vom 29.9.1989 und 4.10.1989, in Stephan 1994, S.

³⁰³ Schabowski 1991, S. 234; s.a. Bericht von Horst Hano in der *Tagesschau* vom 1.10.1989 (20 Uhr).

³⁰⁴ *Tagesschau* vom 1.10.1989 (20 Uhr), die betreffende Szene wurde ganz am Anfang – noch vor der Begrüßung – gesendet, wo die *Tagesschau* nur bei außergewöhnlichen Ereignissen sogenannte „O-Ton-“ und „Atmo“-Bilder platziert.

gern, z.T. aber auch über Ungarn geflohenen DDR-Bürgern begrüßt. Im Fernsehen zu sehende Transparente wie „Wir kamen aus Ungarn Ihr aus Prag die Zone ist bald ein leerer Sarg!“³⁰⁵ machten auf drastische Art auch dem Zuschauer in der DDR die Brisanz dieser Fluchtbewegung deutlich. Hinzu kamen die schon von der Grenzöffnung in Ungarn bekannten Bilder von glücklichen und erleichterten Menschen. Wieder wurde die DDR als unfreier Staat präsentiert, in dem die Menschen sogar die größten Strapazen auf sich nehmen, um aus ihm zu fliehen – als wenn sie sich vor einer „Naturkatastrophe“ retten müssten, wie die *Zeit* damals formulierte³⁰⁶. Für die DDR-Bürger war das nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Verlustes vieler Freunde oder des schwindenden Glaubens an Reformen schwer zu ertragen. Vielmehr fühlten sie sich durch die westliche Berichterstattung gedemütigt, Berichte wie „Die ersten Schritte in der Freiheit“ und Bilder der Botschaftsbesetzer erweckten den Eindruck, der Staat DDR sei in keiner Weise lebenswert: „Wenn immer wieder gezeigt wird, wie unsere Leute den Zaun der Prager Botschaft überklettern, dann mag euch das spannend vorkommen und auch gefallen; uns geht es an die Würde“³⁰⁷.

Die Kommentare der aus Prag ankommenden Flüchtlinge vervollständigten diese Demütigung: „Endlich Freiheit, wunderbar! Es wurde viel für uns getan. Wir freuen uns sehr, dass wir hier sind.“³⁰⁸. Eingedenk der Tatsache, dass die DDR-Zuschauer am gleichen Abend in der *Aktuellen Kamera* den Kommentar mit der Formulierung „Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen“ sehen konnten, war die Steigerung der Frustration, aber auch der Wut unter der Bevölkerung der DDR auf die Regierung, z.T. aber auch auf die Flüchtlinge eine logische Folge³⁰⁹.

Die schnelle erneute Besetzung der Botschaft in Prag zeigte die schon im Fall Budapest thematisierte Torschlusspanik: Innerhalb von 48 Stunden hatten sich wieder 2000 DDR-Bürger auf dem Botschaftsgelände eingefunden. Das Politbüro griff nun zur letzten Möglichkeit, das Schlupfloch Botschaft zu stopfen und riegelte die Grenze zur CSSR für den visafreien Verkehr ab³¹⁰. Gleichzeitig beschloss das Politbüro am 3.10.1989, die noch in der Prager Botschaft befindlichen DDR-Bürger wieder über die DDR ausreisen zu lassen. Über diese Entscheidung wurde am gleichen Tag in der Tagesschau berich-

³⁰⁵ *Tagesschau* vom 1.10.1989 (20 Uhr), Interpunktion wie auf dem Transparent.

³⁰⁶ Marlis Menge: „Hoffentlich knallt es nicht“, in: *Die Zeit* vom 6.10.1989, S. 9, zit. n. Timmer 1999, S. 123.

³⁰⁷ Pleitgen, Fritz: „Am Tropf der westlichen Medien“, in: *Die Zeit* vom 20.10.1989, zit. n. Presse- und Informationsamt 1990, Band 13, S. 1861.

³⁰⁸ *Tagesschau* vom 1.10.1989 (20 Uhr).

³⁰⁹ S. dazu Timmer 1999, S. 123.

³¹⁰ MfS, Dokument Nr. 103624, Mielke an Leiter der Dienststellen, in: Mitter/Wolle 1990, S. 195-198; *Tagesschau* vom 3.10.1989 (20 Uhr), s.a. Frankfurter Rundschau vom 4.10.1989: „Im geschlossenen Käfig“, zit. n. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Band 10, S. 1259..

tet³¹¹. Die Versuche von Hunderten von Ausreisewilligen in Dresden, an die Gleise heranzukommen, über denen die Reichsbahnzüge aus Prag noch in der gleichen Nacht rollen sollten, zeigen nicht nur die Verzweiflung der nun eingeschlossenen DDR-Bürger, sondern auch die Bezugnahme auf die Westmedien. Die Information über den Abfahrtszeitpunkt konnten die Fluchtwilligen nur aus den Westmedien haben – die DDR-Medien berichteten darüber nicht³¹². Zum anderen hatte die Tagesschau am 1.10.1989 berichtet, dass beim ersten Durchfahren der Züge tatsächlich einige den Aufsprung geschafft hätten und präsentierte einen auf diese Weise Geflüchteten, der im Dresdener Bahnhof auf den Zug aufgesprungen war: „Ich bin gerade rein, da ist er gerade losgerollt. Dann haben sie die Türen von innen aufgemacht und sofort mit hereingezogen“³¹³.

Die Ausreisewilligen am Dresdner Bahnhof waren zu allem bereit: Sie begegneten der Gewaltanwendung der Polizei mit Gegengewalt³¹⁴. Die unter anderem durch diese Ausschreitungen hervorgerufene eintägige Verzögerung der Abfahrt der Züge sorgte am Folgetag noch einmal für Ausschreitungen, die selbst am 6. und 7. Oktober, als – wie allseits bekannt war – keine Züge mehr fuhren, anhielten³¹⁵.

Von nun an waren aber die Fluchtmöglichkeiten so weit eingeschränkt, dass das Thema in den Westmedien etwas in den Hintergrund geriet: Das beherrschende Thema wurde mehr und mehr die Opposition. Denn die Bilder der Botschaftsbesetzungen und die Flüchtlinge an der ungarisch-österreichischen Grenze waren für viele DDR-Bürger, die sich trotz allem mit ihrem Staat identifizierten, aber auch für diejenigen, die ihm ablehnend gegenüberstanden, aber nicht Freunde und Heimat aufgeben wollten, nur schwer zu ertragen. In den Bildern und noch mehr in den Kommentaren spiegelte sich – wie gezeigt – die gesammelte Unzufriedenheit der DDR-Bürger wider. Mit den Fernsehaufnahmen der Flüchtlinge, die bei ihrer jeweiligen Ankunft jubelten und strahlten, als wenn sie einem Terrorregime entkommen wären, entstand ein gewaltiges Bedürfnis unter den Daheimgebliebenen, nicht mehr nur die einzelnen „latenten Krisen“, die für die entstandene Situation verantwortlich waren und die zum „kritischen Ereignis“ Ausreisewelle geführt hatten, zu beheben, sondern die DDR selbst zu verändern³¹⁶.

³¹¹ *Tagesschau* vom 3.10.1989 (20 Uhr).

³¹² Schabowski 1991, S. 235.

³¹³ *Tagesschau* vom 1.10.1989 (20 Uhr).

³¹⁴ Staritz 1996, S. 361.

³¹⁵ Timmer 1999, S. 126.

³¹⁶ Timmer 1999, S. 114/115.

Dieses kritische Ereignis konnte den DDR-Bürgern – wie in diesem Kapitel gezeigt – nur über die Berichterstattung im Westfernsehen bewusst werden, da das DDR-Fernsehen nur verfälschend und verharmlosend auf diese Thematik einging. Die vielfach kritisierte Sensationsberichterstattung in bezug auf die Flüchtlinge war zunächst eine Motivationshilfe für Fluchtwillige, wirkte andererseits aber zunehmend als Katalysator für die Einsicht der Daheimgebliebenen, nur durch eigenen Protest ließe sich etwas *in* der DDR ändern. Die Fluchtberichterstattung war damit ein von der Bürgerbewegung nicht zu steuernder Mobilisierungsfaktor, den diese aber, wie im nächsten Kapitel zu verfolgen ist, in ihre eigenen Mobilisierungsstrategien einbaute.

2. Die Berichterstattung über die Opposition bis zum kritischen Moment (9. Oktober 1989)

Nachdem die Flucht von Zehntausenden von DDR Bürgern die „schwelende Legitimationskrise zu einem Flächenbrand“³¹⁷ hatte werden lassen, schlug die Stunde der Opposition. Die Ereignisse führten zu einer „Überwindung der bewegungsfeindlichen Strukturen“ und der daraus resultierenden massenhaften Mobilisierung von vorher Inaktiven für die Anliegen der Bürgerbewegung und wenig später auch darüber hinaus³¹⁸.

Im Folgenden soll daher auf der einen Seite die Entwicklung der Inanspruchnahme des Westfernsehen seitens der Bürgerrechtsgruppen und Oppositionellen, auf der anderen Seite die Rezeption und deren Wirkung bei den (noch) nicht Aktiven – also beide Seiten der Mobilisierung für eine soziale Bewegung - untersucht werden.

Die Opposition hatte im Jahr 1989 von Januar bis September in wesentlich geringerem Maße Zugang zu den Westmedien, als dies ab Mitte September der Fall war. Größere Ausnahmen gab es nur wenige:

Während die DDR-Medien über die oppositionellen Unmutsbekundungen zur Rosa-Luxemburg-Demonstration und zur Kommunalwahl schwiegen, berichtete das Fernsehen der Bundesrepublik ausführlich darüber³¹⁹. Besonders zur Kommunalwahl gab es für die im Rahmen dieser Analyse aufschlussreiche Berichte.

³¹⁷ Brand 1990, S. 10.

³¹⁸ Timmer 1999, S. 115.

³¹⁹ Zur Rosa-Luxemburg-Demonstration und die damit stattgefundenen Festnahmen z.B. *Kennzeichen D* vom 18.1.1989 (inkl. eines Interviews mit dem damaligen Verteidiger von Oppositionellen, Gregor Gysi).

Einer der Ostberliner Korrespondenten der *Tagesschau*, Claus Richter, berichtete am Tag der Wahl mit kritischem Unterton: „Überraschungen sind keine zu erwarten. Das Ergebnis steht schon lange fest.“. Im gleichen Bericht wurde ein Paar vor einem von den staatlichen Stellen ausgesuchten Wahllokal interviewt, in dem dieses relativ offen zum Ausdruck brachte, dass das Wahlgesetz der DDR einer Reform bedarf – jedoch nach gleichlautender Frage seitens des Korrespondenten³²⁰. Darüber hinaus wurde über die für demokratische Wahlen nicht geeigneten Verhältnisse berichtet, wie der mangelnden Bereitstellung von Stiften und Wahlkabinen sowie der großen Courage, die es erfordere, die vorhandenen Kabinen überhaupt zu benutzen.

In einem anderen Bericht schilderte Hans-Jürgen Börner (ARD), im Hintergrund das Ortseingangsschild von Leipzig, dass die Staatssicherheit der ARD verboten habe, in Leipzig Aufnahmen zur Wahl zu machen. Börner gab im Bericht zu, eigentlich eine oppositionelle Aktion einer „Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft“, deren Aufruf in dem Bericht eingeblendet wurde, filmen zu wollen. Aber nicht nur hier wird schon deutlich, dass die noch zahlenmäßig relativ marginalen Oppositionsgruppen und Initiativen gute Kontakte zu westlichen Korrespondenten hatten. Am gleichen Abend wurden etliche Journalisten zu einer „Wahlparty“ der Bürgerrechtsgruppen in die Berliner Elisabeth-Kirche eingeladen, bei der in deren Beisein über Gegenmaßnahmen bezüglich der vermuteten Wahlfälschung beraten wurde³²¹.

Auch in *Kennzeichen D* wurde über die Wahl berichtet. Während am 10. Mai nur eine gut einminütige Kolumne unter dem Titel „Erich währt am längsten...“ mit Ausschnitten aus der *Aktuellen Kamera* zu sehen war³²², kam in der Sendung vom 24. Mai eine etwas ausführlichere Reportage über die Zweifel an der korrekten Auszählung, in der auch oppositionelle DDR-Bürger gezeigt wurden, die Strafanzeige wegen Wahlbetrugs stellen wollten³²³.

Dieses Ereignis, dass in gewisser Weise der Auftakt für das Wendejahr 1989 in der DDR war, zeigt in exemplarischer Weise das Zusammenwirken von westlichen Medien und ostdeutscher Bürgerbewegung, wie es sich im Laufe des Jahres noch des öfteren wiederholen sollte. Oppositionelle spielten den Journalisten systemkritische Flugblätter zu, informierten sie regelmäßig über ihre Aktionen, standen für Interviews zur Verfü-

³²⁰ *Tagesschau* vom 7.5.1989 (20 Uhr).

³²¹ Information über beachtenswerte Ergebnisse der Sicherung der Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, MfS, ZAIG, Nr. 229/89, in: Mitter/Wolle 1990, S. 34-37, hier: S. 36; Neubert, S. 812.

³²² *Kennzeichen D* vom 10.5.1989; ein Beispiel dafür, dass auch das Westfernsehen sich mit der Berichterstattung des anderen Systems beschäftigte.

³²³ *Kennzeichen D* vom 24.5.1989.

gung und ließen sie, wie im Fall der Wahlparty, sogar zum Teilnehmer an einer systemkritischen Veranstaltung werden.

Die Staatssicherheit ließ solch ein Verhalten schon im Juni 1989 zu einer im Zusammenhang dieser Studie interessanten Schluss kommen:

„In der DDR akkreditierte Korrespondenten und Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen (...) nehmen in diesem Prozeß einen maßgeblichen Stellenwert ein. Sie inspirieren feindliche, oppositionelle Kräfte und personelle Zusammenschlüsse zu antisozialistischen Aktivitäten, gewähren ihnen fortlaufend Unterstützung und popularisieren diesbezügliche Handlungen mit dem Ziel, solche Personen und Zusammenschlüsse unter den Schutz der internationalen Öffentlichkeit zu stellen.“³²⁴

Auch wenn dieser Auszug propagandistisch eingefärbt war, hatten die internen Stasiunterlagen oft einen wahren Kern. Insbesondere der Aspekt des internationalen Schutzes spielte bei den Oppositionellen eine wichtige Rolle. Man verließ sich bei der Aktionsplanung z.T. ausdrücklich darauf, dass die Westmedien diese mit ihrer Anwesenheit erst ermöglichten. Gerd Poppe (IFM) stellte rückblickend dazu fest: „Wenn wir zum Beispiel in den achtziger Jahren eine kleine Aktion in der Öffentlichkeit machen wollten, war die einzige Chance, dabei nicht von der Stasi weggefangen zu werden, dass wir das Fernsehen dabei hatten“³²⁵.

Oftmals hatte in der Vergangenheit die durch die Westmedien geschaffene internationale Öffentlichkeit darüber hinaus die Freilassung von Festgenommenen nach systemkritischen Aktivitäten zumindest beschleunigt³²⁶. Bärbel Bohley plädierte aber schon 1988 dafür, sich nicht nur auf die westliche Berichterstattung und des daraus resultierenden möglichen Drucks auf die SED zu verlassen, sondern sich vielmehr auf die eigenen Stärken zu besinnen: „[...] jede Festnahme wird in den Westen gemeldet in der Hoffnung, Hilfe kommt von außen. Entweder vom Westen oder die, die sich für ganz progressiv halten, hoffen auf den Osten. Beide werden uns erst einmal nicht helfen. [...] Wir müssen das schon alleine machen.“³²⁷ Diese Aussage ist im Rückblick umso erstaunlicher, als dass Bärbel Bohley im Jahr 1989 eine der Figuren der oppositionellen Szene werden sollte, die im Westfernsehen am präsentesten war und somit die von ihr selbst kritisierte Schutz- und Förderfunktion der Westmedien in erheblichen Ausmaß zu nutzen wusste.

³²⁴ MfS, ZAIG, Nr. 150/89, in: Mitter/Wolle1990, S. 46-71, hier: S. 47.

³²⁵ Lindgens/Mahle 1992, S. 100.

³²⁶ S. z.B. am Beispiel der Durchsuchung der Umweltbibliothek Berlin 1987: Moritz 1997, S. 212 oder bei der Rosa-Luxemburg-Demonstration 1989, s. Rüdtenklau 1992, S. 275.

Westliche Medien spielten auch bei den DDR-internen Protesten gegen die Niederschlagung der Studentendemonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking eine bedeutende Rolle. Zum einen, weil durch den schroffen Gegensatz der Berichterstattung der beiden Fernsehsysteme (Ost und West) noch deutlicher wurde, wie propagandistisch das DDR-Fernsehen agierte, zum anderen, weil die Aktionen wiederum über die Westmedien publik gemacht wurden³²⁸. Die Bürgerrechtsgruppen bezogen sich bei ihren Veranstaltungen in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die Westmedien, um den mangelnden Wahrheitsgehalt der DDR-Massenmedien bloßzustellen. So wurden bei einer Protestaktion, dem sogenannten Trommelfasten in der Erlöserkirche vom 25. bis 28.6.1989 explizit Informationen aus den Westmedien mit denen der DDR-Medien verglichen, um den demagogischen Charakter der staatsgelenkten Presse herauszuarbeiten³²⁹. Über diese Veranstaltungen berichtet auch das Westfernsehen, unter anderem mit einem Interview mit Rainer Eppelmann³³⁰.

Im Sommer des Jahres 1989 war die Opposition öffentlich sichtbar kaum aktiv, so dass sich auch in den Westmedien kaum über sie berichtet wurde. Zudem nahm die beginnende Fluchtberichterstattung, deren Bilder erst einmal spektakulärer waren als die von Oppositionellen in einer Kirche, jetzt den Raum in den Fernsehberichten ein³³¹.

Diese im letzten Kapitel beschriebenen Fluchtbilder waren es auch, die den einzelnen Initiativen und Oppositionellen den letzten Ansporn gaben, ihre Aktivitäten organisierter und öffentlicher durchzuführen. Sie ertrugen es nicht mehr, dass sich so viele Mitbürger vom Westfernsehen zur Flucht animieren ließen³³². Die Aktionen innerhalb der Kirche wurden forciert, aber es wurden jetzt auch Strategien für die Arbeit außerhalb dieses Schutzraumes umgesetzt.

Die westlichen Medien suchten nun zudem vermehrt Kontakt zu politisch profilierten Bürgern der DDR, die eine Stellungnahme zum Flüchtlingsdrama und dem Ausweg aus diesem Dilemma abgeben konnten und wollten. So wurden in *Kennzeichen D* neben

³²⁷ Bohley, Bärbel: DDR – Zwischenzeiten, in: Grenzfall 1-12, Samisdat Berlin 1988, S. 28-30, zit. n. Neubert 1997, S. 807.

³²⁸ Z.B. in *Kennzeichen D* vom 5.7.1989: Dort wurde zum einen über die Berichterstattung des staatlichen Fernsehens der DDR berichtet, zum anderen auch über die Aktionen der Oppositionellen anhand von Amateurvideoaufnahmen; zur Wirkung der Berichterstattung auf die DDR-Bevölkerung s. Lindner, Bernd: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 1998 (Bundeszentrale für politische Bildung), S. 33/34; Timmer 1999, S. 110/111; Baule, Bernward: „Wir sind das Volk!“. Politische Bedienungsfelder der Freiheitsrevolution in der DDR, in: Löw, Konrad (Hg.): Ursachen und Verlauf der deutschen Revolution 1989, Berlin 1991, S. 17-44, hier: S. 36.

³²⁹ Informationen über die Durchführung kirchlicher Solidaritätsveranstaltungen im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in der VR China, MfS, ZAIG, Nr. 321/89 vom 30.6.1989, in: Mitter/Wolle 1990, S. 79-81.

³³⁰ Informationen über die Durchführung kirchlicher Solidaritätsveranstaltungen... (ZAIG, Nr. 321/89), S. 81, Sendedatum unbekannt.

³³¹ Zur Arbeit der Opposition in den Sommermonaten: Neubert 1997, S. 818/819.

³³² S. dazu Pleitgen 1989.

ehemaligen DDR-Bürgern (Erich Loest, Jurek Becker)³³³ mehr und mehr als staatskritisch und oppositionell geltende Personen interviewt, z.B. der damalige Vorsitzende des DDR-Kirchenbundes Manfred Stolpe sowie der Pfarrer und spätere Mitbegründer des „Demokratischen Aufbruchs“, Friedrich Schorlemmer³³⁴. Auch im *heute-journal* und den *Tagesthemen/Bericht aus Bonn* kam kritische DDR-Prominenz zu Wort und appellierte an die Besonnenheit der Fluchtwilligen³³⁵.

Der erste Bericht von einer Montagsdemonstration in Leipzig war in der 20 Uhr-*Tagesschau* vom 4.9.1989 als erste Meldung zu sehen. Die erste Demonstration nach der Sommerpause fand unter besonderen Bedingungen statt: Zur gleichen Zeit fand die Leipziger Messe statt, zu der gewöhnlich immer viele westliche Journalisten akkreditiert wurden, um von dieser für die DDR-Wirtschaft wichtigen Leistungsschau berichten zu können. Es war daher für die Sicherheitsorgane schwierig, Dreharbeiten in Leipzig zu verhindern. So konnte die *Tagesschau* einen längeren Bildbericht über die Demonstration bringen und auch das Einschreiten der Staatssicherheit dokumentieren. Im Bericht war zu sehen, wie das Transparent mit der Aufschrift „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ unmittelbar nach seiner Entfaltung von zivilen Polizisten oder Mitarbeitern der Staatssicherheit heruntergerissen wurde, was eine Rangelei zwischen Demonstranten und den einschreitenden Sicherheitskräften zur Folge hatte. Begleitet wurde diese von dem Ruf etlicher Demonstranten „Wir wollen raus!“³³⁶. Diese Parole machte besonders deutlich, welche Teile der Oppositionellen oftmals zu radikaleren Methoden griff: Die Ausreisewilligen stellten schon immer einen bedeutenden Anteil an den verschiedenen Oppositionsgruppen. Sie erhofften sich durch die Teilnahme an solchen Veranstaltungen in vielen Fällen eine schnellere Ausreisegenehmigung – und die DDR-Führung gab ihnen häufig damit Recht. So wurden vor der Kommunalwahl 1989 allein in Leipzig 2000 „Antragsteller auf ständige Ausreise“ ausgewiesen, um aggressive Proteste von deren Seite zu verhindern³³⁷. Für die Kamerateams der westlichen Fernsehsender waren die Ausreisewilligen daher immer ein Garant für spektakuläre Bilder - wie bei dieser Montagsdemonstration. Diese suchten den Konflikt mit der Staatsmacht und gefährdeten damit oftmals die Strategie der friedlich demonstrierenden und weniger aggressiv agierenden Oppositionellen, was wiederholt für Konflikte beider Gruppen miteinander führte. Dennoch können die Ausreisewilligen rückblickend als

³³³ Erich Loest in *Kennzeichen D* vom 2.8.1989, Jurek Becker in der Sendung vom 16.8.1989.

³³⁴ *Kennzeichen D* vom 16.8.1989 (Stolpe) und vom 30.8.1989 (Schorlemmer); Material mit Schorlemmer laut ZDF bei Brand vernichtet.

³³⁵ So z.B. Stefan Heym am 11.8.1989 im *Bericht aus Bonn* und Manfred Stolpe im *heute-journal* v. 16.8.1989.

³³⁶ *Tagesschau* vom 4.9.1989 (20 Uhr).

diejenigen betrachtet werden, die mit ihrem (Un-)Mut die ersten öffentlichkeitswirksamen und damit mediengerechten Aktionen initiierten³³⁸.

Andererseits wurde in diesem *Tagesschau*-Bericht auch darauf hingewiesen, dass sie lediglich die Hälfte der Demonstranten stellten, und die andere Hälfte „oppositionelle Gruppen“ seien, „die bleiben wollen, aber für Reformen im Land auf die Straße gehen“³³⁹. Darüber hinaus stellte der Korrespondent Horst Hano eine neue Qualität des Engagements fest, in dem er bemerkte, dass letztere „dafür hohe Geldstrafen und neuerdings auch Freiheitsstrafen riskieren“ würden³⁴⁰. Der Zuschauer in der DDR konnte sich folglich davon überzeugen, dass die Proteste eine höhere Stufe erreicht hatten und zunehmend ernster zu nehmen waren. Gleichzeitig konnte er im Umgang der Sicherheitskräfte mit den Demonstranten entnehmen, dass die SED in keiner Weise gewillt war, sich auf einen Dialog einzulassen.

Der Eindruck, dass sich in der DDR immer mehr Menschen nicht mit dem von ihnen als frustrierend empfundenen Zuständen abfinden wollte, zeigte wenige Tage später auch der Bericht von einer Demonstration auf dem Alexanderplatz sowie der Meldung, dass Bürgerrechtsgruppen in einem Brief an das Zentralkomitee der SED eine „Öffnung und Demokratisierung“ verlangen würden³⁴¹.

Eine Initialzündung für die Mobilisierung von noch Inaktiven stellte aber die Meldung dar, dass sich eine oppositionelle Gruppe namens „Neues Forum“ um eine staatliche Zulassung bemühen wolle³⁴². In der Sendung *Kennzeichen D* vom 13.9.1989 wurden zwei der Wortführer dieser Vereinigung vorgestellt: Rolf Henrich und Bärbel Bohley. Um das Interviewverbot für westliche Korrespondenten zu umgehen, fertigten beide ein Amateurvideo an, um eine selbstgesprochene Stellungnahme für die Westmedien anbieten zu können³⁴³. Diese Methode wurde von Bohley des öfteren angewandt, um die Akteure des Neuen Forums über das Westfernsehen bekannt zu machen³⁴⁴. Zugleich war es eine der Bemühungen, die am deutlichsten belegen, dass die Opposition in der DDR die Tatsache, dass nur über die Westmedien eine für die Mobilisierung notwendige Publizität zu erreichen war, deutlich erkannt und genutzt hat.

³³⁷ Lindner 1998, S. 27.

³³⁸ S. a. Neubert 1997, S. 825.

³³⁹ Diese Einschätzung wurde am selben Abend in der Ansage für den Bericht durch Sabine Christiansen noch einmal verstärkt: „Nicht alle der jungen Leute wollen ausreisen. Es gingen vor allem die mit auf die Straße, die sich für mehr Demokratie und Reisemöglichkeiten einsetzen“, *Tagesthemen* vom 4.9.1989 (22.30).

³⁴⁰ *Tagesschau* vom 4.9.1989 (20 Uhr)

³⁴¹ *Tagesschau* vom 7.9.1989 (20 Uhr)

³⁴² *Tagesschau* vom 11.9.1989.

³⁴³ *Kennzeichen D* vom 13.9.1989.

³⁴⁴ Timmer 1999, S. 156.

Nicht zu verifizieren ist in diesem Zusammenhang die Ansicht der Staatssicherheit in einem internen Lagebericht, das Equipment für solche Aufnahmen sei z.T. von westlichen Journalisten illegal in die DDR eingeführt worden, um die Selbstdarstellung der Opposition fernsehtauglich zu ermöglichen. Abwegig ist diese Behauptung jedoch nicht, denn die an gleicher Stelle gemachte Bemerkung, westliche Korrespondenten würden auch Materialien für die Herstellung von Druckerzeugnissen einschmuggeln, entsprach den Tatsachen – und zeigt erneut die geringe Distanz zwischen Berichterstat-ter und Berichtsgegenstand³⁴⁵.

Die Chance der aktiven Mobilisierung nutzend forderte Henrichs im besagten Video die Bürger in der DDR auf, sich nicht ihrem Schicksal zu ergeben. Sein direkter Blick in die Kamera hatte fast den Charakter einer Rede an das Volk:

„Das Entscheidende ist für mich, dass sich eine totale Perspektivlosigkeit breit macht unter den hier lebenden Menschen und niemand kann ohne eine Perspektive leben – auch nicht der DDR-Bürger. Wenn das tatsächlich so ist, dann müssen wir jetzt - und zwar sehr schnell - unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Dann müssen wir uns zur Opposition formieren, um als Opposition über die Perspektive unseres Landes nachzudenken. Insoweit halte ich es für wichtig, dass wir eine breite Plattform schaffen, von der aus die Menschen politisch-alternativ handeln können.“³⁴⁶

Ähnlich, aber konkreter auf die Fluchtwelle eingehend, äußerte sich Bärbel Bohley:

„Das sind die Menschen, die eigentlich nicht mehr glauben, dass sie in diesem Land hier etwas verändern können (...). Sie gehen weg, und das ist eigentlich die (...) potentielle Opposition, die hier in diese Land etwas verändern könnte.“³⁴⁷

Damit sprach sie das Thema an, welches die Menschen in der DDR am meisten beschäftigte. Auch in den Gründungspapieren vom Neuen Forum und der anderen, nun entstehenden organisierten oppositionellen Gruppen nahm die Fluchtwelle einen hohen Stellenwert bei der Motivationsbeschreibung der Akteure ein. Das Neue Forum sprach in seinem Gründungsaufruf von „massenhafter Auswanderung“ und „Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes“, an denen die gestörte Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft deutlich würde³⁴⁸. Der Demokratische Aufbruch formulierte: „Immer mehr

³⁴⁵ Zu den Stasivermutungen s. MfS, ZAIG, Nr. 150/89: Informationen über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen, in: Mitter/Wolle 1990, S. 46-71, hier: S. 50; zur illegalen Einfuhr von Druckmaschinen und Farbe für die oppositionellen Druckschriften durch Journalisten s. Interview mit dem Drucker des „telegraph“, Frank Ebert, in: „Chronik der Wende: 14.10.1989“ vom 13.10.1999 (ARD).

³⁴⁶ Amateurvideo in *Kennzeichen D* vom 13.9.1989.

³⁴⁷ Amateurvideo in *Kennzeichen D* vom 13.9.1989.

³⁴⁸ Gründungsaufruf des Neuen Forums: Eine politische Plattform für die ganze DDR, in: Rein, Gerhard (Hg.): Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989, S. 13.

Menschen verlassen es [das Land, d.V.], sie haben die Hoffnung auf ein sinnvolles Leben hier aufgegeben. Andere bleiben und suchen nach Wegen, endlich zu tun, was getan werden muß. Nötig ist eine demokratische Umgestaltung“³⁴⁹.

Diese Aufrufe, die unter den gegebenen Bedingungen lediglich in hektographierter Form verbreitet werden konnten, hätten nie von einer für eine ausreichende Mobilisierung notwendigen Anzahl von Bürgern zur Kenntnis genommen werden können, wenn es nicht die Westmedien gegeben hätte. Nicht nur in *Kennzeichen D* war der Gründungsaufruf des Neuen Forums thematisiert worden, sondern auch in den Nachrichtensendungen dieser Tage. Die *Tagesthemen* berichteten am 18.9.1989 ebenfalls ausführlich über das Neue Forum: In der Sendung war nicht nur der Gründungsaufruf zu sehen, sondern es wurde auch daraus zitiert. Bei einem Besuch des Fernseheteams in der Wohnung von Bohley wurde darüber hinaus mit ihr ein Interview geführt, das – ganz offensichtlich – über den Umweg eines gefilmten vorgetäuschten Telefonates organisiert wurde, um das Verbot von direkten Interviews zu umgehen³⁵⁰.

In dem Bericht wurde Bohley als Person beschrieben, die für die Westmedien „fast wider Willen zu einer Sprecherin der Gruppe“ geworden sei. Sie gehörte tatsächlich mit einigen anderen wie Henrich oder Jens Reich zu denen, die ausschließlich über die Westmedien in der DDR bekannt gemacht wurden und die der Bewegung besonders – was das visuelle betraf – mithilfe des Fernsehens das sprichwörtliche „Gesicht“ gaben. Dieses war für die Mobilisierung eine wichtige, aber die demokratische Entwicklung innerhalb einer solchen Bewegung prinzipiell auch gefährdende Tatsache, da dieser Status innerorganisatorisch durch nichts legitimiert war³⁵¹. In diese Richtung argumentiert auch Vera Lengsfeld (ehem. Wollenberger), indem sie feststellt, dass aufgrund der Zuspitzung der Akteure auf wenige von den Medien erschaffene Führerfiguren „die Breite der Bürgerbewegungen in den Medien durchaus nicht reflektiert worden ist“³⁵².

Von dem erwähnten Tagesthemenbericht ging aber auch seitens des Korrespondenten eine zumindest implizierte Ermutigung aus, an der demokratischen Reformierung des Staates mitzuwirken, wenn er – hier taucht wieder der Aspekt der Quantität auf – die Entwicklung der Unterschriften unter den Aufruf des Neuen Forums auch optisch mit den unterschriebenen Listen dokumentierte und damit anderen Mut machte, sich in diese wachsende, möglicherweise nicht mehr zu ignorierende Masse einzureihen: „Aus 30

³⁴⁹ Aufruf zum „Demokratischen Aufbruch – sozial, ökologisch“, in: Rein 1989, S. 34-37, hier: S. 34.

³⁵⁰ *Tagesthemen* vom 18.9.1989 (22.30 Uhr).

³⁵¹ S. dazu Raschke 1988, S. 345, Schmitt-Beck, S. 649/650 sowie S. 14 dieser Untersuchung.

³⁵² Zit. n. Lindgens/Mahle 1992, S. 101.

Erstunterzeichnern sind mittlerweile schon 1500 geworden und die Zahl wächst täglich“³⁵³.

Diese und ähnliche Berichte im Westfernsehen oder dem Deutschlandfunk zeigten auch ihre Wirkung in der Bevölkerung. Etliche Menschen, die nach der Gründung des Neuen Forums aktiv wurden, bezogen sich ausdrücklich auf die Berichterstattung der westlichen Medien, um den Augenblick zu beschreiben, der sie mobilisiert hat: „In Scharen gingen die Menschen nach Ungarn. In dieser desolaten Situation kam dann dieses Interview [mit Jens Reich, d.V.], und das baute mich wieder auf, da habe ich das erste mal wieder Luft geholt“³⁵⁴. Ähnliche Kommentare gab es auch von Gruppengrüdern in anderen Städten der DDR, die zuvor oftmals gar keinen Kontakt zu den Aktivisten der Opposition hatten³⁵⁵. Gleichzeitig machte die zunehmende Mobilisierung auch den mobilisierend Tätigen in der Bewegung Mut: Klaus-Dieter Feige betont im Rückblick, dass „die Solidarität, vielleicht auch die sensationslüsterne Solidarität der Medien [...] für uns eine richtige Hilfe war, um zu wissen: Da sind noch welche“³⁵⁶.

Dass auch anderen oppositionellen Initiativen die Möglichkeiten des Westfernsehens zu nutzen wussten, zeigt eine spätere, fast schon rechtfertigende Bemerkung von Rainer Eppelmann: „Wie sollte das sonst bei uns gehen? Sollten tausend Leute per Fahrrad ausschwärmen, um anderen schnell Bescheid zu sagen, was wir gerade überlegt hatten? [...] Für uns damals in der DDR war es eine glückliche Situation, dass es das westliche Fernsehen und die anderen westlichen Medien gab.“³⁵⁷. Ebenso äußerte sich Gerd Poppe bezüglich des Zusammenhangs zwischen Westmedien und der schnell anwachsenden Demonstrationzahl: Er konstatierte rückblickend, dass es „nahezu undenkbar [sei], daß wir das mit unserer Handvoll Leuten in gleicher Geschwindigkeit erreicht hätten“³⁵⁸.

Im Westfernsehen häuften sich daher nun Meldungen von oppositionellen Aktivitäten. Zudem wurde mehr und mehr die Einschätzung vertreten, die Opposition in der DDR könne die Flüchtlingswelle stoppen - oder zumindest hoffte man dies, damit sich die von den Medien mitverursachte Eskalation der Fluchtwelle etwas hätte beruhigen können. So berichtete Franz Alt in einem Kommentar von einem DDR-Bürger, der gesagt

³⁵³ *Tagesthemen* vom 18.9.1989 (22.30 Uhr).

³⁵⁴ So Stefan Waldau, Mitbegründer des Neuen Forums Görlitz, in: Schneider, M.: „Und plötzlich ging alles so schnell“ - Wende und Wandel in Görlitz, Wiesbaden 1991, S. 141, zit. n. Timmer 1999, S. 157.

³⁵⁵ Timmer 1999, S. 155.

³⁵⁶ Zit. n. Lindgens/Mahle 1992, S. 98.

³⁵⁷ Diskussionsbeitrag Rainer Eppelmanns, in: Materialien der Enquete-Kommission 1995, Bd. VII/1, S. 303; s.a. Timmer 1999, S. 156.

³⁵⁸ Zit. n. Lindgens/Mahle 1992, S. 99.

habe, dass er „eigentlich [...] auch über Ungarn fliehen“ wollte, „aber jetzt, wo es das Neue Forum gibt“, in der DDR bleiben wolle³⁵⁹.

Außerdem wurden an verschiedenen Stellen Solidaritätsaktionen, aber auch erste Erosionserscheinungen der alten Nomenklatur sichtbar³⁶⁰. In der *Tagesschau* und den *Tagesthemen* vom 16.9. und 19.9. bekam der Zuschauer in der DDR nicht nur Berichte über die Synode der evangelischen Kirche der DDR zu sehen, bei der Kritiker zu Wort kamen und berichtet wurde, dass sich eine Gruppe namens „Demokratie Jetzt“ gegründet habe, sondern sie vernahmen auch das erste Mal kritische Stimmen einer der Blockparteien. Martin Kirchner von der DDR-CDU brachte auf einer - bisher völlig unüblichen - Pressekonferenz die Position einiger Mitglieder auf den Punkt: „Es ist aber allerhöchste Zeit, dass die Öffentlichkeit nicht nur informiert wird, sondern dass die Öffentlichkeit, d.h. unser ganzes Volk muss in die Diskussion einbezogen werden, es muss einfach wieder Normalität werden, dass gesellschaftliche Probleme [...] auch in einem offenen und hörbaren Gespräch ausdiskutiert wird [werden]“³⁶¹. Ähnliches, wenngleich in abgeschwächter Form, wurde am 20.9.1989 von Manfred Gerlach (LDPD) berichtet³⁶². Auch Hans Modrow, der Dresdner SED-Bezirkssekretär, wurde im Westfernsehen als Hoffnungsträger dargestellt, der den Wandel innerhalb der SED herbeiführen könnte³⁶³. In der *Tagesschau* vom 19.9.1989 wurde darüber hinaus über die Montagsdemonstration vom Vortag in Leipzig berichtet und das Ritual dieser Demonstration herausgestellt. Spätestens jetzt wusste jeder DDR-Bürger und vor allem jeder Leipziger, der Westfernsehen empfangen konnte, wo er sich an Protestaktionen gegen das Regime beteiligen konnte, ohne dass er dafür ein Flugblatt oder ähnliches benötigt hätte – der wiederkehrende Termin machte dies nach einmaliger Information obsolet³⁶⁴.

Nachdem in der *Tagesschau* vom 22.9.1989 die Nichtzulassung des Neuen Forums durch die DDR-Behörden als für die Weiterentwicklung der Opposition nicht hinderlich dargestellt wurde³⁶⁵, wurde am 24.9.1989 die Stellung des Neuen Forums als wichtigste Oppositionsgruppe aus Sicht der Westmedien gefestigt. In einer Falschmeldung wird das Missverständnis deutlich, dem die westdeutschen Korrespondenten unterlagen: In einem Bericht war die Rede von einem Treffen der Oppositionsgruppen, dass zum Ziel

³⁵⁹ *Tagesthemen* vom 22.9.1989 (22.30 Uhr).

³⁶⁰ Zum Solidaritätsappell von Künstlern s. a. *Kennzeichen D* vom 29.9.1989.

³⁶¹ *Tagesthemen* vom 19.9.1989 (22.30 Uhr), grammatikalischer Fehler im Zitat durch Kirchner.

³⁶² *Tagesschau* vom 20.9.1989 (20 Uhr).

³⁶³ *Kennzeichen D* vom 27.9.1989, *Tagesschau* vom 26.9.1989 (20 Uhr).

³⁶⁴ *Tagesschau* vom 19.9.1989 (20 Uhr), zur Bedeutung der Berichterstattung auf die Formierung des Protestes in Leipzig s. auch Zwahr, Hartmut: Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993², S. 50..

gehabt habe, alle oppositionellen Initiativen unter dem Dach des Neuen Forums zusammenzuführen, was jedoch nicht den Tatsachen entsprach³⁶⁶. Weiter verstärkt wurde diese Vorstellung durch die Berichterstattung der Folgetage bezüglich der Demonstrationen, in der nicht nur vom wöchentlichen Anwachsen der Teilnehmerzahlen berichtet wurde, sondern auch als Hauptforderung der Demonstranten die Zulassung des Neuen Forums genannt wurde³⁶⁷. So falsch diese Einschätzungen waren: Sie erweckten den Eindruck, als wäre das Neue Forum eine mittlerweile mächtige und landesweit organisierte Gruppe, der eine Konfrontation mit dem Regime zuzutrauen wäre – und dies konnte etwaigen Zögerern unter den systemkritischen Inaktiven Mut machen, sich doch zu engagieren.

In diese Zeit der im Westfernsehen vermuteten Erstarkung der DDR-Opposition fiel nun der 40. Jahrestag der DDR. Es stellte angesichts der Flüchtlingswelle für viele einen anachronistischen Zynismus dar, wenn der Staat sich selbst feiere und gleichzeitig Zehntausende das Land verließen³⁶⁸. Das Datum fiel zusammen mit den schon seit der Kommunalwahl an jedem 7. des Monats wiederkehrenden Demonstrationen gegen die Wahlfälschungen. An diesem 7. war jedoch war die Provokation durch die Demonstranten für die Parteiführung noch größer, da man sich um den propagandistischen Erfolg der Jubiläumsfeiern gebracht sah. Folglich kam es bei den vielen Demonstrationen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Oppositionellen und Ausreisewilligen auf der einen und der Volkspolizei auf der anderen Seite³⁶⁹. Bilder davon aus Ost-Berlin und Leipzig sendete die *Tagesschau* am 7.10. und 8.10.1989, zudem informierte Rainer Eppelmann das ZDF und seine Zuschauer am 8.10. per Telefoninterview über die Proteste³⁷⁰. Die Aufnahmen vom 8.10. zeigten, wie wehrlose und offensichtlich friedfertige Demonstranten von Polizisten niedergeknüppelt wurden. ARD-Korrespondent Claus Richter wies den Protesten einen historischen Rang zu: „Eine solche Demonstrationswelle hat die DDR seit dem 17. Juni 1953 nicht mehr erlebt“³⁷¹. Besonders schwer erträglich war für die SED, dass nun der Protest in größerem Umfang auch die Hauptstadt der DDR erreicht hatte. Dass die DDR-Medien diese Demonstrationen dennoch als Marginalie abtaten, sorgte angesichts der Tatsache, dass die Zuschauer es aus dem

³⁶⁵ *Tagesschau* vom 22.9.1989 (20 Uhr); Bärbel Bohley informierte die westlichen Medien unmittelbar nachdem sie über die Nichtzulassung informiert wurde, s. Stephan 1994, S. 169.

³⁶⁶ *Tagesschau* vom 24.9.1989 (20 Uhr); zur Falschmeldung auch Timmer 1999, S. 158.

³⁶⁷ *Tagesschau* vom 26.9.1989 und vom 2.10.1989 (jeweils 20 Uhr).

³⁶⁸ Baule 1991, S. 35/36.

³⁶⁹ *Tagesschau* vom 8.10.1989 (20 Uhr); Bahrman/Links 1994, S. 8.

³⁷⁰ Laut Leder 1990, S. 107 in einem ZDF-Spezial mit dem Titel „Was tun für Deutschland?“

³⁷¹ *Tagesschau* vom 8.10.1989 (20 Uhr).

Westfernsehen besser wussten und zudem diesmal auch prominente Berliner unter den Opfern waren, für eine noch stärkere Mobilisierung³⁷².

Es war zudem absehbar, dass die DDR mit ihren Maßnahmen allein stand. Ganz im Gegensatz zu den in den staatseigenen Nachrichten propagierten unumstößlichen Solidarität der Sowjetunion zur Politik der DDR vertrat Gorbatschow vor den Linsen und Mikrofonen der westlichen Fernsehteams die Ansicht, dass Reformen nicht unterbleiben könnten, wenn man den Staat lebensfähig halten wolle. In der *Tagesschau* wurde das Interview gesendet, in dem er einen zentralen, nachher in anderer Übersetzung bekannt gewordenen Satz sprach: „Ich glaube, Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren“³⁷³. Und weiter: „Wer die von der Gesellschaft ausgehenden Impulse aufgreift und dementsprechend seine Politik gestaltet, der dürfte keine Angst vor Schwierigkeiten haben“³⁷⁴.

Diese Aussage, welche die DDR-Bürger am Bildschirm mitverfolgen konnten, bedeutete nicht nur eine Ohrfeige für die DDR-Führung und schwächte die Loyalität zu ihr, sondern machte indirekt auch endgültig deutlich, dass die Sowjetunion sicher nicht mit militärischer Gewalt oppositionelle Kräfte bekämpfen würde, wie dies 1953 geschah – auch wenn davon ohnehin nicht mehr viele ausgingen³⁷⁵. Darüber hinaus war es eine – wenngleich auch unbeabsichtigte Solidarisierung mit denjenigen Menschen in der DDR, die eine Veränderung wünschten – weswegen ihm selbst beim Fackelzug der sonst staatstreuen FDJ am Abend des nächsten Tages „Gorbi, Gorbi“ und gar „Gorbi, hilf uns!“ entgegenschallte³⁷⁶.

Am Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik kam in Schwante zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei (SDP), die anlässlich des Datums auf die SED-Führung wie ein Kampfansage wirken musste und sollte³⁷⁷. Den Bericht darüber in der *Tagesschau* schloss Claus Richter mit der Feststellung „Die Opposition in der DDR gewinnt an Boden“ ab³⁷⁸. Die SDP hatte ähnlich wie das Neue Forum erkannt, dass sich die Gründung am schnellsten über die Westmedien verbreiten lassen würde und sorgte daher dafür, dass diese noch während der Gründungsversammlung informiert

³⁷² Neubert 1997, S. 852.

³⁷³ Später mit „wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ übersetzt.

³⁷⁴ *Tagesschau* vom 6.10.1989 (20 Uhr) und *Tagesthemen* vom gleichen Tag, sowie *Kennzeichen D* vom 11.10.1989

³⁷⁵ Joppke 1995, S. 152; zur Einschätzung der Sowjetunion durch die DDR-Bürger s. Opp, Karl-Dieter/Voß, Peter: *Die volkseigene Revolution*, Stuttgart 1993, S. 246.

³⁷⁶ Staritz 1996, S. 364.

³⁷⁷ Reiche 1993, S. 23/24.

³⁷⁸ *Tagesschau* vom 8.10.1989 (20 Uhr).

wurden³⁷⁹. So konnte Tagesschausprecher Brauner im Anschluss an den Bericht von Richter nicht nur Auszüge aus der Gründungsurkunde verlesen, sondern auch detailliert über die Umstände und den Ablauf der Gründungsversammlung Auskunft geben, ohne das ein westlicher Korrespondent dabei gewesen wäre³⁸⁰.

Ein weiteres Ereignis dieser beiden Tage, über das die westlichen Medien berichteten, war ein Treffen von 2500 Aktivisten verschiedener oppositioneller Gruppen in der Ostberliner Erlöserkirche, auf dem ein gemeinschaftliches und besonnenes Vorgehen zur Demokratisierung und der Bildung gemeinsamen Wahlbündnisses bei den geforderten freien Wahlen beschlossen wurde. ARD und ZDF berichteten in ihren Nachrichtensendungen darüber in der dafür notwendigen Kürze³⁸¹. Kennzeichen D jedoch brachte einen siebzehnminütigen Bericht, in dem ausführlich die Motivation der dort versammelten Gruppen dargestellt wurde³⁸². Reden von Oppositionellen wie Ulrike Poppe (Demokratie jetzt), Gerd Poppe (IFM), Rolf Henrich (Neues Forum), Rainer Eppelmann (DA), Hans-Jürgen Fischbeck (Demokratie Jetzt) sowie des später als informeller Mitarbeiter enttarnten Ibrahim Böhme (SDP), die ausschnittsweise gezeigt wurden, brachten zum Vorschein, dass es neben dem Neuen Forum auch andere Gruppen gab, die sich für Veränderungen in der DDR einsetzten. Gleichzeitig setzte die Bewegung ein Zeichen der Gemeinsamkeit, auch wenn sie inhaltlich, strategisch und oft auch persönlich einiges trennte³⁸³. Für Zuschauer in der DDR, die niemals eine oppositionelle Veranstaltung im kirchlichen Umfeld besucht hatten, musste die offene Diskussion auf einer Veranstaltung mit freimütigen Reden eine ganz neue Erfahrung sein.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die oppositionellen Gruppen im Jahr 1989 zunächst keine größere Rolle in der westdeutschen Medienlandschaft spielten, sieht man von den Vorkommnissen um die Kommunalwahl und die Proteste gegen die Reaktionen der SED auf das Massaker in Peking ab. Dennoch hielten diese relativ kleinen Proteste das Bewusstsein wach, dass es überhaupt eine Opposition gab. In den Monaten der eskalierenden Fluchtbewegung entwickelte sie sich zum Hoffnungsträger für eine Lösung der Probleme in der DDR, woran die westlichen Medien, allen voran ARD und ZDF nicht unbeteiligt waren. Sie präsentierten die oftmals sehr kleinen Gruppen als die po-

³⁷⁹ Timmer 1999, S. 156.

³⁸⁰ *Tagesschau* vom 8.10.1989 (20 Uhr).

³⁸¹ *Tagesschau* vom 6.9. u. 7.9.1989 (20 Uhr), *heute* vom 6.9.1989 (19 Uhr).

³⁸² *Kennzeichen D* vom 11.9.1989.

tentiellen Retter der DDR, ohne das jene zu diesem Zeitpunkt eine annähernd ausreichende organisatorische Basis gehabt hätten, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Die mediale Thematisierung fand jedoch nicht nur einseitig durch die Westmedien statt: Den Gruppen war, wie gezeigt wurde, die Notwendigkeit bewusst, die westlichen Medien dazu zu nutzen, um die eigenen Anliegen DDR-weit zu verbreiten und damit eine Mobilisierung auch derjenigen zu bewirken, die sich nicht in kirchlich-oppositionellen Kreisen bewegten. Diesen Weg der Mobilisierung verstanden sie, obwohl sie nicht viel Erfahrung damit haben konnten, sehr professionell zu nutzen. Gleichwohl fanden sie in den westlichen Korrespondenten in den Septembertage auch dankbare Abnehmer für die oppositionellen Stellungnahmen.

Die Fernsehmeldungen über immer größere Unterstützung für diese oppositionellen Gruppen und die Bilder von immer größer anwachsenden Menschenmengen, die den Mut hatten, auf offener Straße gegen das Regime zu demonstrieren, waren Ansporn für viele, die bis dahin nicht an Veränderungen geglaubt hatten und sich daher auch nicht regimekritisch betätigt hatten. Sie „enttabuisierten“ Protest und Demonstrationen und förderten deren Ausbreitung³⁸⁴. Die Bilder von den friedlich demonstrierenden Menschen sowie die Interviews und Statements von Oppositionellen, welche die Zuschauer in der DDR den westlichen Fernsehnachrichten und Magazinsendungen entnehmen konnten, widerlegten und entlarvten zudem das propagandistisch produzierte Bild der DDR-Medien von den „Randalierern“, die sich republikfeindlich und vom Westen ferngesteuert betätigen würden. Das damit einhergehende Unverständnis über die darin beinhaltete Verleumdung von Kräften, welche die DDR mittels Veränderung doch retten wollten, dürfte nochmals für eine Mobilisierung in diesen Tagen gesorgt haben – und gerade in diesen Anfangstagen des öffentlichen Protestes war, wie die Ereignisse am 9. Oktober in Leipzig zeigen sollten, die Mobilisierung am wichtigsten, wollte man eine für die Regierung nicht mehr zu ignorierende Größe erreichen.

3. Der 9. Oktober in Leipzig und der Beginn des sichtbaren Machtverfalls

Die Tage nach dem 40. Jahrestag waren aus etlichen, z.T. schon in Kapitel III genannten Gründen die wichtigsten für den erfolgreichen Umbruch in der DDR. Daher soll im Folgenden untersucht werden, inwieweit die Ereignisse in der Berichterstattung des

³⁸³ Reiche, Steffen: Motivation der Gründergeneration, in: Dowe, Dieter/Eckert, Rainer (Hg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR, Bonn 1993, S. 21-28, hier: S. 25.

Westfernsehens eine Rolle spielten, wie sie aufbereitet wurden und welche Auswirkungen diese Berichterstattung hatte. Vornehmlich sollen die Ereignisse am 9. Oktober in Leipzig sowie die Entwicklung der Folgetage bis zur Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär beleuchtet werden. Unter dem Blickwinkel der vorliegenden Studie bildet dieser Zeitpunkt zugleich den Abschluss des Betrachtungszeitraumes, da mit dem Amtsantritt Krenz' die schon beschriebene schlagartige Änderung der Kommunikationspolitik eintrat, die eine ohnehin nicht ohne Schwierigkeiten zu konstatierende Wirkung des westlichen Fernsehens auf die Entwicklung in der DDR gänzlich zur Spekulation werden ließe.

Der 9. Oktober fand noch nicht am selben Tag einen großen Widerhall in den westlichen Medien, da westliche Korrespondenten nicht nach Leipzig hineinkamen – so zumindest die zunächst vorherrschende Auffassung. In der *20-Uhr-Tagesschau* wurde daher zunächst über einen Aufruf der Kirche der DDR zur Mäßigung berichtet. Rainer Eppelmann habe angeregt, die Demonstrationen für das Erste zu beenden, „um Ruhe für Veränderungen einkehren zu lassen“³⁸⁵. Im weiteren Verlauf der Sendung wurden die Demonstrationen des Vortages noch einmal erwähnt und die dazu gehörigen Behinderungen der westlichen Journalisten geschildert. ARD-Reporter hatten zudem von Demonstrationen in Leipzig mit mindestens 10.000 Teilnehmern gehört, die Stadt sei für sie selber aber vollkommen gesperrt gewesen.

Aber schon in den Tagesthemen des selben Abends konkretisierte sich das Bild: Nun war schon von „mindestens 50.000, vielleicht sogar 80.000 Menschen“ (Moderator Friedrichs) die Rede. Zudem wurde von dem „sensationellen“ Aufruf der Sechs berichtet, mit dem sich das erste Mal hohe SED-Funktionäre für einen Dialog eingesetzt hätten. Da keine Bilder vorlagen, versuchte man die Lage in Leipzig mittels eines Interviews mit dem am Geschehen beteiligten Pfarrer Wonneberger zu erhellen. Wonneberger zeigte sich ebenfalls „überrascht“ über das Dialogangebot der regionalen Spitzenfunktionäre. Zudem schilderte er die Befürchtungen, die man in Leipzig hinsichtlich eines „sehr großen Polizeieinsatzes“ hatte. Wonneberger gab zu verstehen, dass man trotz aller Skepsis die Stellungnahme insbesondere der SED-Funktionäre als „verheißungsvoll“ und als „Signal“ verstehen könne, da sie sich öffentlich für Veränderungen einsetzten. Schon in der Sendung wurde zudem vor allem durch Friedrichs die nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen der letzten Tage erstaunliche Zurückhaltung als Einlenken des Staates interpretiert. Insgesamt waren sich Akteure und Journalisten

³⁸⁴ Lindgens/Mahle 1992: S. 99.

schon am Abend des Geschehens über die historische Tragweite desselben erstaunlich bewusst.

Auch in der Bevölkerung führte die westliche Berichterstattung zu solchen Schlüssen: *„Dann hatte ich eben in den Spätnachrichten gehört, dass bei dieser Demonstration in Leipzig 70.000 waren und dass es friedlich abgelaufen ist [...], und ich wußte irgendwie, das war der Untergang der DDR, das hatte sich erledigt. Die ganzen Leute hatten Mut gefaßt ...“*³⁸⁶

Bestätigt wurden diese Vermutungen durch die Meldungen des Folgetages: Es sei von Seiten der evangelischen Kirche von einem „bemerkenswerten Sinneswandel der Staatsführung“ gesprochen worden. Zwischenzeitlich hatte die Tagesschau auch Bilder von der Demonstration erhalten, die die große Menge der Demonstranten und die offensichtliche Friedfertigkeit auf beiden Seiten dokumentierte³⁸⁷. Die Maßnahmen, die Mielke ergriffen hatte, um die „subversiven [...] Aktivitäten“ der westlichen Journalisten zu unterbinden, hatten ganz offensichtlich nicht gegriffen³⁸⁸.

Die Aufnahmen waren jedoch unter schwierigsten Bedingungen zustande gekommen und zeigten noch einmal, dass das Ermöglichen der Berichterstattung über die Geschehnisse im Westfernsehen für die Oppositionellen vor Ort eine große Bedeutung hatte, für die sie auch Repressalien seitens der Sicherheitsbehörden Kauf nahmen. Die Aufnahmen waren zum größten Teil von den Berliner Oppositionellen Siegbert Schefke und Aram Radomski gefilmt worden, die sich dazu mithilfe des Pfarrers Zugang zum Turm der reformierten Kirche im Zentrums Leipzig verschafft hatten, von wo aus sie einen guten Überblick über den Demonstrationszug hatten. Schefke, der genau so wie Radomski wegen dieser Aktion bei Entdeckung mit Bestrafung rechnen musste, sagte zu seiner Motivation später: „Wir wollten einfach ein Dokument schaffen, am nächsten Tag, dass die DDR-Bürger sehen, da passiert was, da ist was los auf den Straßen, da müssen wir hin, damit es einfach mehr werden“³⁸⁹. Ähnlich, aber schon historisch bewertend, äußerte sich Radomski: „Wir haben das gefilmt und die Bänder der ARD zu-

³⁸⁵ *Tagesschau* vom 9.10.1989 (20 Uhr).

³⁸⁶ Zit. nach Schlegelmilch, C.: Die politische Wende in der DDR am Beispiel der sächsischen Stadt Wurzen, in: Fischer, Alexander/ Heydemann, Günther (Hg.): Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen, Weimar/ Köln/ Wien 1995, S. 117-146, hier: S. 131/132., s. a. Timmer, S. 201; ähnlich eine Gedächtnisprotokoll in: Zwahr 1993, S. 98, s.a.Lindgens/Mahle 1992, S. 98/99.

³⁸⁷ *Tagesschau* und *Tagesthemen* vom 10.10.1989.

³⁸⁸ Fernschreiben Erich Mielkes an die Leiter der Dienstseinheiten vom 8.10.1989, in: Mitter/ Wolle 1990, S. 201-203, Zitat S. 202/203.

³⁸⁹ „Leipzig vor zehn Jahren“, Sendereihe im Morgenmagazin der ARD, Zitat vom 11.10.1999, die Terminierung der Aufnahmen bei Bahrmann/Links (16.10.) und daraus folgend auch in der Fernsehdokumentarreihe „Chronik der Wende“ ist ganz offensichtlich falsch, vgl. Bahrmann/Links 1994, S. 33 sowie „Chronik der Wende: 16.10.1989“ (ARD, 15.10.1999), s. a. *Der Spiegel* 41/1999: „Keine Gewalt“, der die Aufnahmen ebenfalls auf den 9.10.1989 terminiert..

gespielt. Dadurch bekamen die Demonstranten Aufmerksamkeit und Zulauf³⁹⁰. Die Argumentation unterstreicht sehr deutlich den schon an anderer Stelle belegten Fakt, dass die Oppositionellen das Westfernsehen gezielt für Zwecke der Mobilisierung eingesetzt haben und sich zum Teil modernster Technik bedienten, um dem Westfernsehen sendefähiges und fernsehkompatibles Material übergeben zu können. Dass ein westlicher Journalist - hier der Ostberliner Korrespondent des Spiegels - seinen Diplomatenpass benutzte, um das Material sicher über die Grenze nach West-Berlin in das ARD-Fernsehstudio zu bringen, zeigt zudem erneut die Involvierung der Berichterstatte in die oppositionellen Abläufe – *ganz* weit hergeholt waren die propagandistischen Meldungen der Aktuellen Kamera oder die Beschuldigungen in den Sitzungen des Politbüros in die Richtung der Westkorrespondenten also nicht, wenngleich von einer Agitation seitens der westlichen Journalisten nicht gesprochen werden konnte³⁹¹.

Die Ausführungen des beteiligten Pfarrers Hans-Jürgen Sievers wiederum zeigen, wieso die Information des Westfernsehens für die Fortentwicklung der Demokratisierungsbestrebungen von Bedeutung waren:

„ [...] wenn wir jetzt das machen würden, das wäre ja doch eine echte Herausforderung, eine echte Kriegserklärung an unseren damaligen Staat, aber andererseits wussten wir, wenn heute irgendetwas Schlimmes passiert auf den Straßen, dann muss das gesehen werden in der Welt. Und wenn nichts schlimmes passiert, wenn es friedlich ausgeht, dann soll es auch gesehen werden [...] und dann muss das wieder ein [...] kleiner Schritt sein für die Veränderung, die wir alle gehofft [erhofft] und für die wir alle gebetet haben“³⁹².

In dem Bericht über die Demonstration machte Horst Hano noch einmal auf die rasante Entwicklung der Demonstranzahlen aufmerksam: „Vor sechs Wochen waren es noch 500, [...] gestern Abend waren es 70.000“³⁹³. Zudem unterstrich er die für die weitere Mobilisierung wichtige Tatsache, dass es bei den Demonstrationen im Gegensatz zu den Vortagen zu keinerlei Gewalttätigkeiten gekommen sei³⁹⁴.

Die Folgetage waren – wie schon im Kapitel über die Berichterstattung des DDR-Fernsehens geschildert – durch eine noch uneinheitliche Einstellung innerhalb der Führungsriege der Partei geprägt. Im Westfernsehen wurden Stimmen, die den Dialog be-

³⁹⁰ Aram Radomski in „Durch die Straße hallte der Ruf: ‚Wir sind das Volk‘“, Berliner Morgenpost vom 9.9.1999, zitiert aus Hypertextdokument <http://archiv.berliner-morgenpost.de/cgi-bin/e?u=/archiv1999/991009/politik/story158180.html>.

³⁹¹ „Chronik der Wende: 16.10.1989“ (ARD, 15.10.1999), *Der Spiegel* 41/1999: „Keine Gewalt“.

³⁹² „Leipzig vor zehn Jahren“, 11.10.1999.

³⁹³ *Tagesschau* vom 10.10.1989 (20 Uhr).

³⁹⁴ Ähnliche Bewertung in *Kennzeichen D* vom 11.10.1989.

fürworteten, jedoch hervorgehoben, da sie eine Abweichung vom althergebrachten Propagandastil zeigten. Auch über die sich langsam wandelnde Berichterstattung zumindest in Zeitungen der Blockparteien oder regionalen Ausgaben konnte die *Tagesschau* berichten³⁹⁵. Zudem wurde gemutmaßt, dass innerhalb des Politbüros Honecker „einen schwierigen Stand“ habe und einige Spitzenfunktionäre sich für „Neuerungen“ eingesetzt haben³⁹⁶. Dies hielt Teile des Machtapparates aber nicht davon ab, z.T. noch einmal auf Methoden des Kalten Krieges zurückzugreifen und Sendungen des Berliner Senders „100,6“ zum Thema DDR mit starkem Rauschen zu stören³⁹⁷.

In *Kennzeichen D* werden die dialogorientierten Bestrebungen einiger Funktionäre sowie die sich ändernde Berichterstattung in den Zeitungen dieser Tage als eine „Spur Glasnost“ kommentiert und bemerkt, dass die SED aufgrund der Unzufriedenheit selbst in der Partei nun den offenen, gewaltsamen Konflikt scheuen könne³⁹⁸. Mit dieser Bewertung wurde den DDR-Zuschauern nicht nur die Machtzerfall der SED beschrieben, sondern es war zugleich eine Ermutigung impliziert, eine Teilnahme an Demonstrationen könne nun unter Umständen gefahrlos sein. Der Anstieg der wahrgenommenen Einflussmöglichkeiten und das nunmehr offensichtliche Unterbleiben von staatlichen Sanktionen sollte tatsächlich den schnellen Umbruch befördern³⁹⁹.

Kennzeichen D informierte außerdem mittels Telefoninterviews mit kirchlichen Vertretern in Berlin, Dresden, Weimar und Leipzig über den aktuellen Stand des begonnenen Dialogs. Dresdens Superintendent Christof Ziemer rief hierbei die westlichen Medien auf, in der „Berichterstattung genau zu sein und [die Berichte] zu prüfen, [...] die sie hören“, da es „nicht hilfreich“ sei, wenn „Vermutungen zu Meldungen gemacht werden“. Es sei für die „Prozess im Ganzen wichtig“, dass „fair und genau berichtet“ werde⁴⁰⁰.

Die Tage bis zum 18. Oktober waren meist von weiteren Zeugnissen der sich entwickelnden Veränderungen im Kommunikationsstil geprägt. Die DDR-Opposition begrüßte die in der Politbüroerklärung vom 11.10.1989 angekündigte Dialogbereitschaft, es wurde über die wieder verstärkten Flüchtlingsströme über Polen und Ungarn berichtet, sowie auf Stellungnahmen von reformorientierten, meist aber nicht explizit oppositionellen Kräften hingewiesen. So stellte sich der Schriftsteller und SED-Veteran Stephan Hermlin zwar nicht eindeutig auf die Seite des neuen Forums, sprach sich aber für

³⁹⁵ *Tagesschau* vom 10.10.1989 (20 Uhr).

³⁹⁶ *Tagesschau* vom 11.10.1989 (20 Uhr).

³⁹⁷ Bahrmann/Links 1994, S. 22.

³⁹⁸ *Kennzeichen D* vom 11.9.1989.

³⁹⁹ Opp 1993, S. 202.

eine staatliche Anerkennung der Gruppe und demokratische Reformen aus⁴⁰¹. Politbüromitglied Hager und der LDPD-Vorsitzende Gerlach plädierten in unterschiedlicher Vehemenz für eine Erneuerung⁴⁰². Der als staatskritisch, wenn auch nicht oppositionell geltende Manfred Stolpe ging etwas weiter: Er forderte am 13.10.1989 freie und geheime Wahlen sowie Reiseerleichterungen⁴⁰³. So unrevolutionär die Forderungen vor allem der alteingesessenen Funktionäre waren, so deutlich wurde doch für den DDR-Zuschauer, dass eine Forderung nach Veränderung nicht mehr als terroristisch abgetan werden konnte, wenn selbst staatstragende Prominenz diese einforderte. Noch einmal das Risiko von Bestrafung mildernd musste zudem der Bericht in der Tagesschau wirken, der bekannt machte, dass etliche festgenommenen Demonstranten auf politischen Druck hin auf freien Fuß gesetzt wurden⁴⁰⁴.

Mit großer Besorgnis wurde dennoch die nächste Montagsdemonstration in Leipzig erwartet. Auch wenn sich eine leichte Entspannung abzeichnete, konnten sich die Demonstranten noch nicht sicher sein, einer gewaltlosen Staatsmacht gegenüberzustehen. Die Tagesschau am Tag nach der Demonstration konnte jedoch erneut beeindruckende Bilder von der friedlichen Demonstration senden, die mit 120.000 Teilnehmern sich noch einmal fast verdoppelt hatte – Leipzigs Ruf als Stadt der Massenproteste und der Wende schlechthin begann sich zu etablieren⁴⁰⁵.

Am 18. Oktober war die Ablösung Honeckers die Topmeldung der Fernsehnachrichten. Neben den Fakten und einem Rückblick auf Honeckers Karriere präsentierte Horst Hano den Nachfolger Egon Krenz als „kritiklosen“ Funktionär, der sich als Vorsitzender der FDJ der Aufgabe verschrieben hätte, die „Jugend auf Kurs zu halten“⁴⁰⁶. Damit dürfte er in der DDR ohnehin schon vorhandene Zweifel, ob dieser Wechsel die von Krenz beschworene „Wende“ herbeiführen würde, noch einmal bestärkt haben. Ausdrücklich wies Hano zudem - vor dem Hintergrund des Chinabesuches von Krenz noch im Oktober - auf dessen uneinsichtigen Stellungnahmen zum Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens hin und verlieh ihm damit nicht gerade den Ruf eines Reformers, als den Krenz sich selbst in den folgenden Tagen darstellte. In Bezug auf seine „angebliche“ Rolle als deeskalierender Part bei der Montagsdemonstration am

⁴⁰⁰ *Kennzeichen D* vom 11.9.1989.

⁴⁰¹ *Tagesthemen* vom 11.10.1989.

⁴⁰² Hager in der *Tagesschau* vom 12.10.1989 und Gerlach in der *Tagesschau* vom 13.10.1989 (beide 20 Uhr).

⁴⁰³ *Tagesschau* vom 13.10.1989 (20 Uhr)

⁴⁰⁴ *Tagesschau* vom 13.10.1989 (20 Uhr).

⁴⁰⁵ *Tagesschau* vom 17.10.1989 (20 Uhr), auch schon in der Spätausgabe der *Tagesschau* (vgl. Bahrmann/Links S. 33 u. Sendeabläufe der *Tagesschau*).

⁴⁰⁶ *Tagesthemen* vom 18.10.1989.

9.10.1989 in Leipzig gestand er ihm allerdings zu: „Bisher galt er als Vertreter der harten Linie im Politbüro, aber Menschen können sich ändern“⁴⁰⁷.

Die Opposition reagierte unzufrieden bis sarkastisch. Noch mussten sich die verschiedenen Vertreter des Westfernsehens bedienen, um ihre Stellungnahmen zu verbreiten. Bärbel Bohley sagte über den Wechsel an der Parteispitze: „Die erste Reaktion war eher ein Schrecken – und nicht so sehr eine Erleichterung. Denn irgendwo steht Egon Krenz nicht für Reformen, sondern Egon Krenz steht [...] für alles das was wir verändern wollen“⁴⁰⁸ Bischoff Gottfried Fork hoffte augenzwinkernd darauf, dass er jetzt eventuell eine Antwort auf die Frage nach etwaigen Wahlfälschungen bei der Maiwahl bekäme, die er schon dem letzten Generalsekretär gestellt habe – denn Krenz wäre schließlich Wahlleiter gewesen. Es ist offensichtlich, dass auch Fork dem neuen Mann an der Spitze der SED mit seiner wenig progressiven Vergangenheit konfrontieren wollte, um jedem Zuschauer – insbesondere den ostdeutschen – klar zu machen, dass Krenz keine Alternative sei⁴⁰⁹.

Auch in den folgenden Wochen hatten die Oppositionellen über die westlichen Medien immer noch einen besseren Zugang zu den eigenen Aktivisten, als über die DDR-Medien. Dennoch ermöglichte der Wandel in den DDR-Massenmedien immer mehr systemkritischen Bürgern, ihre Meinung selbst im vormaligen Flaggschiff der DDR, der *Aktuellen Kamera* zu äußern. Somit wurden die Probleme, welche in der DDR existierten zunehmend vom eigenen Fernsehen in „Sonntagsgesprächen“, Call-in-Talkshows mit Politikern und relativ wahrheitsgemäßen Berichten von Demonstrationen aufgegriffen und eine Zuhilfenahme der Westmedien durch oppositionell Aktive war nicht mehr zwingend notwendig – zumal die Zuschauer in der DDR nach dem Amtsantritt Krenz' in außergewöhnlichem Maße auf die politische Sendungen des DDR-Fernsehens zurückgriffen und die Einschaltquote der *Aktuellen Kamera* in vorher ungeahnte Höhen stieg⁴¹⁰. Von diesem Zeitpunkt an lässt sich rückblickend kaum noch eine große Kluft zwischen dem sachliche Inhalt der Meldungen in Ost und West konstatieren. Lediglich Nuancen – vor allem der kommentierenden Berichterstattung und hier besonders zum Thema *Deutsche Einheit* – wurden sichtbar. Eine Betrachtung der Wirkung dieser Berichterstattung entzieht sich jedoch den Möglichkeiten einer geschichtswissenschaftlich-analytischen Studie, da mögliche Rückschlüsse eher spekulativen Charakter hätten.

⁴⁰⁷ *Tagesthemen* vom 18.10.1989.

⁴⁰⁸ Telefoninterview mit Rias-TV am 18.10.1989, Sendezeit unbekannt, Ausschnitt aus „Chronik der Wende“ zum 18.10.1989 vom 17.10.1999.

⁴⁰⁹ Ausschnitt aus „Chronik der Wende“ zum 18.10.1989 vom 17.10.1999, vermutlich der Spätausgabe der *Tageschau* vom 18.10.1989 entnommen, s. Ablaufpläne der *Tageschau*.

V. Fazit

Die Studie hat gezeigt, dass das Westfernsehen für die Entwicklung der Ereignisse in der DDR im Herbst 1989 von großer Bedeutung war.

Das Westfernsehen war wichtigster Vermittler von politischen Informationen über die DDR und die hier analysierten Sendungen genossen eine hohe Glaubwürdigkeit bei den DDR-Bürgern. Die Flüchtlingswelle, über welche die Sendungen ausführlich berichteten, waren für die Fluchtwilligen oftmals Motivation für die Flucht und gaben zuweilen Hilfestellung, wie diese am ehesten gelingen könnte. Bilder von vermeintlich leicht zu überschreitenden Grenzanlagen, das Erwähnen von Fristen, innerhalb derer bestimmte Fluchtwege zur Verfügung stehen würden (wie nach der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze) und die freundliche Aufnahme in der Bundesrepublik samt einer rosig geschilderten Ausgangslage auf dem Arbeitsmarkt beseitigten etliche Bedenken, die viele DDR-Bürger noch an der Flucht hinderten.

Auf der anderen Seite bauten Ausmaß und Gründe der Fluchtwelle, die in den eigenen Medien verschwiegen wurden, ein Protestpotenzial in der DDR auf, dass für die Mobilisierung von Bewegungsaktivisten notwendig war. ARD und ZDF beförderten diesen Unmut durch die emotionale Art ihrer Berichterstattung, da die Bilder der immer zahlreicher werdenden freudestrahlenden Menschen, die ihr Glück über die erreichte Freiheit kaum fassen konnten, für nicht mehr verdrängbare Frustrationen und Demütigungsgefühle in der DDR sorgten. Verstärkend kam hinzu, dass das DDR-Fernsehen mit seiner Berichterstattung nahezu im alten Stil fortfuhr oder, wenn es die Flüchtlinge erwähnte, zynische und aggressive Kommentare dazu sendete, die genau das Gegenteil von dem bewirkten, was sie eigentlich erreichen sollten.

Dieses Protestpotenzial war eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Verlauf des Umbruchs. Westliche Medien versuchten nun immer öfter, Personen der Opposition als Hoffnungsträger zu präsentieren. Der Opposition war schon seit Jahren bewusst, welche wichtige Rolle die Westmedien und hier insbesondere das Westfernsehen für die Mobilisierung, aber auch für den Selbstschutz hatten. So stießen kommunikationswissenschaftlich gesehen zwei Interessen aufeinander: Die westlichen Medien suchten den Kontakt zu den Oppositionellen, um einen medial interessanten Gegenpart innerhalb der

⁴¹⁰ Hesse 1990, S. 339.

DDR aufzubauen, die Oppositionellen nutzten diesen Kontakt vielfältig und zum Teil mit modernsten Möglichkeiten, um DDR-Bürger über das Westfernsehen für das Erkämpfen der von ihnen vertretenen Forderungen zu mobilisieren. Die daraus resultierende Berichterstattung hatte in der DDR den gewünschten Erfolg: Das Neue Forum stieg in der betrachteten Phase des Umbruchs zum Hauptakteur der Proteste gegen das SED-Regime auf und konnte – ohne die Information des Westfernsehens über die Gründung unvorstellbar – innerhalb weniger Tage Tausende von Unterstützerinnen und Unterstützern mobilisieren. Die Verbreitung der Existenz des Neuen Forums über die Westmedien sorgte in vielen Städten der DDR gar für Gründungen von lokalen Gruppen, ohne dass diese vorher Kontakt zu den Gründungsmitgliedern gehabt hätten.

Gleichzeitig verstärkten vor allem die westlichen Korrespondenten in der DDR in jedem Bericht das Gefühl, der Protest sei *noch stärker* als in den Tagen zuvor, die Zahl der Demonstranten – ähnlich wie vorher bei den Flüchtlingen – wäre *noch höher* als in der Woche zuvor und die einzelnen Schritte der sich entwickelnden Veränderungen seien „historisch“ oder „rekordverdächtig“. Diese nur den Gesetzen der Nachrichtenproduktion folgenden, zuspitzenden Berichterstattung wurde jedoch noch ergänzt durch oftmals den Boden der Legalität verlassende oder zumindest nur noch tangierende Bemühungen, die Oppositionellen innerhalb und außerhalb der DDR bekannt zu machen, wie dem Beiwohnen bei illegalisierten Treffen oder der Bereitstellung von Material für das oppositionelle Schrifttum. Dies erscheint angesichts der jahrelang gewachsenen Kontakte zwischen westlichen Korrespondenten und zumindest den in Ost-Berlin wohnenden Oppositionellen sowie den berechtigten Forderungen der Aktivisten menschlich verständlich, ist aber dennoch nur schwierig mit journalistischer Objektivität und der dafür notwendigen Distanz zu vereinbaren. Letztlich wurde aber damit – vermutlich eher unbewusst – der politisch geprägte öffentlich-rechtliche Auftrag der Förderung der „Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit“ (ZDF-Staatsvertrag) ausgeführt.

Jedoch sprachen viele Bilder auch für sich, ohne dass westliche Journalisten diese hätten – gewollt oder ungewollt – suggestiv unterlegen müssen. Die von ARD und ZDF gesendeten Aufnahmen von friedlichen Demonstranten, die den Mut zeigten, öffentlich gegen das System zu protestieren, mobilisierten auch andere Unzufriedene, da diese sahen, dass sie nicht allein waren. Das westliche Fernsehen half zudem dabei, die Lage einzuschätzen: Schon am Abend des 9. Oktober machten die *Tagesthemen* und zwei Tage später auch *Kennzeichen D* deutlich, dass eine wichtige Zäsur eingetreten sei, welche die Tür für mögliche Reformen geöffnet habe. Am Tag danach konnten sich die

DDR-Bürger auch „mit eigenen Augen“ davon überzeugen, dass die Proteste in Leipzig nicht nur eine vorher unvorstellbare Größe erreicht hatten, sondern die Staatsgewalt das erste Mal eine Demonstration unbehelligt ließ. Die Aufnahme dieser Bilder durch Oppositionelle und die Weiterverbreitung über die Westmedien – nach illegaler Ausfuhr des Materials durch einen westlichen Journalisten – ist gleichzeitig einer der deutlichsten Belege für die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Westmedien und Bürgerbewegung. Die aktiven Oppositionellen passten sich folglich in optimaler Weise den Gegebenheiten der westlichen Berichterstattung an, in dem sie das Material, das gesendet werden sollte, oftmals einfach selbst herstellten – denn die westlichen Medien nahmen es aufgrund häufig fehlender eigener Bilder gerne an.

So konnte, die Maßgabe Raschkes betrachtend, die Bewegung über den Umweg der westdeutschen Berichterstattung doch stattfinden, obwohl über sie im eigenen Staat nicht berichtet wurde. Gerade in dem medienpolitischen Sonderfall DDR lässt sich diese Voraussetzung für Mobilisierung sogar besonders deutlich zeigen: Nirgendwo anders in der Geschichte konnte die Beeinflussung eines historischen Ereignis durch Medien so deutlich methodisch isoliert werden wie hier, da das beeinflussende Medium und der beeinflusste historische Prozess idealtypisch formuliert nahezu voneinander gekoppelt waren. Viele Reaktionen in der DDR auf bestimmte Berichte waren eindeutig dem westdeutschen Fernsehen zuzuordnen, da die Information zumindest in dieser Schnelligkeit und visuellen Kraft nur über diesen Weg hatte kommen können – andere Quellen waren aufgrund der strengen und zensurbelasteten Medienpolitik der DDR-Führung ausgeschlossen.

Erst mit dem Wechsel von Erich Honecker zu Egon Krenz änderten sich die medialen Voraussetzungen, und die Bürgerbewegung konnte zunehmend die Medien der DDR nutzen, um Forderungen zu verbreiten und für weitere Mobilisierung zu sorgen. Gleichzeitig war der fast schlagartige Wandel in der Berichterstattung im DDR-Fernsehen für alle Beteiligten eines der deutlichsten Zeichen des Machtverfalls, denn eines der markantesten Zeichen des SED-Regimes, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, war beseitigt.

Literaturverzeichnis

Bahrmann, Hannes/Links, Christoph: Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember, Berlin 1994

Baule, Bernward: „Wir sind das Volk!“. Politische Bedienungsfelder der Freiheitsrevolution in der DDR, in: Löw, Konrad (Hg.): Ursachen und Verlauf der deutschen Revolution 1989, Berlin 1991, S. 17-44

Bellut, Thomas: Die DDR-Berichterstattung in den Nachrichtenmedien der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1983

Bender, Harald: Die Zeit der Bewegung - Strukturpolitik und Transformationsprozesse. Beiträge zur Theorie sozialer Bewegungen und zur Analyse kollektiven Handelns, Frankfurt/M. 1997

Beutelschmidt, Thomas: Sozialistische Audiovision: Zur Geschichte der Medienkultur in der DDR, Potsdam 1995

Bohn, Rainer/Hickethier, Knut/Müller, Eggo (Hg.): Mauer-Show. Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien, Berlin 1992

Bourdieu, Pierre : Homo academicus, Frankfurt/M. 1988

Brand, Karl-Werner: Massendemokratischer Aufbruch im Osten: Eine Herausforderung für die NSB-Forschung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2/1990, S. 9-16

Brandt, Karl-Werner: Neue Soziale Bewegungen auch in der DDR?, in: Pollack, Rink; Pollack, Detlev (Hg.): Politischer Protest: Politisch alternative Gruppen in der DDR, 1997, S. 235-251

Braumann, Christa: Fernsehforschung in der ehemaligen DDR, in: Rundfunk und Fernsehen 4/1994, S. 524-541

Bresser, Klaus: Das Fernsehen als Medium und Faktor der revolutionären Prozesse in Osteuropa und der DDR, in: Hall, Peter Christian (Hg.): Revolutionäre Öffentlichkeit. Das Fernsehen und die Demokratisierung im Osten (23. Band Mainzer Tage der Fernsehkritik), Mainz 1990, S. 33-44

Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Zehn Jahre Deutschlandpolitik. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969-1979, Melsungen 1980

Claus, Werner (Hg.): Medien-Wende – Wende-Medien: Dokumentation des Wandels im DDR-Journalismus Oktober 1989 - Oktober 1990, Berlin 1991, S. 17-116

Cornelsen, Doris: DDR, in: Höhmann, Hans-Hermann/Seidenstecher, Gertraud (Hg.): Die Wirtschaft Osteuropas und der VR China 1980-1990. Bilanz und Perspektiven, Hamburg 1988, S. 83-138

D'Agostino, Anthony: Gorbachev's Revolution, 1985-91, London 1998

Dalos, György: Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR, in: Deutscher Bundestag: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Band VII/2: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Frankfurt 1995, S. 541-557

Deutscher Bundestag: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Frankfurt 1995

Dönhoff, Marion/Leonhardt, Rudolf W. /Sommer, Theo: Reise in ein fremdes Land. Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik in der DDR, Hamburg 1964

Dowe, Dieter/Eckert, Rainer (Hg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR, Bonn 1993, S. 21-28

Elb, Norbert: Soziale Bewegungen und Parteien, Frankfurt/M. 1996

Etzkorn, K. Peter/Stiehler, Hans-Jörg: The „Valley of the Clueless“ – Results From an Historical Experiment, in: Communications 23/1998, Heft 3, S. 271-298

Fehr, Helmut: Bewegung für Bürgerrechte und Öffentlichkeit - ein Thema der Vergangenheit?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 1/1998, S. 103-112

Fehr, Helmut: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und Ungarn, Opladen 1996

Feige, Andreas: Gesellschaftliche Reflexionsprozesse und Massenkommunikation am Beispiel der DDR, in: Publizistik 4/1990, S. 387-397

Findeisen, Hans-Volkmar: Exodus. Überlegungen zu drei Jahrzehnten Fluchtberichterstattung, in Medium 4/1990, S. 30-33

Fischer, Alexander/ Heydemann, Günther (Hg.): Die politische "Wende" 1989/90 in Sachsen, Weimar/Köln/Wien 1995

Förster, Peter: Der lange Weg vom DDR- zum Bundesbürger, in: ders./Schlegel, Uta: Ostdeutsche Jugendliche, Opladen 1997, S. 207-223

Friedrich, Walter: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: APuZ, B 16/17, 1990, S. 25-37

Geserick, Rolf: 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR, München 1989

Gilcher-Holtey, Ingrid: Die Nacht der Barrikaden. Eine Fallstudie zur Dynamik sozialen Protests, in: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen (KZfSS-Sonderheft 34), Opladen 1994, S. 375-392

Gmel, Gerhard/Deimling, Susanne/Bortz, Jürgen: Die Nutzung des Mediums Fernsehen in der DDR vor und nach der Wende, in: Rundfunk und Fernsehen 4/1994, S. 542-554

Gorbatschow, Michael: Die Verwirklichung der Beschlüsse des 27. Parteitagess der KPdSU und die Intensivierung der Perestroika, Rede bei der 19. Gesamtsowjetischen Konferenz am 28. Juni 1988, zit. n. (kein Hg.): Offene Worte/Gorbatschow, Ligat-schow, Jelzin und 4991 Delegierte diskutieren über den richtigen Weg, Augsburg 1988, S. 9-93

Gordon, Sven: DDR aus zweiter Hand. Die Ostaufzeichnung, in: Ästhetik und Kommunikation. Beiträge zur politischen Erziehung Nr. 73/74, 1990, S. 145-148

Goss, Anthony John/Hartmann-Laugs, Petra S.: Deutschlandbilder im Fernsehen 2. Politische Informationssendungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Zeitvergleich und neue Aspekte, Köln 1988

Goss, Anthony John: Deutschlandbilder im Fernsehen. Eine vergleichende Analyse politischer Informationssendungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Köln 1980

Grubitzsch, Jürgen: Traditionen, Altlasten und Neuansätze der Leipziger Journalisten-ausbildung, in: Rundfunk u. Fernsehen 3/1990, S. 400-406

Gutmann, Gernot: Eröffnungsansprache, in: Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hg.): Glasnost und Perestroika auch in der DDR?, Berlin 1988

Gutzeit, Martin: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution, in: Drechsler, Ingrun u.a.(Hg.): Getrennte Vergangenheit, gemeinsame Zukunft. Ausgewählte Dokumente, Zeitzeugenberichte und Diskussionen der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages 1992-1994 in vier Bänden. Band 2: Opfer, Opposition und Widerstand, S. 115-196

Hachmeister, Lutz: Nicht die große Liebe. Jürgen Engert (Kontraste), in: Kammann, Uwe (Hg.): Die Schirm-Herren. 12 politische TV-Moderatoren, Köln 1989, S. 105-130

Hall, Peter Christian (Hg.): Revolutionäre Öffentlichkeit. Das Fernsehen und die Demokratisierung im Osten (23. Band Mainzer Tage der Fernsehkritik), Mainz 1990

Hanke, Helmut: Das „deutsche Fernsehen“ – doch kein Null-Medium?, in: Beiträge zur Film- und Fernsehwissenschaft: BFF, Bd. 40 (1990), S. 7-23

Hanke, Helmut: Macht und Ohnmacht des Mediums. Wandel in Funktion und Gebrauch des DDR-Fernsehens, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 1. Beiheft (Titel: Sozialisation im Sozialismus), S. 143-154

Haug, Wolfgang Fritz: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, Zweite Auflage 1990

Havel, Vaclav.: Versuch, in der Wahrheit zu leben [1978], Reinbek 1989

Heil, Karolus Heinz: Fernsehempfang in der SBZ. Empfangsmöglichkeiten, Zuschauerverhalten, Beurteilung. München 1971

Herres, Volker: Kennzeichen D. Über die Schwierigkeiten ein deutsch-deutsches Fernsehmagazin zu machen, Düsseldorf 1983

Hertle, Hans-Hermann: Der 9. November in Berlin, in: Deutscher Bundestag: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Band VII/2: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Frankfurt 1995, S. 787-873

Hertle, Hans-Hermann: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996

Hesse, Kurt R.: Fernsehen und Revolution: Zum Einfluß der Westmedien auf die politische Wende in der DDR, in: Rundfunk und Fernsehen 3/1990, S. 328-341

Hesse, Kurt R.: Westmedien in der DDR. Nutzung, Image und Auswirkungen bundesrepublikanischen Hörfunks und Fernsehens, Köln 1988

Hesse, Kurt Rudolf: Nutzung und Image des „Westfernsehens“ bei DDR-Übersiedlern, in: Media Perspektiven 4/1986, S. 265-272

Hickethier, Knut: Fernsehnachrichten als Erzählung der Welt, in: Bentele, Günter/Haller, Michael (Hg.): Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit. Akteure - Strukturen - Veränderungen, Konstanz 1997, S. 511-528

Hoff, Peter: „Vertrauensmann des Volkes“, in Rundfunk u. Fernsehen 3/1990, S. 385-399

Holzweißig, Gunter: Massenmedien in der DDR, völlig überarbeitete 2. Aufl., Berlin 1989, S. 15

Holzweißig, Gunter: Massenmedien unter Parteiaufsicht – Lenkungsmechanismen vor der Wende in der DDR, in: Rundfunk und Fernsehen 3/1990, S. 365-376

Holzweißig, Gunter: Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur, Bonn 1997

Höhmann, Hans-Hermann/Seidenstecher, Gertraud (Hg.): Die Wirtschaft Osteuropas und der VR China 1980-1990. Bilanz und Perspektiven, Hamburg 1988

Horn, Gyula: Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete, Hamburg 1991

Jansen, Michael: Hörfunk, Fernsehen und Kalter Krieg. Die „gesamtdeutschen“ Aktivitäten der bundesdeutschen Rundfunkanstalten in den fünfziger und sechziger Jahren, in: Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, 2/1988, S. 152-156

Joas, Hans/Kohli, Martin (Hg.): Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/M. 1993

Joas, Hans/Kohli, Martin: Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen, in: dies. (Hg.): Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/M. 1993, S. 7-28

Joppke, Christian: East German Dissidents and the Revolution of 1989, London 1995, S. 136-139

Jung, Lothar: „Wir haben begonnen umzudenken...“. Michael Gorbatschows Reformkonzept für die UdSSR. Geschichte - Ideologie - Praxis - Perspektiven, Köln 1987

Kammann, Uwe (Hg.): Die Schirm-Herren. 12 politische TV-Moderatoren, Köln 1989

Karig, Ute/Stiehler, Hans-Jörg: Von „Spaß am Dienstag“ bis „Miami Vice“ - Aspekte des Fernsehgangs von Kindern und Jugendlichen vor und nach der Wende, in: Förster, Peter/Schlegel, Uta: Ostdeutsche Jugendliche, Opladen 1997, S. 341-353

Klein, Wolfgang: Stets umsorgt und wohlbehütet - Korrespondent in der DDR, in: Filmer, Werner/Schwann, Herbert (Hg.): Alltag im anderen Deutschland, Düsseldorf/Wien 1985, S. 179-184

Kliment, Tibor: Fernsehnutzung in Ostdeutschland und das Bild von der Bundesrepublik. Ein Beitrag zur Kultivierungshypothese, in: Rundfunk und Fernsehen 4/1994, S. 485-509

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, in: Deutscher Bundestag: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Band VII/2: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Frankfurt 1995, S. 1203-1284

Knabe, H.: Neue soziale Bewegungen im Sozialismus. Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: KZfSS 40/1988, S. 511- 569

Knabe, Hubertus: Bewegung im Osten, in: Forschungsjournal NSB 1990/2, S. 18/19

Koch, Thilo: Westlicher Blick: „Die rote Optik“, in: Riedel, Heide (Hg.): Mit uns zieht die neue Zeit..., 40 Jahre DDR-Medien (Ausstellungskatalog), Berlin o.A.J. (1993), S. 125-129

Kreutz, Anja/Löcher, Uta/Rosenstein, Doris: Von „AHA“ bis „Visite“. Ein Lexikon der Magazinreihen im DDR-Fernsehen, Potsdam 1988

Krüger, Udo Michael/Rinz, Bodo: DDR-Berichterstattung - Renaissance der Information?, in: Media Perspektiven 2/1990, S. 104-121

- Lang, Kurt/Lang, Gladis Engel: MacArthur Day in Chicago: Die Einseitigkeit des Fernsehens und ihre Wirkungen, in: Aufermann, Jörg/Bohrmann, Hans/Sülzer, Rolf (Hg.): Gesellschaftliche Kommunikation und Information, Bd. 2, Frankfurt/M. 1973, S. 498-525
- Leder, Dietrich: Die Tage im Herbst im West-Fernsehen. Eine Analyse, in: Hall, Peter Christian (Hg.): Revolutionäre Öffentlichkeit. Das Fernsehen und die Demokratisierung im Osten (23. Band Mainzer Tage der Fernsehkritik), Mainz 1990, S. 97-132
- Lehr, Wolfgang R./Berg, Klaus (Hg.): Rundfunk und Presse in Deutschland. Rechtsgrundlagen der Massenmedien, Mainz 1970², S. 157
- Lemke, Christiane: Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der DDR, Opladen 1991
- Lindgens, Monika/Mahle, Susanne: Vom Medienboom zur Medienbarriere. Massenmedien und Bürgerbewegungen im gesellschaftlichen Umbruch der DDR und im vereinten Deutschland, in: Bohn, Rainer/Hickethier, Knut/Müller, Eggo (Hg.): Mauer-Show. Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien, Berlin 1992, S. 95-112.
- Lindner, Bernd: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 1998 (Bundeszentrale für politische Bildung), S. 33/34
- Linke, Norbert: Die Rezeption der Programme von ARD und ZDF in der DDR als Gegenstand der SED-Kommunikationspolitik, in: Publizistik 32/1987, S. 45-68
- Loeser, Franz: Die unglaubliche Gesellschaft. Quo vadis, DDR, Köln 1984
- Löw, Konrad (Hg.): Ursachen und Verlauf der deutschen Revolution 1989, Berlin 1991
- Loewe, Lothar: Abends kommt der Klassenfeind, Frankfurt/M. 1977
- Loiperdinger, Martin: Probleme des Quellenwerts von Bildmedien für die Geschichtsschreibung, in: Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte 2/1988, S. 123-130
- Ludes, Peter (Hg.): DDR-Fernsehen intern: von der Honecker-Ära bis „Deutschland einig Fernsehland“, Berlin 1990
- Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien, 2. erw. Aufl. 1996
- Mehlhorn, Ludwig: Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR, in: Deutscher Bundestag: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Band VII/2: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Frankfurt 1995, S. 1409-1436

- Meuschel, Siegrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradoxon von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt 1992
- Meyn, Herrmann: Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Alte und neue Bundesländer, überarbeitet und aktualisierte Aufl. Berlin 1992
- Michel, Lutz P.: TV program flows between the FRG and the socialist countries of Europe: the market rules, in: Becker, Jörg/Szecsö, Tamas (Hg.): Europe speaks to Europe. International Information flows between Eastern and Western Europe, New York 1989, S. 70-92
- Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989, Berlin 1990
- Moritz, Torsten: Die Entwicklung von DDR-Oppositionsgruppen nach 1989 – Das Beispiel Umweltbibliothek Berlin. Die Tücken der Gruppendynamik, in: Pollack, Rink; Pollack, Detlev (Hg.): Politischer Protest: Politisch alternative Gruppen in der DDR, 1997, S. 208-234
- Mühl-Benninghaus, Wolfgang: Medienpolitische Probleme in Deutschland zwischen 1945 und 1989. Zum unterschiedlichen Verständnis der audiovisuellen Medien in beiden deutschen Staaten, in: Riedel, Heide (Hg.): Mit uns zieht die neue Zeit..., 40 Jahre DDR-Medien (Ausstellungskatalog), Berlin o.A.J. (1993), S. 9-20
- N.N.: Methoden und Tendenzen des Ostfernsehens, in: fff-Archiv-Dienst Funk - Fernsehen - Film 11.8.1960, S. 204
- N.N.: Originalton West – drüben, in: ARD-Magazin 2/1987, S. 11
- Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen (KZfSS-Sonderheft 34), Opladen 1994
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997
- Niemann, Heinz: Meinungsforschung in der DDR: Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993
- Nölte, Joachim: Chronik medienpolitischer Ereignisse in der DDR, in: Claus, Werner (Hg.): Medien-Wende – Wende-Medien: Dokumentation des Wandels im DDR-Journalismus Oktober 1989 - Oktober 1990, Berlin 1991, S. 17-116
- Okun, Bernd: Medien und „Wende“ in der DDR, in: Comparativ 3/1991, Titel des Heftes: Medien, Revolution, Historie, S. 11-20
- Opp, Karl-Dieter/Voß, Peter: Die volkseigene Revolution, Stuttgart 1993, S. 246
- Opp, Karl-Dieter: DDR `89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution, in: Joas, Hans/Kohli, Martin: Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt 1993, S. 194-221

Pissula, Petra: Rumänien, in: Höhmann, Hans-Hermann/Seidenstecher, Gertraud (Hg.): Die Wirtschaft Osteuropas und der VR China 1980-1990. Bilanz und Perspektiven, Hamburg 1988, S. 366-425

Pollack, Detlev/Rink, Dieter: Einleitung, in: dies. (Hg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989, Frankfurt/M. 1997, S. 7-29

Pollack, Detlev (Hg.): Politischer Protest: Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Deutschland 1989, Bonn 1990
Raschke, Joachim u.a.: Die Grünen. Was sie wurden, was sie sind, Köln 1993

Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, 2. Aufl. der Studienausgabe Frankfurt 1988

Reiche, Steffen: Motivation der Gründergeneration, in: Dowe, Dieter/Eckert, Rainer (Hg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR, Bonn 1993, S. 21-28

Reiher, R.: „Wir sind das Volk“. Sprachwissenschaftliche Überlegungen zu den Losungen des Herbstes 1989, in: Burkhardt, A./ Fritzsche, K.P. (Hg.): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von 'Wende' und 'Vereinigung', Berlin/ New York 1992

Rein, Gerhard (Hg.): Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989

Rexin, Manfred: Massenmedien in der DDR, in: Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, München/Wien 1989, S. 402-412

Riedel, Heide (Hg.): Mit uns zieht die neue Zeit..., 40 Jahre DDR-Medien (Ausstellungskatalog), Berlin o.A.J. (1993)

Rink, Dieter: Ausreiser, Kirchengruppen, Kulturopposition und Reformer. Zu Differenzen und Gemeinsamkeiten in Opposition und Widerstand in der DDR in den 70er und 80er Jahren, in: Pollack, Rink; Pollack, Detlev (Hg.): Politischer Protest: Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000, S. 54-77

Rink, Dieter: Soziale Bewegungen in der DDR: Die Entwicklung bis Mai 1990, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1997², S. 54-70

Rink, Dieter: Ausreiser, Kirchengruppen, Kulturopposition und Reformer. Zu Differenzierungen und Gemeinsamkeiten in Opposition und Widerstand in der DDR in den 70er und 80er Jahren, in: Pollack, Detlev/Rink, Dieter (Hg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989, Frankfurt/M. 1997, S. 54-70.

Ronneberger, Franz: Sozialisation durch Massenkommunikation, in: ders. (Hg.): Sozialisation durch Massenkommunikation, Stuttgart 1971, S. 83

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1987²

Rucht, Dieter: Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen, in: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen (KZfSS-Sonderheft 34), Opladen 1994, S. 337- 358

Rüddenklaus, Wolfgang: Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“, 2. überarb. Auflage, Berlin 1992

Sawka, Richard: Gorbachev and his reforms 1985-1990, New Jersey 1990
Schabowski, Günter: Der Absturz, Berlin 1991

Scharf, Wilfried: Das Bild der Bundesrepublik Deutschland in den Massenmedien der DDR: eine empirische Untersuchung von Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen, Frankfurt/M: 1985

Scharf, Wilfried: Nachrichten im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Objektivität oder Parteilichkeit in der Berichterstattung, Frankfurt/M. 1981

Schlegelmilch, Cordia: Die politische Wende in der DDR am Beispiel der sächsischen Stadt Wurzen, in: Fischer, Alexander/ Heydemann, Günther (Hg.): Die politische "Wende" 1989/90 in Sachsen, Weimar/Köln/Wien 1995, S. 117-146

Schmid, Josef: Die politische Rolle der Evangelischen Kirchen in der DDR in den achtziger Jahren. Gratwanderung zwischen Opposition und Anpassung, in: Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgoß, Jan (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdengang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991, S. 343-365

Schmitt-Beck, Rüdiger: Über die Bedeutung der Massenmedien für soziale Bewegungen, in: KZfSS 42/1990, S. 642-662, hier: S. 645/646

Schneider, Beate: Wenn der Klassenfeind das Programm bestimmt. Medienwirklichkeit in der DDR, in: Publizistik 29/1984, S. 197-202

Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg/München 1976

Schütte, Georg: Informationsspezialisten der Mediengesellschaft. Die Produktion und Präsentation von Fernsehnachrichten in den USA, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Wiesbaden 1994

Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR, erw. Neuauflage 1996

Stephan, Gert-Rüdiger (Hg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994

Stiehler, Hans-Jörg: Medienwelt im Umbruch. Ansätze und Ergebnisse empirischer Medienforschung in der DDR, in: Media Perspektiven 2/1990, S. 91-103

Timm, Roland: Unter den obwaltenden Umständen. Dirk Sager (Kennzeichen D), in: Kammann, Uwe (Hg.): Die Schirm-Herren. 12 politische TV-Moderatoren, Köln 1989, S. 245-263

Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch - Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Diss. Bielefeld 1999

Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, München/Wien 1989

Westdeutscher Rundfunk (Hg.):WDR-Jahrbuch 1956/57, Köln 1958

Wiedemann, Dieter: Von den Schwierigkeiten der Medienforschung mit der Realität, in: Rundfunk und Fernsehen 3/1990, S. 343-356

Zielinski, Siegfried: Audiovisionen. Kino und Fernsehen als Zwischenspiele der Geschichte, Reinbek 1989

Zwahr, Hartmut: Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993²